Heft 4 April 1994 E. – DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Kohl 94: Four more years?
- Die fünf KONKRET-Weisen: Neues vom Standort Deutschland
- Bosnien: Die Vergewaltigungs-Lüge
- Diederichsen: Avantgarde & Faschismus
- Exklusiv: Christo packt aus!

in konkret April 1994

von konkret

an konkret

Vaterländische Gesellen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

7.200 Zeichen Kohl von Jürgen Reents

Noch ist längst nicht sicher, daß Helmut Kohl die Bundestagswahl im Oktober verliert. Auf dem Hamburger Parteitag hat die CDU ihr Grundsatzprogramm mit allerlei Ökofloskeln ausstaffiert, die als attraktiv gelten

Neues vom Juglar von Robert Kurz

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Neues vom Juglar von Winfried Wolf

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Neues vom Juglar von Jürgen Kuczynski

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Richtung Manchester von Peter Hetzler

Neues vom Juglar von Kurt Hübner

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Neues vom Juglar von Karl Held

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Who's left

Bereinigtes SortimentDer »GegenStandpunkt«

Reif für Österreich? von Erwin Riess
Wenn Briten und Spanier sich's nicht noch anders überlegen, entscheidet demnächst die österreichische Bevölkerung über Österreichs Beitritt zur EU

jeder ist uns der nächste 25 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

»Da ist alles gelogen« von Martin Lettmayer
Zwischen Oktober 1992 und März 1993 füllten sie die Schlagzeilen und Titelseiten der westlichen Presse: die Konzentrationslager, in denen serbische Soldaten zwecks »ethnischer Säuberung« systematisch 60.000 Musliminnen vergewaltigt und geschwängert haben sollen. Der Fernsehjournalist Martin Lettmayer hat einige dieser Greuelberichte nachrecherchiert. Er ist nicht fündig geworden

Die islamische Karte von Jürgen Elsässer
Anstelle der allseits halluzinierten Neuen Weltordnung gruppieren sich auf dem Balkan erneut die Koalitionen von 1914/1918: Deutschland, Österreich, Türkei und islamische Minderheiten gegen England, Rußland, Griechenland und – mitunter – Frankreich. Die Vereinigten Staaten freilich, deren Kriegseintritt 1916 den Sieg der Entente sicherte, stehen diesmal auf Seiten der Mittelmächte, wie ihr Verhalten anläßlich des Nato-Ultimatums gegen die bosnischen Kriegsparteien gezeigt hat

Tigersprung
Heinrich HimmlerEinige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten

Dokumentation

Kleine Gesten von Pit Wuhrer
Die republikanischen Iren haben die gefeierte »Friedensinitiative« der britischen und der irischen Regierung abgelehnt. Solange die Briten die nordirischen Protestanten nicht von der Notwendigkeit einer Einigung überzeugen, wird der nordirische Bürgerkrieg, den niemand gewinnen kann, fortdauern

Kunst & Gewerbe

Von letzten Dingen von Günter Kolodziej
Als »Sternstunde des Parlaments« wurde sie gefeiert – eine Manifestation volksgemeinschaftlichen Stumpfsinns ist sie gewesen: die Entscheidung des deutschen Bundestages, Christo die Verpackung des Reichstagsgebäudes zu gestatten

Beinhart Sucks von Gunter Blank
Der Krimiautor Larry Beinhart fühlt sich zu Höherem berufen. In seinem neuen Roman »American Hero« bedient er das sich kritisch wähnende Publikum mit Verschwörungstheoretischem und Medienkritischem zum Golfkrieg

Die größere Hoffnung von Walter Boehlich
»Le Sacre du printemps«, der vorletzte Roman des kubanischen Dichters Alejo Carpentier, handelt von der Hoffnung im zwanzigsten Jahrhundert und endet rechtzeitig vor ihrer Enttäuschung

»Durchaus diskutabel« von Ursula Aurien
»Emma«, die »Zeitschrift von Frauen für Menschen«, hat nach ihrer Liebe zu Tieren nun auch die Vorzüge der »Euthanasie« entdeckt

Schirrmachers Liste von Sabine Horst
Die von Spielberg verfilmte Heldengeschichte des Fabrikanten Oskar Schindler, der in Nazideutschland 1100 Juden das Leben rettete, wurde mit Erfolg heim ins Reich

geholt

Avantgarde im Futur von Diedrich Diederichsen

Die politischen Bündnisse des ästhetischen Avantgardismus waren der Linken seit jeher suspekt. Die faschistischen Sympathien der italienischen Futuristen kamen da gerade recht. Kann man die Avantgarde vor sich selbst retten?

Der Prozeß der 23 von Ingrid Strobl

Vor 50 Jahren inszenierten die deutschen Besatzer im Pariser Hotel Majestic einen Schauprozeß gegen Mitglieder der M.O.I., dem kommunistischen Dachverband der in der Rèsistance kämpfenden Immigranten und Juden

Das Zeichen der Treuhand von Georg Seeßlen

Die Propagandaabteilung der Treuhandanstalt hat ein PR-Video samt Broschüre über die Arbeit des Amtes erstellen lassen. Darin wird die Treuhandanstalt als utopische Institution, als Zukunft des Kapitalismus, präsentiert

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/94, S. 4

von konkret

Auf Antrag der Staatsschutz-Einheit GSG 9 hat das Amtsgericht Hamburg einen Strafbefehl über 3.000 Mark (ersatzweise 30 Tage Haft) wegen »Beleidigung« gegen den verantwortlichen Redakteur von KONKRET, Wolfgang Schneider, erlassen, weil er, so die Begründung, in KONKRET 8/93 den Artikel »Ein Staat sieht rot« von Oliver Tolmein veröffentlicht hat, der sich mit der Staatsschutz-Aktion am 27. Juni 93 in Bad Kleinen beschäftigt. Als beleidigend und somit strafwürdig erkannte das Gericht die folgenden darin enthaltenen Sätze: »Dabei spricht mittlerweile immer mehr dafür, daß es sich bei den Todesschüssen in Bad Kleinen keineswegs um eine Tat im Affekt oder um das Durchdrehen eines einzelnen Beamten gehandelt hat, sondern um eine von der Einsatzleitung mindestens billigend in Kauf genommene, wenn nicht sogar gewünschte Ermordung eines linken Staatsfeindes. ... Die Vernehmung (der GSG 9-Beamten) ist Zeitungsberichten zufolge unter Bedingungen durchgeführt worden, die die GSG 9 als eine Art Todesschwadron erscheinen lassen. ... Weitere Details, zum Beispiel das Verschwinden von angeblich vorhandenen Blutresten an Grams rechter Hand, das Fehlen von Blutflecken an dem Ort, an dem der GSG 9-Beamte angeblich erschossen worden sein soll, und dessen auffällig schnelle Beerdigung, vervollständigen den Eindruck einer systematischen Irreführung der Öffentlichkeit über einen bewußt durchgeführten Mord.«

Nun muß man, um diesen Vorgang zu würdigen, nicht lange darüber nachdenken, zu welch anderen Erwägungen die Ereignisse des 27. Juni und ihre Folgen in den Tagen danach einen »unvoreingenommenen« Beobachter denn hätten animieren sollen. Völlig ausreichend ist es, einen Blick in den von Bundesinnenminister Kanther am 9. März 94 der Öffentlichkeit präsentierten »Abschlußbericht der Bundesregierung« zu Bad Kleinen zu werfen. Darin wird zugegeben, daß »das Parlament und die Öffentlichkeit ... unvollständig und zum Teil falsch« über die Polizeiaktion informiert wurden. Der Bericht wimmelt von Formulierungen wie »unerklärlicherweise«, »fälschlicherweise«, »weder Dokumentation noch Spurensicherung«, »Information und Koordination unzulänglich«, »nicht sorgfältig«, »irrtümlich«, »nicht aufklärbar«, »widersprüchliche, dem Ablauf nicht entsprechende Angaben« usw. Der Bericht konstatiert darüber hinaus, »daß das Aussageverhalten der Beamten zunächst den Verdacht (nährte), der tödliche Kopfschuß sei nicht von Grams selbst abgegeben worden. Dieser Verdacht wurde nach Auffassung der Staatsanwaltschaft sowohl durch die zurückhaltende Informationsweitergabe der beteiligten Sicherheitsbehörden als auch die ... zunächst eingeschränkte Aussagegenehmigung der Polizeibeamten weiter gestützt.« Daß Staatsanwaltschaft und Gericht auf diesem staatsoffiziellen Erkenntnisstand die Veröffentlichung der Tolmeinschen Annahmen durch KONKRET als »beleidigend« bestraft sehen möchten, ist gleichwohl so rätselhaft nicht. Ihr Ansinnen reiht sich ein in jene sich häufenden, auf eine Einschüchterung der Medien zielenden Aktivitäten des Staatsapparates, zu denen in den letzten Wochen unter anderem auch die Durchsuchungen der »Focus«-Redaktion in München und des Büros des WDR-Redakteurs Wolfgang Landgraeber durch das BKA gehörten.

Kurz vor Drucklegung dieses Heftes erreichte die Redaktion ein Beitrag des Fernsehreporters Martin Lettmayer, der als Nachtrag zu Peter Brocks Artikel über die Berichterstattung der Medien im Balkankrieg (»Bei Andruck Mord«, KONKRET 3/94) besonders interessant ist: Er widmet sich speziell den angeblichen systematischen Massenvergewaltigungen muslimischer Frauen durch serbische Soldaten, die Ende 1992 und Anfang 1993 ganz Deutschland in helle Aufregung versetzten. Es waren Berichte von diesen Massenvergewaltigungen, mit denen unter den Grünen und unter ehemaligen FriedenskämpferInnen reihenweise KriegstreiberInnen rekrutiert wurden. Gerade KONKRET wurde damals wegen Wolfgang Schneiders Kritik an dieser Kampagne (»Deutsche Frauen an die Front«, KONKRET 3/93) scharf angegriffen. Es bestünde nun für die pazifistischen HeldInnen, die (»ausnahmsweise«) »Bomben auf Serbien« werfen lassen wollten, Gelegenheit, sich zu korrigieren.

Die zweite Folge unserer Serie über antifaschistische Initiativen in Deutschland, die sich den Organisationen von Nazi-Verfolgten widmet, wird im Mai-Heft erscheinen.

Nein, weder mit Kraftstoffen noch mit einem Vorsatz von KONKRET, nun ebenfalls irgendeinen Tiger reiten zu wollen, hat der Titel der im letzten Heft erstmals erschienenen Rubrik »Tigersprung« zu tun, sondern mit einer Passage aus Walter Benjamins »Geschichtsphilosophischen Thesen«: »Die Mode hat die Witterung für das Aktuelle, wo immer es sich im Dickicht des Einst bewegt. Sie ist der Tigersprung ins Vergangene. Nur findet er in einer Arena statt, in der die herrschende Klasse kommandiert.« So auch derjenige dieses Heftes (S. 34).

KONKRET-Veranstaltung zum linken Nationalismus: Veranstaltungsort: großer Hörsaal des Fachbereichs Physik der Universität Rostock. Datum: 17. Mai, 19 Uhr. Teilnehmer (zugesagt): KONKRET-Autor Jürgen Elsässer, der Vorsitzende

der PDS-Fraktion im mecklenburgischen Landtag, Johann Scheringer, die stellvertretende Chefredakteurin der »Jungen Welt«, Kathrin Gerlof, und KONKRET-Redakteur Wolfgang Schneider.

Vom 26. April bis zum 25. Mai findet im Berliner Kunstverein Weißensee eV, Kulturamt Berlin Weißensee, Berliner Allee 185, 13086 Berlin, unter dem Titel »Standort Auschwitz« eine Ausstellung mit Bildern des Hamburger Malers Christoph Krämer statt. Eröffnung: Dienstag, 26. April, 19 Uhr; Öffnungszeiten: Di-So 14-18 Uhr.

Kassensturz der KONKRET Verlags-Kommanditgesellschaft: Von den angestrebten 260.000 Mark fehlen noch 38.000.

Konkret 04/94, S. 6

an konkret

Sie wissen, was sie schreiben

KONKRET 3/94: »Bei Andruck Mord« von Peter Brock

Peter Brock schildert einen beklagenswerten Tatbestand im wesentlichen durchaus zutreffend, wobei ich dieses Urteil nicht auf die von ihm behandelte Medienszene in den USA begrenzen möchte. Noch interessanter wäre es, das Verhalten der Medien in Österreich, Ungarn und Deutschland einerseits und anderer westlicher Länder andererseits zu untersuchen. Indirekt tut das Wolfgang Schneider in »As usual« leider nur ganz wenig. Interessant wird die Sache aber erst, wenn man nach Gründen fragt, die diesem Phänomen zugrunde liegen. Wenn es eine »lumpenjournalistische Front von >FAZ< bis >taz<, von Reißmüller bis Rathfelder« gibt, wie Wolfgang Schneider schreibt, dann handelt es sich nicht um von Kroaten und Moslems durch geschickte Propaganda irregeführte Unwissende, denn beide wissen genau, worüber sie schreiben. Es stellt sich die Frage, welche Politik da gefördert werden soll. So gesehen, handelt es sich um ein innenpolitisches Problem in Deutschland; wieder wird auf der Bühne Jugoslawiens ein anderes Stück gespielt.

Übrigens, so neu ist das alles nicht: Schon 1905 beklagte sich ein königlich-serbischer Minister in einem Gespräch mit einem Botschafter: »Es ist tragisch, daß die Welt über die Serben immer durch ihre Feinde informiert wird.«

Horst Grabert

Ehemaliger Botschafter der BRD in Jugoslawien

Berlin

Der CNN-Korrespondentin Christiane Amanpour können Pleiten nicht passieren. Die stets adrett gestylte Kriegsberichterstatterin mit den großen dunklen Augen findet immer das passende Motiv zu ihren Beiträgen. So auch am 22. Dezember 1992. Da ist es Kiseljak, eine Kleinstadt in der Nähe von Sarajevo. Der Ort ist nahezu unversehrt. Die Regale in den Geschäften sind voll von Lebensmitteln. Und es gibt sogar eine funktionierende Tankstelle. Besser hätte es selbst ein Filmregisseur nicht arrangieren können. Die CNN-Kamera fängt die Einzelheiten subtil im Detail ein. Dann schwenkt sie zum »stand up« auf eine finster dreinblickende Amanpour, die ihren Kommentar mit dem bitteren Vorwurf endet:)>Während die Leute von Sarajevo vor Hunger sterben, leben hier die Serben im Überfluß!«

Die Meldung ist an und für sich richtig. Nur, daß in Kiseljak keine Serben leben, sondern ausschließlich Kroaten und Moslems. Und daß es auch in Sarajevo gegen Devisen auf dem Schwarzmarkt fast alles gibt.

Slobodan, ihr serbischer Producer hätte den Irrtum sofort aufklären können. Doch den hat das CNN-Team ja schon vor Monaten mitten in Sarajevo ausgesetzt, nachdem er angeschossen worden war. Der fließend englisch sprechende Kerl hat ohnedies nichts getaugt. Er hat nämlich ständig versucht, die bosnische Übersetzerin zu korrigieren. Dabei hatte das nette Mädel schon immer ein gutes Gespür dafür, was die Welt hören möchte: »Nieda mit Serbien!«

Seit dem Artikel von Peter Brock in der »Weltwoche« und in KONKRET weiß man, daß hinter den meisten derartigen »Irrtümern« Methode steckt und der Balkankrieg medial schon längst ein Weltkrieg ist. Ein Krieg, der durch die Massenmedien nicht nur angeheizt, sondern offensichtlich auch für sie geführt wird. Und glaubt man den diversen zumeist als »geheim« klassifizierten Unprofor-Berichten, in erster Linie von den bosnischen Moslems.

Demnach wird unter anderem nicht nur die Granate, die am 27. Mai 1992 in eine wartende Menschenschlange vor einer Bäckerei in Sarajevo einschlug, den Moslems zugeschrieben, sondern auch jene, die am 4. August des selben Jahres während eines Begräbnisses unter den Trauernden ein Blutbad anrichtete.

Der ehemalige Oberkommandierende der Unprofor, General McKenzie, meinte schon im Juli 1992 nicht ohne Bitterkeit: »Wenn ich beide Seiten davon überzeugen könnte, aufzuhören, die eigenen Leute für CNN umzubringen, hätten wir vielleicht schon einen Waffenstillstand.«

Dafür blieb McKenzie allerdings nicht die Zeit. Er wurde vorzeitig abberufen, und am 26. November 1992 stellte die Nachrichtenagentur der »New York Times« seine Glaubwürdigkeit überhaupt in Frage. Da veröffentlichte sie bekanntlich ein Interview mit dem bosnischen Serben Borislav Herak, der den UN-General der Vergewaltigung mehrerer junger Muslimfrauen bezichtigte. Das Interview dauerte angeblich sieben Stunden und brachte dem Autor, John Burns, den PulitzerPreis.

Wie Peter Brock in seinem Artikel über das Versagen der Medien im Balkankrieg zu Recht bemerkt, ist die Preisverleihung mehr als fraglich. Zumal Herak, der Kriegsgefangener der bosnischen Moslems war und dieselbe Anschuldigung schon

vorher anderen Journalisten gegenüber gemacht hatte, McKenzie nicht einmal beschreiben konnte.

Richard Schneider

Belgrad-Korrespondent der österreichischen Wochenzeitung»Volksstimme<<, Wien

Neuer Kampfgeist

KONKRET 2/94: »Selbstmord oder Sozialismus« von Hermann L. Gremliza

Spätestens seit man sieht, wie's weitergegangen ist - die mexikanische Oligarchenbagage bloßgestellt und in der Defensive, Millionen, vor allem auch außerhalb Mexikos, mit neuem Kampfgeist erfüllt - hätte man gehofft, daß Hermann Gremliza sich für seine Entgleisung gegenüber den EZLN-Kämpfern in KONKRET 2/94 entschuldigen würde. Nix. Wär' zu schön gewesen. Wenn jemand bei Yankeefilmen reflexhaft in Andachtstellung geht und zu Zapata erstmal Marlon Brando assoziiert, dann sind das nicht die »Indios« in Chiapas, sondern gewisse Schreiber auf den hinteren Seiten von KONKRET - in 3/93 schon wieder - und Gremliza offenbar auch. Lateinamerikaner mit ihrem für gewisse Leute so irritierend guten historischen Gedächtnis haben eine derartige Inspiration nicht nötig, und die Zapatistas haben sich jetzt schon, verglichen z.B. mit FSLN und FMLN, als eine Bewegung mit ausnehmend klarem politischem Konzept erwiesen. Auch waren's gerade die Qualitäten ihrer Bewaffnung und ihr taktisches Geschick, die in so manchem Fettbauch Krämpfe erzeugt haben, die noch keineswegs weg sind. Nicht zum ersten Mal denke ich mir, daß die KONKRET-Redaktion vielleicht ein bißchen weniger »Zeit«, »taz« und »Spiegel« lesen und statt dessen versuchen sollte, näher an Informationsquellen ranzukommen.

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Hackås/Schweden

Der Schindler im Deutschen

KONKRET 3/94: »We couldn’t show that« von Sabine Horst

Mit dem Beitrag von Sabine Horst zu »Schindlers Liste« läuft KONKRET Gefahr, eine fruchtlose Debatte zu provozieren, und dies aus zwei Gründen: Erstens muß jeder, der in der Debatte gehört werden will, eine Meinung parat haben, bevor der Gegenstand des Dissenses – hier: der Kinofilm – auch nur ansatzweise, geschweige denn angemessen zur Kenntnis genommen wurde. Im Wettlauf um die Pole positions des Meinungsstreits sind Hinweise der Medien, wie der Film zu werten sei, von beträchtlichem Wert; sie stehen allerdings im Wege, wenn es darum geht, sich ein eigenes Bild zu machen. Zweitens liefert Horsts Filmkritik genügend Ansatz für Widerspruch, beschäftigt sie sich doch nahezu ausschließlich mit der Machart des Films. Auch hierzu ließe sich einiges sagen; was es jedoch gerade in Deutschland zu thematisieren gilt, ist das Faktum, daß die Konzentration auf die »Gerechten«, zu denen Oskar Schindler gehört, kaum zum Verständnis des Holocaust beiträgt. Die Frage, wie der Massenmord nicht nur geplant, sondern auch realisiert worden ist, hat man sich in Deutschland bisher kaum gestellt. Es steht zu befürchten, daß die Beschäftigung mit der masse der »ordinary men«, wie sie der amerikanische Historiker Christopher Browning in seinem kürzlich erschienenen Buch über die Verbrechen eines deutschen Polizeibataillons beschreibt, der Suche nach anderen »Gerechten« oder gar nach »dem Schindler im Deutschen« weichen wird.

Jürgen Matthäus

Dortmund

Die Rache der Basis

KONKRET 3/94: »Vollmers Volk und Vaterland« von Thomas Ebermann

Leider hat so manche(r) »radikale Linke« die Grünen verlassen, und selbst unser Rechtsausleger, der »konsumfreudige Citoyen« Udo Knapp, ist inzwischen da, wo er hingehört: in der SPD.

So bleibt es denn dem Ex-Genossen Thomas Ebermann nicht erspart, anhand der Ergüsse der »ideellen Gesamt-Grünen« Antje Vollmer u.a. die langweilige Erkenntnis zu verbreiten: »Die Grünen rasen nach rechts, aber nicht an den rechten Rand des politischen Spektrums, denn wo gestern rechts war, ist heute die Mitte.« Ein paar Zitate von Konrad Weiß hätten übrigens dem Artikel noch mehr Würze gegeben.

Auch Karl Rössel kritisiert (in KONKRET 12/93) »die unter den Grünen grassierende Theoriefeindlichkeit«. Außerdem hätten die Grünen bereits das »Ende des Zeitalters von Imperialismus und Kolonialismus« ausgemacht. Folglich würden

»bestehende Herrschaftsformen und Abhängigkeitsverhältnisse nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt«. Und »aus der staatstragenden Theorie folgt eine ihr entsprechende politische Praxis«.

Die Basis schläft aber nicht. In mehr als dreijähriger Arbeit erstellten Mitglieder der Grünen auch unter Mitarbeit vieler unabhängiger Linker eine Broschüre, die gleich im Vorwort »Die paradoxe Aktualität von Marx« (Frieder O. Wolf, W. Telkämper) beschreibt.

Darin ist von Imperialismus, Ausbeutung des Trikont, Ökologie, Modernisierung des Kapitalismus und gar von Revolution die Rede. Als Rache der Basis erschien die Broschüre unter dem harmlosen Titel: *Ökologie und Marktwirtschaft. Ökonomie, Ökologie und die neue Weltordnung* (80 Seiten, 7 Mark) und wurde inzwischen von der Europa-Fraktion der Grünen gedruckt.

Christoph Sündermann,

Mitglied im Kreisvorstand Bündnis90/

Die Grünen, Kreisverband Braunschweig,

sowie 12 weitere Mitglieder von Bündnis 90/

Die Grünen und unorganisierte Linke

Konkret 04/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Vaterländische Gesellen

Es gibt Erscheinungen, die zumindest in dem Sinn eine Wende bedeuten, daß sie einem den Magen umdrehen. Das geschieht beispielsweise, wenn ein bürgerlicher Journalist, den seine Liebe zu den südländischen Faschisten Mussolini und Franco doch nie die guten Tischsitten vergessen und ein Minimum geistiger oder wenigstens modischer Distanz zu den Braunhemden aufgeben ließ, urplötzlich einen deutschen Gruß aufstößt: »Ein rühmendes Wort muß dem General Johannes Steinhoff gelten. In den vielen Nachrufen sind seine Verdienste bei Aufbau und Organisation der Streitkräfte der Bundesrepublik gewürdigt worden. Der derzeitige Luftwaffeninspekteur hat auch der Tatsache Erwähnung getan, daß der tapfere Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg zwölfmal abgeschossen wurde. Doch nur in ausländischen Zeitungen habe ich gelesen, daß Johannes Steinhoff 176 feindliche Flugzeuge abgeschossen hat.«

Der Journalist Johannes Gross, der diese Huldigung verfaßt hat, mag nicht der brillante Kopf sein, für den sein Arbeitgeber ihn und er sich hält – zu dumm für die Erkenntnis ist er nicht, daß der Abschuß von 176 Flugzeugen der Alliierten, die auf dem Weg waren, die Nazis zu besiegen und ihre Gefangenen zu befreien, die Niederlage und die Befreiung um Tage oder sogar Wochen hinausgeschoben, daß also der tapfere Jagdflieger Hunderten oder Tausenden den Tod vor den Erschießungskommandos und in den Gaskammern bereitet hat.

Gross weiß es und will den Täter von seinen Landsleuten ganz speziell für diese Tat und nicht für irgendwelche Verdienste um die blöde Bundesrepublik und ihre uniformierte Bürgerwehr gerühmt wissen. Andere hat man schon soweit, wie die armen Russen, die Hitlers Wehrmacht um 20 Millionen Exemplare reduziert und in die Steinhoffzeit gebombt hatte, und die sich heute vor deutschen Pressefotografen für den Überfall bedanken dürfen: »Für die Opfer der deutschen Wehrmacht vor Wolgograd: ein schlichtes Birkenkreuz, zwei verrostete Stahlhelme, irgendwo auf einem verschneiten Feld. Erstmals stehen russische Soldaten Ehrenwache auf einem deutschen Soldatenfriedhof«, hieß die Bildunterschrift im »Hamburger Abendblatt«.

Auch Konterrevolution bedeutet Umwertung aller Werte. Was in den Siebzigern und Achtzigern bürgerlichen Lohnschreibern Respekt gebot: Aufklärung, kritische Theorie, Achtundsechzig, die Moderne, ist nicht nur im Frankfurter Zentralorgan heute Gegenstand äußerster Verachtung. En passant wird dort »der Sozialismus« eine »stinkende Leiche« genannt und das Datum gesellschaftlicher Modernisierung der BRD heißt »das berüchtigte 68«; der Leitartikel zum Jahreswechsel verhöhnt die »Intellektuellen«, die, »als wären wir im achtzehnten Jahrhundert, die Aufklärung nach wie vor für das beste Rezept halten, die Macht des Bösen zu erschüttern«, und im Feuilleton hat der zuständige Herausgeber eine Kampagne gegen »die Moderne«, gegen die Kunst und für »das Handwerk« organisiert, in der Breker noch einmal über Picasso triumphieren könnte. Antifaschismus, in der alten Bundesrepublik immerhin geduldet, gilt wahlweise als Indiz kommunistischer oder stalinistischer Perfidie. In einem der Prozesse gegen die Richter, die nach dem Krieg Nazi-Verbrechern in Waldheim (DDR) den Prozeß gemacht hatten, hat ein Staatsanwalt das antifaschistische Motiv des Angeklagten einen »niederen Beweggrund« genannt.

Die Umwertung der Werte manifestiert sich in einer Umgruppierung des kommerziellen Wertehandels. Während die Kinder-»FAZ« im Balkankrieg vollends zu Vatis Allgemeiner erwachsen ist, hat die »FAZ« Springer-Terrain besetzt, und in die »Welt«, deren heftiger Drang nach rechtsaußen bislang von verordneter Rücksicht auf die Opfer des Holocaust gehemmt war, ist ein Trupp neuer Nazis eingezogen, die sich, um freie Bahn zu haben, den »Alibijuden der Republikaner« (Bubis) gleich mitgebracht haben. Gegen Augsteins »Spiegel«, der nach der Wende selber zu seinen völkisch-kämpferischen Anfängen zurückgefunden hat, konnte von rechts unten mit einer verkauften Auflage von 480.000 Exemplaren Burdas »Focus« vordringen, ein Blatt für den gesund empfindenden, aber leseschwachen Volksgenossen, das wiederum doppelte Konkurrenz von rechts erhalten soll: Bei Gruner und Jahr bereitet ein ehemaliger Chefredakteur der »Bild-Zeitung« einen rechten »Anti-Stern« vor, bei Springer ein anderer ehemaliger Chefredakteur der »Bild-Zeitung« ein Magazin namens »News«, das in Österreich »das Alt-Magazin _Profil mit seinem penetranten 68er Gehabe locker überrundet hat«, worüber sich wiederum die Volksgenossen von »Criticón« freuen, die den Verhältnissen, unter denen die Verleger Bauer (»Neue Revue«, »Bravo«), Burda (»Bunte«, »Focus«), Springer (»Bild«, »Welt«), Bucerius (»Zeit«) und Mohn (»Stern«, »Brigitte«, »Spiegel«) den Markt unter sich aufteilen, den Namen »linkes Medienkartell« verliehen haben.

Wie weit die neue Wertordnung gediehen ist, zeigt das Verlagsprogramm der zu Springer und also zu den Säulen der deutschen Gesellschaft gehörenden Gruppe Ullstein-PropyläenMüller-Langen-Herbig-Universitas. Im Mittelpunkt stehen Bio- und Autobiografien alter Nazis wie des »Mussolini-Befreiers« Skorzeny, der Hitler-Sekretärin (»Er war mein Chef«) Christa Schroeder, des »Jagdflieger-Generals« Galland, der NS-Heroine Söderbaum und des Kriegsverbrechers Wernher von Braun, Verherrlichungen der NS-Wehrmacht wie »Stalingrad – Sieg und Untergang der 6. Armee«, »Die deutschen

Jagdflieger«, »Operation Paukenschlag – der deutsche U-Boot-Krieg gegen die USA«, Revanche-Pamphlete über die verlorenen »deutschen Gebiete« wie »Die sudetendeutschen Fragen«, »Die Deutschen im Posener Land«, »Weißbuch der Deutschen aus Jugoslawien«, »Südtirol – die verhinderte Selbstbestimmung« und »Westpreußen – Geschichte und Schicksal«.

Ein Programm, wie gemacht für den Gabentisch des DVU- und Rep-Wählers, das dennoch auch viele andere Landsleute anzusprechen vermag: Grüne mit dem Ökofaschisten Herbert Gruhl, Christdemokraten der antisemitischen Richtung mit Pater Basilius Streithofen, deutschnationale Zeitsoldaten der philosemitischen Richtung mit Michael Wolffsohn (»Keine Angst vor Deutschland!«), Gewerkschafter mit dem IG-Metall-Angestellten Wolfgang Kowalsky (»Die verfehlten Strategien der deutschen Linken«), nationalbewußte Sozis aller Schattierungen mit dem Schulungsleiter beim SPD-Vorstand, Tilman Fichter (»Die SPD und die Nation«), und Deutschmark-Chauvinisten mit der »Pflichtlektüre für alle Maastricht-Gegner« (»Spiegel«), dem Buch »Unser Geld« des früheren Hamburger Wirtschaftssenators und Zentralbankchefs Wilhelm Nölling (SPD).

Es irrt, wer meint, die Umgebung sei dem einen oder anderen der Autoren, ihren Kollegen oder Vorgesetzten peinlich, und wer sich in solche Gesellschaft begebe, habe bei Leuten, die nicht vom Sieg der 6. Armee in Stalingrad träumen oder das Sudetenland heim ins Reich holen wollen, jeden Kredit verspielt. Dieses Personal und seine Trabanten sitzen alle Podien platt, ihre Themen und ihr Niveau bestimmen tatsächlich den »Diskurs«, nämlich jenes allgemeine Gerede und Geraune, das im neuen Deutschland an die Stelle der Diskussion und des Streits getreten ist.

Klagen etwa die echten Deutschen in der ihnen eigenen Fremdsprache über den »anti-rechten Teiltotalitarismus« (»Criticón«), macht sich sogleich auf der Wolfgang Kraushaar, Mitarbeiter eines vormals kritischer Theorie gewidmeten Instituts (das aber Vorworte zu seinen Veröffentlichungen auch schon bei der Bundeswehr bestellt), um unter dem Titel »Antifaschismus und Totalitarismus – Die auf dem linken Auge blinde Linke« in der »Zeit« die »Renaissance« jener »Totalitarismustheorie« zu besingen, die schon in den fünfziger Jahren zu nichts taugte als dem Zweck, zu dem sie erfunden worden war: die Deutschen für den Kalten Krieg moralisch aufzurüsten, indem man ihnen sagte, sie könnten ihre Nazi-Schuld durch besonderen Einsatz gegen die anderen Nazis tilgen, die sich Kommunisten nennen. Heute wird die »Theorie« noch einmal aufgewärmt, um die Deutschen wieder so gutzumachen, daß sie sich zu Kriegen in menschenrechtlichem Auftrag legitimiert fühlen.

Dabei ist die Sache selbst ziemlich einfach: Die DDR war eine spezielle Variante kommunistischer Herrschaft. Der Faschismus war eine spezielle Variante bürgerlicher Herrschaft, der Nationalsozialismus ihre deutsche Abart. Die Gleichsetzung beider ergibt einige für Propaganda brauchbare Gags und nicht *eine* Erkenntnis von wissenschaftlichem Wert, was in etwas ruhigeren Zeiten, wie in den 70er und 80er Jahren, von allen erkannt wird, und auch nach dem Krieg um drei, wenn von Wissenschaftlern wieder Friedensware verlangt wird statt des von Koryphäen wie Wilke (»Forschungsverbund SED-Staat«: da weiß man was rauskommt) oder Kraushaar fabrizierten Wissenschaftsersatzes Forschofix. *Nach dem Krieg um drei* – das kann sich ziehen. Ob man Leuten, die von sich wissen, daß sie nicht bei Helmut Schmidt über Totalitarismus plaudern oder Steinhoffs Mut bewundern werden, empfehlen soll, abzuwarten, bis die Stunde schlägt?

Konkret 04/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Volksstimme 1

20 Prozent der Deutschen sind der Meinung, daß die Juden zuviel Einfluß in der deutschen Gesellschaft haben, 31 Prozent meinen, die Juden hätten zuviel Einfluß auf das Weltgeschehen. 28 Prozent lehnen es ab, daß ein Jude für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert, 37 Prozent meinen, der Holocaust habe keine Bedeutung mehr, und sind gegen die Errichtung eines Holocaust-Denkmals in Deutschland, 39 Prozent finden, daß die Juden »den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzen«. 22 Prozent der Deutschen wollen »lieber keinen Juden« als Nachbarn haben – wobei es einen kleinen Unterschied zwischen der westlichen Zivilgesellschaft und dem ehemaligen Herrschaftsbereich des verordneten Antifaschismus gibt: In der alten BRD möchten 24 Prozent nicht neben Juden wohnen, in den neuen Bundesländern sind es 8 Prozent.

Volksstimme 2

Nach einer Allensbach-Umfrage haben nur noch 35 Prozent der Ostdeutschen eine gute Meinung vom marktwirtschaftlichen System. Im Februar 1990 waren es noch 77 Prozent.

Kriegsverbrecher

Seit jeher unterhält die Führungsmacht der »freien Welt« Ausbildungszentren für Drittwelt-Diktatoren und ihre Folterknechte. Zu den so geförderten zählten in den letzten Jahren neben den nicaraguanischen Contra-Banditen auch, wie jetzt die »New York Times« enthüllte, Kontingente der salvadorianischen Todesschwadronen. Um auch auf diesem Gebiet zu den USA aufzuschließen, hat der deutsche Außenminister Klaus Kinkel jetzt einer Organisation Unterstützung zugesagt, die in der sozialliberalen »Frankfurter Rundschau« so beschrieben wird: »Von Geheimdienstlern der faschistischen portugiesischen Diktatur, von obskuren rhodesisch-englischen und portugiesischen Geschäftsleuten und der Killer-Fraktion des südafrikanischen Geheimdienstes gegründet, ausgebildet, bezahlt und bewaffnet... Es gibt heute kaum eine Familie in Mosambik, die nicht um Angehörige trauert, die von der Renamo ermordet, vergewaltigt oder verschleppt und versklavt worden sind... Zwischen 500.000 und 700.000 Tote...« Minister Kinkel hat der Renamo 1 Million Mark versprochen.

Memo

Bevor Neudeck, Zülch, Duve, Todenhöfer (bzw. dessen Nachfolger Schwarz) und die Gemeinschaft deutscher Unterschriftsteller sich für den islamischen Heiligen Izetbegovic begeisterten, hatten sie sich für Afghanistans islamische Freiheitskämpfer engagiert. Nicht ohne Erfolg, wie Amnesty International ein paar Jahre nach der Vertreibung der Moskauer Satrapen aus Kabul melden kann. In einer zum 8. März veröffentlichten Bilanz berichtet Amnesty, daß Frauen in vielen Ländern Opfer staatlicher Gewalt seien. Besonders gefährdet seien gebildete und berufstätige Frauen in Afghanistan. Viele Mudschahedin seien der Ansicht, daß Bildung und Ausbildung die Ansichten der Frauen »vergiftet« hätten. Aus Furcht vor Folter und Mißhandlungen hätten viele Frauen das Land verlassen müssen.

Knallcharge I

Wer erinnert sich noch der sturzbetroffen machenden Fernsehauftritte des Pfarrers Heinz Eggert, der von Stasi-Ärzten erst gefoltert, dann fast zu Tode behandelt und von Stasi-Autos auf der Autobahn um ein Haar zu Tode gefahren worden wäre? Weil sich herausstellte, daß alles gelogen war, wurde Eggert als unbelastet eingestuft und von der CDU zum sächsischen Innenminister gemacht. Der bekennende Pfarrer wurde damit auch Chef der Staatssicherheit des Landes, in welche Behörde er 209 ehemalige Mitarbeiter der Stasi übernahm – vielleicht zum Dank dafür, daß sie ihn nicht zu Tode behandelt oder gefahren hatten. Als aber die sächsische SPD die Personalakten der in die neue Stasi übernommenen Mitarbeiter der alten Staatssicherheit sehen wollte, teilte Eggerts Ministerium mit, die Papiere seien leider weg. Es seien »in den letzten drei Jahren immer wieder Akten verschwunden«, deshalb habe man jetzt Anzeige gegen Unbe-kannt erstattet. Dabei weiß jeder, wo die Akten zu finden wären: in einem toten Briefkasten mit der Aufschrift »Hermann Kant« direkt an der Autobahn zu Eggerts Hausarzt. Such, Wilke!

Knallcharge II

Der Minister für die sächsische Staatssicherheit, Heinz Eggert, hat seine alten und neuen Stasi-Mitarbeiter beauftragt, die »Kommunistische Plattform« zu beobachten. Diese von ihm als linksextrem eingestufte Organisation versuche nämlich, ihre verfassungsfeindlichen Ziele in die PDS einzubringen. Die PDS hingegen werde erst beobachtet, wenn die »Kommunistische Plattform« die »prägende und gestaltende« Kraft in der Partei werde. Dafür gebe es bislang keine Anhaltspunkte.

Knallcharge III

Gefunden wurde jetzt ein Brief des Verteidigungsministers der DDR an den Leiter der politischen Verwaltung bei den Grenztruppen, Generalleutnant Gerhard Lorenz, zu dessen Pensionierung:

Nehmen Sie bitte an diesem für Sie bedeutsamen Tag meinen herzlichen Dank für Jahrzehnte gesellschaftlich notwendiger Arbeit, von hoher Verantwortung und Verläßlichkeit getragenen Dienstes in den Reihen der Grenztruppen der DDR entgegen... Welche Aufgaben Ihnen auch übertragen wurden, stets haben Sie... verdienstvoll gewirkt, Ihr Herz, Ihre Lebenserfahrung, Ihr Wissen und Ihr Können für den Schutz der Staatsgrenze und des friedlichen Lebens der Bürger in der DDR eingesetzt.

Was inzwischen geschah: Der Empfänger dieses Briefes vom 31. Mai 1990, Gerhard Lorenz, steht wegen Totschlags an der Grenze vor Gericht. Der Absender des Briefes, der damalige Verteidigungsminister der DDR, der Pfarrer, Pazifist und Bürgerrechtler Rainer Eppelmann, ist bei der CDU und Vorsitzender der Enquete-Kommission des Bundestags zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

Die Fahne hoch

Die CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag hat einen Antrag der SPD und der Grünen abgelehnt, das Zeigen der Reichskriegsflagge in Bayern zu verbieten. Zur Begründung hieß es, mit Rechts- und Linksextremisten müsse die Auseinandersetzung »von uns als Demokraten« geführt werden: »Verbote reichen nicht aus.« Vor einem Jahr hatte ein Karl Dersch, weil er in seinem Garten die Reichskriegsflagge gehißt hatte, wg. Exportgefährdung seinen Posten beim Luftfahrtunternehmen Dasa verloren, obwohl er kein Linksextremist war, sondern ein Freund unseres ehemaligen bayerischen Mitdemokraten Franz Josef Strauß.

Damals

als es herauskam, haben die Besten (Franz Alt, Rudolf Augstein, Peter Boehnisch) eigenhändig geweint über die »massenhaften Zwangsadoptionen« armer Dissidentenkinder in der DDR. Die Meldung der dpa vom 8. März 1993 gab keine einzige Schlagzeile mehr her, und im »Spiegel«, der die Greuelpropagandisten einst angeführt hatte, nicht eine Zeile:

Berlin (dpa) – Die Berliner Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen die frühere DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker wegen der Zwangsadoptionen in der DDR eingestellt. Justizsprecherin Uta Fölster teilte mit, der Frau des früheren DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker könne trotz mehr als zweijähriger Ermittlungen weder Kindesentziehung noch Anstiftung zur Rechtsbeugung zur Last gelegt werden.

Berlins Jugendsenator Thomas Krüger hatte schon Anfang 1993 betont, es habe in der DDR keine ausdrückliche Anordnung von Zwangsadoptionen durch Frau Honecker gegeben. Der Sprecher des sozialdemokratischen Senators sagte am Dienstag ergänzend, nach den Beobachtungen der Berliner Verwaltung seien Zwangsadoptionen »keine Massenerscheinung« gewesen.

»Keine Massenerscheinung« – deutlicher wollte er nicht werden. Bekannt sind bis heute sieben Fälle.

Emmanzipation

Neunzig Prozent der Frauen in der DDR waren erwerbstätig. Seit der Wende sind im Anschlußgebiet 1,8 Millionen Arbeitsplätze von Frauen beseitigt, das sind 45 Prozent. Zwei Drittel der ostdeutschen Arbeitslosen sind Frauen. In Brandenburg ist jede zweite der alleinerziehenden Frauen arbeitslos. Da die meisten von ihnen Sozialhilfe beziehen, werden sie neben ihrer neuen Freiheit und ihrer neuen Freizeit auch die paar Mark haben, jene Frauenzeitschrift zu abonnieren, in der die Führerin des bundesdeutschen Feminismus den Ostlerinnen schon immer beibringen wollte, was Emanzipation ist.

Äskollaps

Ein neues Heilverfahren bei präsidialem Alkoholismus kommt aus Rußland. Mutmaßungen über und eine »feindliche Einstellung« zu Jelzins Gesundheit gelten, so Pressesekretär Kostikow, ab sofort als »unpatriotisch«.

Konkret 04/94, S. 12

Jürgen Reents

7.200 Zeichen Kohl

Noch ist längst nicht sicher, daß Helmut Kohl die Bundestagswahl im Oktober verliert. Auf dem Hamburger Parteitag hat die CDU ihr Grundsatzprogramm mit allerlei Ökofloskeln ausstaffiert, die als attraktiv gelten

Wie die Bundestagswahl am 16. Oktober auch ausgeht – Helmut Kohl wird auf jeden Fall im engsten Freundeskreis ein stilles Jubiläum feiern können: Es sind dann ziemlich genau zehn Jahre her, daß es ihm und seinen Getreuen gelang, die ebenso heimlichen wie teuren Begleitumstände seines Aufstiegs an die CDU-Spitze geschichtlich zu entsorgen.

Zur Erinnerung: Kohls Vorgänger als Parteivorsitzender, Rainer Barzel, trat 1973 von selbigem Amt zurück und übernahm über die Frankfurter Anwaltskanzlei Pauls einen Beratervertrag für den Flick-Konzern. Daß dieser mit 1,7 Millionen DM dotierte Vertrag als eine Art Winkelement gedient haben könnte, um den Wechsel im CDU-Vorsitz überhaupt herbeizuführen, wurde erst 1984 bekannt und drohte den Bundeskanzler mitten in den Strudel der »Flick-Affäre« hineinzuziehen. Die CDU/CSU kam aber auf die zündende Idee, die ganze Angelegenheit am 25. Oktober 1984 durch einen weiteren Rücktritt Barzels – als Bundestagspräsident – zu bereinigen. Danach war Ruhe im Karton. Das zweite Barzelopfer (von dem vermutlich niemand ohne Klage behaupten kann, es sei vorsorglich im Preis von 1,7 Millionen DM inbegriffen gewesen) ermöglichte, daß die »Kohl-Ära« nicht bereits nach zwei Jahren ihr jähes Ende fand.

Nun werden es im Oktober schon zwölf Jahre sein – nach des Kanzlers persönlicher Zeitrechnung: Adenauer minus zwei. Das Minus in dieser Rechnung mißfällt ihm. Um es zu tilgen, hat er Peter Boehnisch wieder in den Ring geholt, der das Volk großflächig darauf aufmerksam machen will, daß Kohl im Gegensatz zu Scharping »Politik ohne Bart« betreibt – was, wie Boehnisch als früherer Chefredakteur von »Bild« (»Journalismus ohne Verstand«) weiß, für Wähler mit deutscher Reifeprüfung äußerst bedeutsam und zudem ohne weiteres begreiflich ist.

Für diejenigen, die etwas mehr erwarten, als daß der Kanzler sich sein Kinn und seine Werbeagentur ihnen den Verstand rasiert (zumindest nicht so glatt), hat der Hamburger CDU-Parteitag ein neues Grundsatzprogramm »Freiheit und Verantwortung« beschlossen. Darin wendet die CDU sich »gegen eine Gesellschaft, die ihre Verantwortung auf nachfolgende Generationen abwälzt« und tritt »dem Raubbau an der Natur und der Verschwendung natürlicher Ressourcen entgegen«. Die ehedem gegen »grüne Spinner« zu Felde ziehende Partei meint sogar: »Die gesamte Menschheit steht vor einer einzigartigen Herausforderung: Wir müssen erkennen, daß wir durch die Art unseres wirtschaftlichen Handelns, unseren Lebensstil sowie das weltweite Bevölkerungswachstum die Lebensbedingungen im Ökosystem Erde so verändert haben und weiter verändern, daß menschliches Leben und Überleben gefährdet sind... Anders leben, damit wir alle überleben – diesem Ziel dient unsere Politik der Bewahrung der Schöpfung.« Ein großväterlich lächelnder Kanzler mit Öko-Chic – das könnte nicht nur für die Grünen in Sachsen und Baden-Württemberg ein Anlaß mehr sein, allen Ernstes über eine schwarzgrüne Koalition nachzudenken, sondern möglicherweise auch klügere Menschen über die tatsächlichen Ergebnisse christdemokratischen Regierens hinwegsehen lassen.

Kohl und die CDU versuchen die »ungünstige Stimmungslage«, die die Meinungsforschung ihnen attestiert und die die Wahlergebnisse in Brandenburg und Niedersachsen bestätigt haben, durch einen moderaten Ökonationalismus zu wenden, dessen Floskelvielfalt dennoch garantiert, daß alle Gedanken immer wieder auf ihren rechten Ausgangspunkt zurückfinden. Angriffe gegen die Sozialdemokraten, die »das Land in die Isolierung führen« und »ein Stück Zukunft des Landes verraten« haben, stehen dabei widerspruchslos neben der Verurteilung von »Diskriminierung und Rassenhaß«. Die billige Polemik dagegen, Deutschland nicht dem »rot-grünen Chaos«, diesem »Elend für unser Land« auszuliefern, ebenso widerspruchslos neben der Forderung nach einer »ökologischen und sozialen Marktwirtschaft«. Das »Ja zu Leistungseliten« neben der Anklage gegen die »unübersehbare Kälte in unserer Gesellschaft«, das Ja zum nächsten Milliardengrab Transrapid neben der Warnung vor »blindem Fortschrittsglauben«. Die Forderung nach einer »allseitigen Bereitschaft zum Gewaltverzicht« neben dem erhobenen Zeigefinger, Deutschland dürfe sich nicht »vor den Pflichten drücken« und »in die Nische stellen, wenn Unwetter der Geschichte heruntergehen«.

Die Warnung etlicher Kommentatoren, die CDU drohe ihren Charakter als Volkspartei einzubüßen, hat diese dazu veranlaßt, sich programmatisch neu einzukleiden. Einige Stoffe und Zwirn wurden hinzugekauft – der Schneider ist der alte geblieben. Kohl mochte deswegen auf dem CDU-Parteitag auch voller Stolz verkünden, »daß die Unternehmenssteuern in der Bundesrepublik auf das bisher niedrigste Niveau gesenkt worden sind«. Seinen anderen Erfolg, die Arbeitslosigkeit auf das bisher höchste Niveau zu heben, verschwieg er in aller Bescheidenheit.

Dennoch sollte sich niemand täuschen: Daß die CDU bei den kommenden Landtagswahlen in Ostdeutschland weiter auf der Verliererstrecke sein wird, kann kaum jemand bezweifeln – daß sie nach der Bundestagswahl aber auch Abschied von der Regierung in Bonn nehmen muß, ist dagegen so sicher noch nicht. Die Stimmenmehrheit der schwarzgelben Koalition bei der letzten Bundestagswahl lag bei 54,8 Prozent – die ihrer Mandatsstimmen (vor allem wegen des Herausfallens der

Grünen) jedoch bei 59,6 Prozent. Der Stimmenunterschied nur zwischen CDU/CSU und SPD betrug 1990 über 10 Prozent (43,8 zu 33,5 Prozent). Diese Stimmenverhältnisse allein arithmetisch in Richtung rosagrün umzukehren, was über die dann folgende Koalition noch gar nichts sagt, bedarf erheblich mehr als die bisherigen Verluste der Bonner Regierungsparteien in Ländern und Kommunen. Daß die SPD bei der Bundestagswahl mindestens 6 oder 7 Prozent zulegt, wie ihr gegenwärtig von den meisten Meinungsforschungsinstituten zugetraut wird, ist durch die letzten Wahlen auf Kommunal- und Landesebene keineswegs belegt. Bisher hat sie ihre vorherigen Stimmenanteile im wesentlichen nur verlustlos stabilisiert. Die CDU könnte dagegen ihren Niedergang auf Bundesebene anders als auf Länderebene durchaus begrenzen – nicht nur durch den Hamburger Einbau flotter Ökofloskeln in ihr Programm, sondern auch durch die spätestens Mitte des Jahres zu erwartende Aufschwungspropaganda der Wirtschaft, für die der »Spiegel« nach der Niedersachsen-Wahl schon sein erstes Titelblatt zur Verfügung gestellt hat.

Kohl würde allerdings nur in einer Konstellation seinen Ehrgeiz stillen können, mit Adenauers Amtszeit noch gleichzuziehen: in der jetzigen. Eine große Koalition von CDU/CSU und SPD, an der Schäuble, Klose und Scharping schon für alle Fälle eifrig stricken, käme nur mit einem neuen Regierungschef zustande – egal, ob die SPD oder die CDU/CSU den Vorsprung fürs Kanzleramt hat. Daß dies nur einen Personen-, aber keinen Politikwechsel bedeuten würde, ist in dieser Zeitschrift sicher überflüssig zu begründen. Allerdings: Kohl könnte sein eingangs erwähntes 10-Jahres-Jubiläum dann wirklich still und unbeschwert von anderen Feierlichkeiten begehen. Soviel Respekt muß sein, ihm dies zu wünschen ...

Jürgen Reents schrieb in KONKRET 2/94 über den CDU-Strategen Wolfgang Schäuble

Konkret 04/94, S. 14

Robert Kurz

Neues vom Juglar

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

1. Ausgangslage: Mit der Erschöpfung der fordistischen Industrien stößt die herkömmliche Konjunkturbewegung des produktiven Kapitals an historische Grenzen. Der kurzfristige Zyklus wird nicht mehr von der »langen Welle« einer relativ arbeitsintensiven Basistechnologie getragen, die ein neues epochales Terrain der Kapitalverwertung eröffnen könnte. Die Mikroelektronik als flächendeckende Rationalisierungstechnologie und die damit einhergehende Globalisierung des Kapitals generieren statt dessen einen allseitigen Verdrängungswettbewerb. Die quasi nach dem Trägheitsgesetz weiterlaufende zyklische Bewegung besitzt keine selbsttragende innere Triebkraft mehr, sondern wird in wachsendem Maße weltweit von unproduktiv geschöpftem Geldkapital (Staatskredit, Notenpresse, spekulativer Prozeß) gespeist. Der zyklische Aufschwung bleibt überlagert von der strukturellen Krise; er wird deshalb von Mal zu Mal schwächer und flacher, wie der Atem eines Sterbenden. Diese Erscheinung des postfordistischen Krisenzyklus seit Anfang der 80er Jahre wird sich auch 1994 fortsetzen. Das vielbeschworene »Ende der Talsohle« nach der Rezession 1992/93 wird nicht in einen neuen weittragenden Aufschwung münden, sondern bestenfalls in eine zeitweilige Stagnation mit einer Wachstumsrate der BRD-Ökonomie für 1994 von 1 Prozent oder weniger; und auch dies nur dann, wenn keiner der seit Jahren schwelenden Risikofaktoren in diesem Zeitraum wirksam wird.

2. Die Hoffnung auf das Anspringen einer starken Exportkonjunktur (wie teilweise noch in der 2. Hälfte der 80er Jahre) wird sich als Illusion erweisen. Die USA fallen trotz Anfang 1994 verbesserter Konjunkturdaten als globale Wachstumslokomotive aus, weil sich das künstlich angeheizte Feuer der »Reaganomics« aufgrund des Verschuldungs-Weltrekords nach innen und außen nicht wiederholen läßt. In Japan vollzieht sich durch den Einbruch der Spekulation trotz mehrfacher Konjunkturprogramme eine Vollbremsung, die 1994 kein Durchstarten zuläßt. Das Wachstum im übrigen Südostasien mit seiner Kombination von Hightech und Billiglohn ist in absoluten Zahlen viel zu schwach (aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus), um die Weltkonjunktur ziehen zu können; außerdem bleibt es strukturell im Kontext der Globalisierung auf einseitige Exportströme ohne entsprechende Importkraft ausgerichtet. Auch der BRD-Export innerhalb Europas wird nicht mehr das Ausmaß früherer Zyklen erreichen; die überall verminderte Kaufkraft verhindert das Auslösen eines Investitionsbooms. Osteuropa bzw. die GUS wollen und können wie Südostasien ebenfalls nur einseitig exportieren und bleiben durch ihren Bedarf an Krediten und Beihilfen eher eine Belastung.

3. Die Binnenkonjunktur der BRD wird 1994 sogar noch erheblich hinter der schwach exportinduzierten zurückbleiben. Das ist auch nur logisch, wenn unter dem Kostendruck des Weltmarkts und der weiterhin unproduktiven Finanzierung der »deutschen Einheit« der Großangriff auf die Masseneinkommen nicht einmal im »Superwahljahr« 1994 auch nur kosmetisch verlangsamt wird. Die Verminderung des Staatskonsums und der Sozialtransfers bei trotzdem gleichzeitig weitersteigender staatlicher Kreditaufnahme (und damit einem weiterhin relativ hohen Zinsniveau, das auf die gesamte EU zurückschlägt) drückt ebenso auf die Konjunktur wie die Tendenz zur Lohnsenkung. Auch die Massenarbeitslosigkeit wird 1994 weiter steigen und die Binnenkonjunktur abbremsen; teils direkt durch Rationalisierung, teils indirekt über (heimische und auswärtige) Marktverluste gegenüber den Billiganbietern aus Südostasien und Osteuropa, hinter denen sich z.T. sogar bundesdeutsches Auslandskapital verbirgt, das auf diese Weise selber die BRD-Binnenkaufkraft wegspült: ein ironisches Resultat der Globalisierung bei schrumpfenden Märkten, das möglicherweise selbst die magere 1-Prozent-»Hoffnung« für 1994 begraben wird.

4. Ein weiterer starker Risikofaktor für die schwache Exportkonjunktur auf globalisierten Märkten bleiben selbstverständlich auch 1994 die Finanz- und Kreditsysteme. Hier ist jederzeit ein großer Crash möglich, der auf Dauer unvermeidlich sein wird. Denn die Speisung des Zyklus seit mehr alseiner Dekade durch eine wachsende unproduktive Geldschöpfung hat zu einer äußerst fragilen Konstellation geführt. Mit hochmanipulativen Praktiken versucht Japandas unmögliche Kunststück, das Platzender Spekulationsblase ohne den Knall eines Entwertungsschocks still wegzustecken. Im angelsächsischen Raum haben die mühsamen Zinssenkungsrunden ebenso wie in Europa keine produktiven Investitionen ausgelöst, sondern noch einmal die Finanz- und Aktienspekulation mit »fresh money« gefüttert, so daß z.B. der Frankfurter Dax- ebenso wie der New Yorker Dow Jones-Index auf historische Rekordmarken ohne entsprechende Konjunkturaussicht kletterten. Wenig beachtet wird, daß auch die südostasiatischen Newcomer wieder vermehrt mit Finanzproblemen zu kämpfen haben und daß in der VR China das Geld- und Kreditsystem praktisch außer Kontrolle ist. Hinzu kommt noch der drohende Finanz- und Währungszusammenbruch der Rubelzone. Jeder einzelne dieser Risikofaktoren kann jederzeit eine globale Finanzkrise (mit einer Flucht des Geldkapitals in Dollar und/oder Gold)

auslösen; und wenn dies noch 1994 geschieht, dann sind alle Prognosen Makulatur, und die große Weltdepression wird unmittelbar einsetzen.

5. Immer wichtiger werden im Krisenzyklus auch die außerökonomischen Rückkopplungen auf die Kapitalverwertung durch Verelendungs- und Barbarisierungsprozesse, durch Aufstände, Bürgerkriege und politische Verwerfungen, aber auch durch große Umweltkatastrophen. 1994 ist in Lateinamerika mit weiteren Aufständen wie seit Anfang des Jahres in Südmexiko und in der argentinischen Provinz zu rechnen; auf dem Territorium der GUS drohen weitere Kriege, in der VR China plötzliche politische Instabilität; und in den USA ist neue Rassengewalt ebenso zu erwarten wie in Europa soziale Randale (vielleicht von Frankreich ausgehend). Selbst die wahrscheinliche Ablösung der deutschen konservativ-liberalen Koalition bei den Wahlen im Herbst kann zu Panikreaktionen führen. Alle diese außerökonomischen Risikofaktoren, wie sie das an der obersten Belastungsgrenze angelangtes Weltsystem kennzeichnen, erhöhen die Wahrscheinlichkeit unvorhergesehener Einbrüche im Laufe des Jahres.

Robert Kurz, Redakteur der Zeitschrift »Krisis«, veröffentlichte zuletzt das Buch »Der Letzte macht das Licht aus« (Edition Tiamat)

Konkret 04/94, S. 15

Winfried Wolf

Neues vom Juglar

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Welcher »Korridor« bleibt für eine Konjunkturanalyse, die sich als »alternativ« zum Gutachten des Sachverständigenrats versteht, nachdem die Fünf Weisen 1992 gerissen genug waren, das Publikum mit ihrer Prognose, die Wirtschaft würde 1993 lediglich pausieren, bei Laune zu halten, und ihr sechsstelliges Salär auch dann kassierten, als das brutto wie netto unsoziale Produkt mit zwei Prozent »negativ wuchs«? Damals konnte man sich noch kühn links profilieren, wenn denn »links« in der Tradition Eugen Vargas für »pessimistische Konjunkturprognose« steht.

Nun sagten Ende 1993 dieselben Herrschaften pfiffig für 1994 einen weiteren BSP-Rückgang um ein halbes Prozent, also eine Verlängerung und Vertiefung der Krise, voraus. Hier »links« draufzusatteln und beispielsweise 1,75 Prozent minus zu prognostizieren, erscheint selbst mir waghalsig, dem doch immerhin in KONKRET attestiert worden ist, daß er solange Krisen prognostiziert, bis sie schließlich einträfen: »sooner or later«.

Überhaupt wäre zu fragen: Was gibt es nach Tucholskys Text »Kurzer Abriß der Nationalökonomie« Alternativ-Neues zum Thema denn noch beizusteuern, wo jetzt doch alle die Krise im Mund führen? Tucholsky verfaßte diesen Text 1931, inmitten der Weltwirtschaftskrise. Und wir befinden uns im Frühjahr 1994 inmitten der schwersten Wirtschaftskrise seit jener historischen Depression.

1. *Die Grundlage der Nationalökonomie ist das sog. ›Geld‹ ... Für Geld kann man Waren kaufen, weil es Geld ist, und es ist Geld, weil man dafür Waren kaufen kann. Doch ist diese Theorie inzwischen fallengelassen worden. Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da bzw. nicht da – meist nicht da.**

Geld ist in der »Reinigungskrise« 1993/94 ungleicher denn je präsent. 1994 dürften die realen Masseneinkommen insgesamt um mehr als 10 Prozent sinken. Das stellt einen ersten krisenverschärfenden Faktor dar. Zugleich ist Geld reichlich vorhanden. Laut Oberfinanzdirektion Freiburg beliefen sich die Steuerausfälle aufgrund von Kapitalflucht allein für 1990 bis 1992 auf rund 100 Milliarden Mark. Im Januar 1994 betätigte sich BMW als ideeller Gesamtautokapitalist und kaufte Rover für weit überteuerte zwei Milliarden Mark, um Honda vom EU-Markt zu vertreiben. Nachdem VW bereits 1987 eine halbe Milliarde Mark, Klöckner und die DG-Bank 1992 jeweils denselben Betrag verspekulierten, ist es 1994 die Metallgesellschaft, die eben einen solchen 500-Millionen-Mark-Verlust als Resultat von Engagements im Casinokapitalismus bekanntgibt. Geld ist da. Und nicht da.

2. *Jeden Morgen wird in den Staatsbanken der sogenannte ›Diskont‹ ausgewürfelt. Es ist den Deutschen neulich gelungen, mit drei Würfeln 20 zu trudeln.*

1994 wird das Jahr werden, in welchem die Hochzinspolitik der Bundesbank verteidigt und die »Tippelschritte« nach unten beim Diskont ausgebremst werden. Dies stellt einen zweiten krisenverschärfenden Faktor dar. Doch die Tiefe dieser Krise irritiert die Oberen solange wenig, wie mit ihr die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Banken, Fabriken und Schwitzbuden besitzenden Klasse verschoben werden. Auch bringt hoher Diskont hohen Zins und noch höhere Schulden. Oder mit dem Nationalökonomen Tucholsky:

3. *Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andere werde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine ›Stützungsaktion‹, bei der alle, bis auf den Staat, gut verdienen. Solche Pleite erkennt man daran, daß die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch meist nichts mehr.*

Ende 1994 wird sich die Staatsschuld von 1.000.000.000.000 im Jahr 1989 auf 2.000.000.000.000 Mark wundersam vermehrt haben. Ausnahmsweise hatte ich dies für later, für 1996, vorhergesagt. Weswegen der Kladderadatsch sooner kömmt. Gegen entsprechendes, inflationsabgesichertes Salär wird der exakte Termin dieses Crashs nachgereicht.

4. *Eine wichtige Rolle im Handel spielt der Export. Export ist, wenn die anderen kaufen sollen, was wir nicht kaufen können; auch ist es unpatriotisch, fremde Waren zu kaufen, daher muß das Ausland einheimische, also deutsche Waren konsumieren, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind.*

Die einzige Hoffnung für das, was sich 1994 vielleicht doch Aufschwung schimpfen darf, beruht darauf, daß andere die Kastanien aus dem Feuer holen. Wobei hier Japan bereits ausfällt und lediglich die Nafta minus Chiapas und die EU minus die Länder der alten Bundesrepublik als Hoffnungsträger bleiben. Gewichtet ergibt dies für das BRD-BSP ein

exportbedingtes Plus von 0,65 Prozentpunkten, das gegengerechnet werden muß zu der in Punkt 3. vorgetragenen Prognose.

5. *In der Wirtschaft gibt es auch noch kleinere Angestellte und Arbeiter, doch sind solche von den neuen Theorien längst fallengelassen worden.*

Das Jahr 1994 droht für die bundesdeutsche Gesellschaft zum Jahr des Falls ins Gewerkschaftsfreie zu werden. Während der Bildung der SPD-FDP-Regierung 1969 die »wilden Streiks« vorausgingen, geht dem Regierungswechsel des Herbsts 1994 eine wilde Unternehmeroffensive und die Schaffungeines Sechs-Millionen-Erwerbslosenheeres voraus. Damit drohen verbliebene Positionen gewerkschaftlicher Gegenmacht auf ein Niveau reduziert zu werden, wie es in den USA oder in Großbritannien anzutreffen ist.

Eine der von Tucholsky angesprochenen marktgängigen »neueren Theorien« lautet heute: »Die weiche gesellschaftspolitische Option« könnte »der Kampf um die allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich« und »der Einstieg in eine neuartige Systemveränderung sein, die über die Logik von Erwerbsarbeit, Geldverdienen und fordistischem Konsum hinausführen muß« (Robert Kurz, KONKRET 1/94).

Es ist unschwer zu erkennen, daßich eine ältere Theorie vertrete und in denaktuellen »weichen« (Flexi-)Optionen die zersetzenden, begleitenden Maßnahmen zu der alles dominierenden harten Option erkenne.

Wenn derzeit mehr denn je Tucholskys Feststellung gilt: *Zusammenfassend kann gesagt werden: die Nationalökonomie ist die Metaphysik des Pokerspielers* – dann bleibt festzuhalten: Nur der komplette Ausstieg aus diesem Pokerspiel weist eine Alternative (was mehr ist als eine alternative Konjunkturprognose).

**Alle kursiven Passagen stammen aus Tucholskys »Kurzem Abriß...«*

Winfried Wolf ist Redakteur der »Sozialistischen Zeitung – SoZ«

Konkret 04/94, S. 16

Jürgen Kuczynski

Neues vom Juglar

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

»Laßt uns Realisten sein – versuchen wir das Unmögliche!« bemerkte einst Che Guevara in seiner Zeit als Präsident der Nationalbank Kubas. Mit diesem Spruch im Sinn will ich versuchen, eine Perspektive für Deutschlands Wirtschaft 1994 mit konkreten Zahlen zu geben.

Unter keinen Umständen werde ich aber etwas über die Entwicklung des sogenannten Bruttosozialprodukts, dieser wohl albernsten unwissenschaftlichen Erfindung von Wirtschaftswissenschaftlern, aussagen. Das Bruttosozialprodukt steigt zum Beispiel, wenn die Schulden des Staates steigen. In den USA hat kürzlich Robert Marks von SOM Economic Inc. nachgewiesen, daß die Zunahme von Krankheiten, teils wegen der zunehmenden Umweltverschmutzung, teils wegen des zunehmenden Alters der Bevölkerung, durch die Steigerung der Kosten für Ärzte, Medizin und Krankenpflege das Bruttosozialprodukt nach oben getrieben hat. Nach seinen Berechnungen war die Hälfte der Prozentzunahme des Bruttosozialprodukts 1991 auf höhere Krankenkosten zurückzuführen. Also: Eine Grippe-Epidemie in Deutschland im Herbst 1994 würde das Bruttosozialprodukt emporschnellen lassen und eine prächtige Konjunktur anzeigen. Umgekehrt zeigt das Bruttosozialprodukt natürlich eine Verschlechterung der Konjunktur an, wenn sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessert. Eine Verbesserung der Konjunktur wird dagegen vom Bruttosozialprodukt gemeldet, wenn das Auswärtige Amt den Botschaften mehr Geld zur Bestechung von ausländischen Nutten als Spitzeln bewilligt. Wahrlich grotesk die Berechnung eines Bruttosozialprodukts als Konjunkturanzeiger!

Ein viel zuverlässigerer Anzeiger der Konjunktur sind die Daten für die Industrie.

Diese zeigen in den alten Bundesländern für 1993 einen starken Rückgang gegenüber 1992 an, haben sich aber während der ersten 10 Monate 1993 kaum verändert. Der Index, den die Bundesbank monatlich veröffentlicht, lag (1985 = 100) im Januar 1992 bei 122,9, im Januar 1993 bei 111,6 und im Oktober 1993 bei 111,7. Von Januar 1993 bis Oktober schwankte der Index zwischen 110,2 im Februar und 112,3 im September. Aber dann gab es einen ernsteren Knick: Von 111,7 im Oktober sank der Index auf 110,4 im November. Im vierten Quartal 1993 lag die Produktion um rund 3,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Und was ist in der nächsten Zukunft zu erwarten? Von entscheidender Bedeutung sind natürlich die vorhandenen Inlandsaufträge im verarbeitenden Gewerbe. Diese lagen im 4. Quartal 1993 um rund 5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Das heißt, es kann nicht die Rede davon sein, daß eine Talsohle der Produktion bei sinkenden Aufträgen erreicht ist. Eine weitere Senkung der Industrieproduktion im 1. Halbjahr 1994 um 3 bis 5 Prozent sollte nicht überraschen.

Viel stärker noch als die Industrieproduktion ist die Ausfuhr abgesunken – jedoch nur vom 1. Vierteljahr 1992 bis zum 1. Vierteljahr 1993, und zwar dem Volumen nach um 10 Prozent für ganz Deutschland; seitdem hält sie sich ungefähr auf diesem Niveau. Da man aber aufgrund der Schwere der Krise in Deutschland mit einem Sinken des Wertes der Mark rechnen kann, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Ausfuhr 1994 um einige Prozent steigen wird.

Allgemein wird offiziell und halboffiziell angenommen, daß sich 1994 das Inflationstempo vermindert. Ich meine, man sollte froh sein, wenn es nicht zunimmt.

Allgemein wird von den Wirtschaftsinstituten auch angenommen, daß sich die Konjunktur spätestens im zweiten Halbjahr 1994 verbessert. Ich halte das nicht für ausgeschlossen, wahrscheinlich aber ist eine Besserung erst im ersten Halbjahr 1995.

Doch muß man erkennen, daß es zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Kapitalismus zwei Konjunkturen geben wird. Bisher war es so, daß, wenn sich die Konjunktur verbesserte, das Kapital deutlich mehr Profite aus steigender Produktion und wachsenden Dienstleistungen zog, während sich die Lage der Arbeiter und Angestellten zwar ebenfalls, aber viel, viel langsamer hinsichtlich Reallöhnen, Realgehältern und Beschäftigung verbesserte.

Heute sind sich alle offiziellen und halboffiziellen Stellen einig, daß eine sich verbessernde Konjunktur für das Kapital begleitet sein wird von sinkenden Reallöhnen und Realgehältern sowie von steigender Arbeitslosigkeit sowohl 1994 wie 1995 und möglicherweise auch noch darüber hinaus.

Wenn Marx einmal meinte, vor der Menschheit stünde die Alternative: Sozialismus oder Barbarei, so scheint mir, daß wir beim nächsten Konjunkturaufschwung für das Kapital, sei es im 2. Halbjahr 1994 oder erst 1995, auf Grund der

Entwicklung der Lage der arbeitenden Bevölkerung die ersten Schritte in die Barbarei tun.

Jürgen Kuczynski, Historiker, hat zuletzt das Buch »Ein Leben in der Wissenschaft der DDR« (Verlag Westfälisches Dampfboot) veröffentlicht

Konkret 04/94, S. 17

Peter Hetzler

Richtung Manchester

4 Millionen Arbeitslose, 6 Millionen Arbeitssuchende, Abbau von Sozialleistungen innie gekanntem Ausmaß, 7 Millionen Menschen unterhalb des Existenzminimums, 1 Million Obdachlose, eine halbe Million Kinder in Obdachlosenheimen. Die Liste ist fortsetzbar, und die Zahlen steigen täglich.

Die Radikalität, mit der Wirtschaft und Politik zur Zeit alles auf den Müll kippen, was zur Mehrwertproduktion nicht mehr benötigt wird, wird auch in den Tarifauseinandersetzungen deutlich. Nachdem die IG Chemie den Herren in den Vorstandsetagen zugestanden hatte, sich künftig aus der Masse der Arbeitslosen für nur 90 Prozent des vereinbarten Tariflohnes bedienen zu dürfen (im ersten Jahr seiner Neuanstellung verdient ein ehemaliger Arbeitsloser in der Chemieindustrie also künftig 10 Prozent weniger als seine Kollegen), wollte Gesamtmetall eine generelle Kostensenkung um 10 Prozent bei allen Metall-Beschäftigten durchsetzen und das unter anderem mit der Streichung des Urlaubsgeldes erreichen. Nun wird, nach der Einigung in Hannover, das Urlaubsgeld weitergezahlt, und ab Juni gibt es eine Lohnerhöhung von 2 Prozent. »Ein Sieg der IG Metall«, wie Gewerkschaften und Medien behaupteten? Bereits am Montag nach dem Abschluß kletterte der Deutsche Aktienindex um 2,5 Prozent.

Der Grund dafür liegt darin, daß dieser Abschluß, wie Graf Lambsdorff im »Handelsblatt« (7.3.94) feststellte, den Grundstein für »eine neue Qualität der deutschen Tarifpolitik« legt – und zwar durch die vereinbarte Flexibilisierung der Arbeitszeit, deren Auswirkung man ungefähr so zusammenfassen kann: Früher gab ein Unternehmer einem Arbeiter Geld, damit er für ihn arbeitet – heute gibt ein Arbeiter einem Unternehmer Geld, damit er nicht entlassen wird. Dafür bekommt er eine »Beschäftigungsgarantie«.

Gegen die Lohnerhöhung von 2 Prozent ab Juni steht zunächst einmal die Kürzung des Weihnachtsgeldes von 60 auf 50 Prozent eines Monatslohnes. Gleichzeitig werden Weihnachts- und Urlaubsgeld bis Ende 1996 auf dem jetzigen Stand eingefroren. Die »Wirtschaftswoche« (11.3.94) hat ausgerechnet, daß die IG Metall ihren Leuten damit in diesem Jahr einen Lohnzuwachs von 0,02 Prozent erkämpft hat.

Bis zu 17 Prozent Einkommensverlust werden die Metaller nach einer Rechnung des »Handelsblattes« allerdings haben, wenn die Firmen ihre durch diesen Tarifvertrag geschaffenen Möglichkeiten der Kostenreduzierung durch Flexibilisierung der Arbeitszeit voll ausnutzen. Diese Flexibilisierung sieht vor, daß Unternehmen bei schlechter Auftragslage die Gesamtarbeitszeit für alle Beschäftigten von bislang 36 auf bis zu 30 Stunden pro Woche runterfahren dürfen. Ohne Lohnausgleich. Dafür darf das Unternehmen niemanden entlassen. Diese Vereinbarung gilt vorerst für die kommenden zwei Jahre und ist ein Einbruch in alle finanziellen Sicherheiten, die ein abhängig Beschäftigter bislang hatte:

· Das Unternehmen legt die monatliche Arbeitszeit nach Bedarf fest. Entsprechend dem VW-Modell besteht zwar die Möglichkeit, die Differenz zwischen den daraus resultierenden unterschiedlich hohen Monatslöhnen durch Teilzahlungen des Weihnachts- und Urlaubsgeldes auszugleichen, aber dadurch verkürzen sich natürlich diese Sonderzahlungen entsprechend. Urlaubs- und Weihnachtsgeld stehen demnach also nach wie vor auf dem Papier, können aber durch die Arbeitszeitverkürzung komplett aufgefressen werden. Und: Falls die Arbeitszeit ganzjährig auf 30 Stunden reduziert wird, reicht auch die Anrechnung der Sonderzahlungen für einen vollen monatlichen Reallohnausgleich nicht mehr aus.

· Eine geregelte Einkommensplanung wird auch dadurch unmöglich gemacht, daß man sich bei Arbeitszeitreduzierung keinen Nebenjob suchen kann, um das Defizit aufzufüllen: Diesen Monat 35 Stunden, im nächsten Monat 30 Stunden, dann wieder 36 die Woche – mit diesen Schwankungen kann niemand einem geregelten Nebenjob nachgehen.

· Völlig absurd wird die Geschichte, wenn die Reduzierung der Gesamtarbeitszeit nicht für alle Beschäftigten, sondern nur für Teilbereiche eines Unternehmens gilt. Dafür bekämen die Beschäftigten zwar noch einen minimalen Lohnausgleich zwischen 1 und 7 Prozent, aber in diesem Fall entfällt die »Beschäftigungsgarantie«.

Ein »Pilotabschluß« Richtung Frühkapitalismus. Da paßt es gut ins Bild, daß die Bundesregierung in der Woche nach dem Metall-Abschluß auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Arbeitszeit geändert und die Sonn- und Feiertagsarbeit wieder eingeführt hat.

Konkret 04/94, S. 17

Kurt Hübner

Neues vom Juglar

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Seit Schumpeters monumentaler Arbeitüber Konjunkturzyklen wird in der ökonomischen Profession immer wieder einmal darüber gestritten, ob dessen These von einerÜberlagerung und Interferenz unterschiedlicher Typen »wellenförmiger Schwankungen« empirisch wie theoretisch Bestand hat. Macht es also Sinn, »Lange Wellen der Konjunktur« mit dreißig- bis vierzigjähriger Dauer, sieben- bis neunjährige Juglar-Zyklen sowie drei- bis vierjährige Kitchin-Zyklen oder Zwischenkrisen zu unterscheiden? Mit Blick auf die Wirtschaftsgeschichte der (alten) Bundesrepublik heißt diese Frage stellen, sie bejahen. In der Tat läßt sich der ein fordistisches Akkumulationsregime begründende lange Weltmarktaufschwung, der in den frühen fünfziger Jahren einsetzte, als expansiver Pfad einer langen Welle im Sinne Kondratieffs interpretieren, die im Laufe der siebziger Jahre in einen kontraktiven Pfad gemündet ist. Die ökonomischen Krisenjahre 1958/59, 1966/67, 1974/75 und 1981/82 wiederum lassen sich leicht als Juglar-Zyklen in Gestalt von zyklischen Überakkumulationskrisen interpretieren. In ähnlicher Weise können auch die kürzeren Kitchin-Zyklen in die Wirtschaftsgeschichte eingeordnet werden.

Folgt man diesem Schema, dann lassen sich die achtziger Jahre mit ihren im historischen Vergleich niedrigen jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion als kontraktive Kondratieff-Welle interpretieren, die dem Schema zufolge etwa 1989 hätte von einem Juglar-Zyklus überlagert werden müssen. Aufgrund der historischen besonderen Umstände des Zusammenbruchs der DDR und der im Zuge des deutschen Einheitsprozesses ins Werk gesetzten Sonderprosperität wurde der Tiefpunkt des Juglar-Zyklus um zwei Jahre verschoben. Diese Sonderprosperität hat mit ihren Effekten auf die Kapazitätsauslastung sowie dem Ausbau von Erweiterungsinvestitionen ihrerseits den Überakkumulationsprozeß befördert und so wesentlich zur Tiefe des Juglar-Zyklus beigetragen. Seit Ende 1991 allerdings hat sich die Bundesrepublik wieder in das bekannte Zyklusbild eingereiht und sich im übrigen an die hinteren Waggons des internationalen Krisenzuges angekoppelt. Soweit nichts Neues an der Zyklusfront, wenn da nicht doch einige Unregelmäßigkeiten und Abweichungen zu erkennen wären.

Um mit der Weltwirtschaft zu beginnen: Aus historischer Erfahrung wäre zu erwarten, daß die Ungleichzeitigkeit des internationalen Krisenprozesses sich für die bundesdeutsche Industrie positiv bemerkbar machen wird, sollten sich doch die früher einsetzenden Wachstumsprozesse der Weltmarktkonkurrenten in steigende Aufträge für die bundesdeutsche Investitionsgüterindustrie übersetzen und so den von früheren Zyklen bekannten »Exportmotor« mit seinen akzelerierenden Wirkungen auf die inländische Nachfrage in Gang bringen. An einem solchen »klassischen« Verlaufsbild sind allerdings Zweifel angebracht. Zwar zeigen die herkömmlichen konjunkturellen Frühindikatoren in den USA, Großbritannien, Frankreich und partiell auch in Japan eine Aufstiegstendenz an, doch handelt es sich dabei um höchst fragile Pflänzchen, die insbesondere durch Instabilitäten des monetären Sektors, der Wechselkursregime sowie durch politische Konflikte zwischen den Zentren beschädigt werden können. Dies gilt nicht zuletzt für die neuerdings wieder zu beobachtenden inflationären Prozesse in der Internationalen Politischen Ökonomie, die die in einzelnen Ländern gerade gelockerte Geldpolitik unter Druck setzen und eine internationale Zinsstruktur provozieren können, die in scharfem Gegensatz zu den konjunkturellen Erfordernissen steht. Realwirtschaftliche Wachstumsprozesse, insbesondere im Bereich zinsreagibler Unternehmensinvestitionen, düften infolgedessen zeitlich zurückgestellt oder behindert werden.

Antizyklische Wirkungen und damit tendenziell krisenüberwindende Effekte zeitigen auch in diesem Jahr wieder die öffentlichen Haushalte, deren Kreditaufnahme von etwa 230 Milliarden D-Mark noch das Rekorddefizit des letzten Jahres übersteigen wird. Betrachtet man allerdings die Struktur der öffentlichen Mittelverwendung, dann zeigt sich eine eindeutige Orientierung zugunsten sogenannter konsumtiver und zu Lasten sogenannter investiver Staatsausgaben. Dieser bias dürfte einen großen Teil der antizyklischen Budgetwirkungen konterkarieren, so daß der staatlichen Fiskalpolitik das interventionspolitische Etikett der Nicht-Gegensteuerung verpaßt werden kann.

Angesichts von mehr als vier Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser und einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Zuge bereits angekündigter Entlassungen großen Stils werden die Gewerkschaften nicht in der Lage sein, den längst eingeleiteten absoluten Rückgang der realen Nettolöhne zu stoppen. Im günstigsten Falle zu erwarten sind tarifpolitische Vereinbarungen zwecks temporärer Beschäftigungssicherung von Stammbelegschaften im Tausch gegen sinkende Reallöhne, und selbst dies dürfte schon einen Erfolg darstellen. Zusammen mit den schon als brutal zu bezeichnenden Kürzungen der konservativ-liberalen Regierung im Sozialbereich dürften mithin die verfügbaren Haushaltseinkommen weiter zurückgehen, mit der Folge, daß der Einzelhandel und damit die konsumgüternahen Sektoren sich auf rückläufige Umsätze einstellen müssen. Selbst der Sachverständigenrat rechnet mit einem preisbereinigten

Rückgang des privaten Verbrauchs von 1,5 Prozent im laufenden Jahr, der angesichts der angekündigten nächsten Steuererhöhungsrunde im Jahr 1995 noch drastischer ausfallen dürfte.

Unterhalb der Inflationsrate liegende Nominallohnzuwächse in Kombination mit steigenden Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität je Beschäftigtenstunde sowie steuerlichen Entlastungen des Unternehmenssektors bewirken einen Rückgang der Lohnstückkosten bzw. einen Anstieg der Netto-Mehrwertrate – und damit eine Verbesserung der Produktionsbedingungen von Profit. Die seit einigen Jahren zu beobachtende Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen wird mithin fortgesetzt. Angesichts der nach wie vor engen Zinssenkungsspielräume der Bundesbank spricht vieles dafür, daß sich die steigende Profitmasse nicht proportional in produktive Investitionen des Unternehmenssektors, sondern in einen weiteren Einlagenanstieg in der nationalen und insbesondere globalen Bankenindustrie übersetzt.

Rückläufige Absatzzahlen der Konsumgüterindustrie, in realen Größen gerechnet sinkende Wachstumsraten der Kapitalgüterabteilung, eine nur langsame Zunahme des Exportvolumens, das Fehlen einer ausgemacht antizyklischen staatlichen Fiskalpolitik in Verbindung mit einer gemessen an der aktuellen Zyklusphase zu restriktiven Geldpolitik ergeben eine eher düstere Jahresprognose. Die Entwertungsprozesse von Kapital in all seinen funktionellen Formen werden auch im laufenden Jahr noch nicht abgeschlossen sein. Der Juglar fordert seine sozialen Kosten weiter ein.

Kurt Hübner ist Wirtschaftswissenschaftler an der FU Berlin und Redakteur der Zeitschrift »Prokla«

Konkret 04/94, S. 18

Karl Held

Neues vom Juglar

Wie beurteilen einschlägig spezialisierte KONKRET-Autoren die »gesamtwirtschaftliche Entwicklung« in der BRD? Die Redaktion hat Robert Kurz, Winfried Wolf, Jürgen Kuczinsky, Kurt Hübner und Karl Held um ein knappes »Jahresgutachten 94« gebeten. Obwohl sie in der Beurteilung des weiteren Krisenverlaufs sich nahezu einig sind, hätten ihre Beiträge doch kaum unterschiedlicher ausfallen können

Prognosen über die »wirtschaftliche Entwicklung« taugen auch dann nichts, wenn sie die Deutung des hinreichend bekannt gemachten Zahlenmaterials links einfärben.Aber nicht deswegen, weil man sich in bezug auf die Zukunft nie so recht sicher sein könnte. Unsinnig sind die verhalten optimistischen Einschätzungen und die pessimistischen Warnungen darin, daß sie lauter Ideologien über den kapitalistischen Zirkus kolportieren und das Funktionieren des Ladens zum theoretischen Sorgeobjekt befördern. Da marschieren dann in Gestalt von vorsichtig gewichteten Ziffern alle möglichen Faktoren aus der Welt von Lohn, Preis und Profit auf, entwickeln sich aufgrund von Umständen, die eintreten, ohne daß irgendjemand Einfluß auf sie nimmt – bis dann die Botschaft von den »Sachzwängen« fertig ist, denen sich auch und gerade die maßgeblichen Figuren in Staat und Geschäftswelt ohnmächtig unterwerfen müssen. Von Amts wegen sind sie dazu gezwungen, auf Daten und Fakten zu reagieren – und der leicht elitäre Genuß des Prognostikers besteht darin, Bescheid zu wissen über die gebieterische Natur der Umstände und die Hilflosigkeit der Macher. Es soll sogar Leute geben, die mit dieser Betrachtungsweise dem »Wertgesetz« in seiner geballten Unerbittlichkeit auf die Spur gekommen sein wollen; gewöhnlich aber endet der Einblick in die »Lage« und ihre für den Kenner erkennbaren »Tendenzen« in einer ideellen Amtsübernahme – »linke« Prognostiker gefallen sich in alternativen Rezepten fürs Regieren und Geschäftemachen.

Eingedenk der kaum zu beweisenden Hypothese, daß es sich bei denen, die sich auf Daten als »Sachzwänge« berufen, um dieselben handelt, die jene Sachzwänge in Kraft setzen und sie ausnützen, fallen Prognosen natürlich eher wie Diagnosen aus. Sie befassen sich mit den Entscheidungen von Unternehmen wie Politikern, die das »Wertgesetz« des alten Marx sowieso nicht anders kennen, als es dieser für die Erfahrung genehmigt hat: als den Zwang der Konkurrenz, die sie bestehen wollen. Diese Entscheidungen stellen nämlich die Weichen für das »Wirtschaftsleben« der Zukunft, auf das die Bedenkenträger der Nation immer so gespannt sind, daß sie sich Prognosen bestellen. Das Bedürfnis nach Auskünften über die Geschäfte der kommenden Monate verrät dabei den Zweifel daran, ob die ergriffenen Maßnahmen auch die beabsichtigten Wirkungen zeitigen – was wiederum verständlich ist angesichts der entsprechenden Anstrengungen der Konkurrenten, die den Vergleich »preiswerter« Waren zu ihren Gunsten zu entscheiden trachten.

Der gemeinnützige Verein, der bei uns »die Wirtschaft« heißt, weil seine speziellen Interessen an einem einträglichen Geschäftsgang in der Demokratie den Rang des Allgemeinwohls erhalten haben, hat in bezug auf die nächsten Runden Marktwirtschaft ziemlich fatale Entscheidungen getroffen. Was andere »Krise« nennen und mit abenteuerlichen Theorien aufzuhellen suchen, war für die Mitglieder der »Wirtschaft«, soweit sie über die Produktion gebieten, schlicht ein Einbruch ihrer Geschäfte; seit geraumer Zeit schränken sie das Produzieren ein, weil es sich nicht rentiert – und machen den Rest der Welt dafür haftbar, daß sie »rechnen müssen«. Dieses Argument zählt bei denen, die nicht zur »Wirtschaft« zählen, aber von ihr abhängig sind, nichts. Deswegen sind die Statistiken und Prognosen über Leute, die von ihrer Arbeit leben müßten, aber nicht können, nicht von der Hand zu weisen. Daß bei ausbleibendem Wachstum der »Wirtschaft« zum Ausgleich die Armut wächst, ist eine vernünftige Vorhersage in einer freien Gesellschaft, in der »nützlich« nun einmal dasselbe ist wie »rentabel«. Eine Anstalt in Nürnberg zählt die Ergebnisse bis auf zwei Stellen hinter dem Komma nach.

Soweit die »Wirtschaft« über ehrlich verdientes Geld verfügt, dem in der Produktion keine lohnende Anlage zu Gebote steht, wird sie auch weiterhin ihren Reichtum in einer Unterabteilung »arbeiten lassen«, die zu den Schönheiten des Kapitalismus gehört. Das Recht auf Vermehrung von in Geld gemessenem Privateigentum, das in der freien Welt gesetzlich geschützt ist, wird neben und zusätzlich zur produktiven Investition wahrgenommen. Kapital verzinst sich in allerlei finanziellen Transaktionen, denen in Zeiten des Wachstums die Leistung zugeschrieben wird, alles flüssige Geld der Gesellschaft der einzig senkrechten Anwendung zuzuführen, die die Missionare der Marktwirtschaft kennen. In Zeiten der Krise treten sie an die Stelle der produktiven Investitionen, weil die sich nicht rentieren, und lassen sogar das Vermögen von Konzernen wachsen, die ansonsten durch Entlassungen glänzen. Die Ahnung, daß sich diese Geschäfte des Finanzkapitals mit einem Schlag als unsolide erweisen können, bestimmt zu Recht das »Klima« an den Finanzplätzen; sie hat aber schon allein deshalb nicht einen Ausstieg der rührigen Schwindler zur Folge, weil deren Habe nur in dieser Sphäre der Leistungsgesellschaft Bestand hat. Der Ausstieg wäre der Crash und das jähe Ende mancher Null, vor dem Komma.

Diese Lage hat auch die Bundesregierung samt ihren tüchtigen Zuarbeitern, die die Waren-, Geld- und Arbeitsmärkte statistisch minutiös beäugen, beeindruckt. Daß es so nicht weitergehen kann, ist ihre Dia- und zugleich Prognose bezüglich der »wirtschaftlichen Entwicklung«, welche die Krise verheißt. Die feine Redensart, daß »wir über unsere Verhältnisse gelebt haben«, meint sie aber in einer Weise beherzigen zu müssen, die selbst anständigen Nationalisten die klassenlose

und gerechte 1. Person Plural verleiden könnte. Die politische Elite der BRD besteht darauf, daß der nationale Erfolg in Wirtschaftsdingen nichts mit der halbwegs gesunden Ernährung ihrer deutschen Stammbelegschaft zu tun hat, sondern mit der Erhaltung und dem Wachstum von Kapital, das deutsch ist. Die »Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland« geht so:

· Die Erfolge deutscher »Wirtschaft«, mit denen »wir« über Jahrzehnte hinweg »Exportweltmeister« waren, haben sich in einer weltweiten Nachfrage nach deutschem Geld niedergeschlagen. Deutscher Kredit läuft in aller Herren Länder um, sein Besitz gilt als Verfügung über gutes, weltweit akzeptiertes Geld; deutsche Banken und ihr Schirmherr, der deutsche Staat als Garant aller in DM denominierten Zettel, sind Gläubiger an den Finanzplätzen; ihre relativ zu anderen Nationalkrediten solide Ware genießt bei den finanzkapitalistischen Umtrieben enormen Zuspruch. In der von »den Märkten« wie von anderen Währungshütern respektierten Stärke der DM entdeckt die deutsche Führung erstens die ungebrochene Zahlungsfähigkeit der Nation und ihrer privaten Agenten, der Banken und Konzerne; zweitens leitet sie daraus das Recht ab auf die Verfügung über sämtliche Sorten internationalen Reichtums und dessen Zuwächse. Während vor allem die europäischen Partner eingestehen müssen, daß ihre Freiheit zu Verschuldung geschwunden ist, weil bei ihnen die Gleichung »nationaler Kredit = internationales Geld« nicht mehr aufgeht, genehmigt sich die BRD in der Produktion von Schulden alles, was ihr nützlich vorkommt.

· Das damit verbundene Risiko, daß »die Märkte« und die konkurrierenden Währungshüter den privaten und öffentlichen Herren der DM Bescheid stoßen und deren »Härte« anzweifeln, ist den Agenten des schwarz-rot-goldenen Reichtums bekannt. Abgehalten hat sie das jedoch von nichts – und bislang hat die Abhängigkeit der ausländischen Finanzkraft von deutschem Kredit, die Anerkennung der eingerissenen Schuldner-Gläubiger-Beziehungen ihren Dienst getan. Regierung und Bundesbank tragen besagtem Risiko auf ganz andere Weise Rechnung. Sie betreiben eine Standort-Politik, die den Anteil deutscher Geschäfte am Weltmarkt nach seiner Erholung vergrößern soll.

· Diese Wirtschaftspolitik ist einerseits konsequent und normal in einer »Weltwirtschaft«, in der Staaten das Kapital und sein Wachstum zu ihrem Lebensmittel machen und ihre Konkurrenz untereinander in ihrer Eigenschaft als »Kapitalstandort« abwickeln; andererseits kennzeichnet der Standpunkt der ausschließenden Benutzung des Weltmarkts eine neue Etappe der Völkerfreundschaft, weil sie sich von den Vorbehalten freimacht, die es in der Phase des Ost-West-Gegensatzes gegen wirtschaftskriegerische Praktiken gegeben hat. Diese Wirtschaftspolitik geht auch davon aus, daß andere Weltwirtschaftsmächte genauso verfahren – von den Gatt-Streitigkeiten und den interessanten Demarchen zwischen Japan und USA, Japan und Europa etc. sind ja die Zeitungen voll. Die Internationalisierung des Kapitals, die Durchrassung der Nationalökonomie mit lauter »Multis« ist die Grundlage für einen Kampf um die Nationalisierung der Erträge, der die Zurichtung des heimischen Ladens erforderlich macht. Maßgebliche Demokraten und die Vertreter der »Wirtschaft« vollziehen daher einen »Umbau« der Gesellschaft, der sich gewaschen hat. Im Namen der internationalen Konkurrenzfähigkeit wird sowohl »plattgemacht« und gesundgeschrumpft als auch subventioniert und aufgebaut. Es wird reichlich Kredit geschöpft, um ihn in international überlegenes Kapital zuverwandeln.

· Gespart wird zum Ausgleich auch ein bißchen – am Volk. Der Sozialstaat, jene famose Erfindung der Bismarckschen Arbeiterbewegung, eignet sich mit seiner Verstaatlichung von Einkommen nicht nur zur Verwaltung der kapitalistischen Armut; einmal eingerichtet, taugt er auch zur zielstrebigen Produktion einer soliden Verelendung. Das macht ganz nebenbei die Löhne derer, die in stets abnehmender Zahl für konkurrenzfähige Unternehmen gebraucht werden, erträglicher. Denn nicht nur den Mißerfolg des nationalen Geschäfts, der in der Krise beträn̈t wird, haben die Lohnabhängigen auszubaden. Sie müssen auch und gerade für den Erfolg der deutschen Sache mit ihrem Opfer geradestehen – schließlich sind sie ganz und gar abhängige Variable.

Und das bleiben sie auch, solange sie und ihre politischen Freunde auf Prognosen, Statistiken über Beschäftigung und Lebenshaltungskosten, über ihre »Einkommensentwicklung« hören. Wenn sie gar noch das Recht auf deutsches Wachstum für das halten, was sie brauchen und was »das Ausland« hintertreibt, bieten sie auch die Gewähr für ihr Funktionieren in den programmierten Handels-, Geld- und anderen Krächen.

Karl Held ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift »GegenStandpunkt«

Konkret 04/94, S. 20

Erwin Riess

Reif für Österreich?

Wenn Briten und Spanier sich□s nicht noch anders überlegen, entscheidet demnächst die österreichische Bevölkerung über Österreichs Beitritt zur EU

Die »Helden von Brüssel« zwangen die EU-Bürokraten in die Knie, schrieben die österreichischen Zeitungen, jetzt beginnt die Schlacht um die Volksabstimmung. Eine gewaltige Drohung in einem Land, das – von unverschuldeten Ausnahmen abgesehen – Schlachten meistens verloren hat.

Nach dem Krieg tat sich zwischen Westeuropa und Österreich eine tiefe Kluft auf. Österreich war laut Simon Wiesenthal das einzige europäische Land, in dem das Kriegsende nicht als Befreiung, sondern als Umbruch bezeichnet wurde; das Wort »Befreiung« blieb für den Abzug der Alliierten im Jahr 1955 reserviert. Diese hatten Österreich zum Testfall für die Entspannungspolitik gemacht, sie sahen daher großzügig über den Affront hinweg und verwöhnten den Kleinstaat mit Gunstbeweisen. Wenn es ein Land gibt, das seinen Wohlstand dem Kalten Krieg und dem Blockgegensatz verdankt, dann ist es Österreich.

1973 erkannte Österreich als erstes westliches Land die DDR an, und damit verstärkte sich die Kette: Sonderbeziehungen zum Osten, langfristige Aufträge für die verstaatlichte Industrie, wachsender Reichtum. Im Windschatten der Staatsindustrie konnte das Privatkapital, abgeschottet von der westeuropäischen Konkurrenz, in Ruhe heranwachsen. Somit profitierte auch die Bourgeoisie von der Sonderstellung des Landes, einer Sonderstellung, die sich in den siebziger Jahren bis in die Levante erstreckte und in den Waffenlieferungen der Vereinigten Österreichischen Stahlwerke für beide Kontrahenten des ersten Golfkriegs gipfelte. Die Bourgeoisie fuhr den ökonomischen, die Sozialdemokratie den politischen Gewinn des »österreichischen Weges« ein. Die seit 1945 in wechselnden Konstellationen regierende SPÖ – an die ÖVP-Alleinregierung 1966 – 70 denken selbst überzeugte Konservative nur mit Schaudern zurück – , sah sich Ende der achtziger Jahre mit dem Verfall der RGW-Staaten konfrontiert. Rasch wurde auch die eng mit dem Osten verflochtene Staatsindustrie von der Krise erfaßt, was in der Folge zur Liquidierung eines Industriekonzerns führte, der in seinen besten Zeiten mehr als hunderttausend Mitarbeiter beschäftigt hatte. An die beiden verstaatlichten Werften, die im Laufe der Jahre hunderte Flußschiffe für die Sowjetunion gebaut hatten, erinnern heute nur mehr leere Hallen.

Das Ende des Sozialismus versetzte die politische Klasse Österreichs in Panik. Es war das eingetreten, was man in politischen Kommentaren gefordert und in ökonomischen Bilanzen befürchtet hatte. Über Nacht verlor die Brücke zwischen Ost und West ihre Funktion. Überwunden geglaubte historische Reflexe lebten wieder auf; die anlehnungsbedürftige österreichische Bourgeoisie begann sich nach einem starken Partner umzusehen, und der konnte in der gegebenen Lage nur Deutschland heißen. Da Deutschland aber der EG angehört, mußte sie, die vorher als abschreckendes Beispiel für Bürokratie, Streikchaos und Billigwein denunziert worden war, in ein besseres Licht gerückt werden. Die Sozialdemokratie wußte um die Neigungen des Bürgertums und beeilte sich, eine Gegenstrategie zu entfalten, die zwei Anforderungen erfüllen mußte: Einerseits sollte das Bürgertum – repräsentiert durch den monomanischen Außenminister Mock – politisch neutralisiert werden, andererseits trachtete man danach, das spezifische Gewicht Deutschlands durch engere Bindungen an andere westeuropäische Staaten zu verringern. So kamen die Sozialdemokratie und die Bourgeoisie aus unterschiedlichen Motiven zum gleichen Schluß, und der hieß: Beitritt zur EG.

Soviel zu den »Helden von Brüssel«. Von ihnen wird es jetzt abhängen, ob die Österreicher von den Vorteilen eines Beitritts überzeugt werden können, und eine schlechtere Ausgangsposition ist schwer vorstellbar. Zwar überschwemmen Aufrufe und Werbesendungen seit geraumer Zeit das Land; zwar werden Verhandlungsdetails wieder und wieder durchgekäut, so daß die Frage der Ökotransitpunkte, die Lage der Bergbauern und der Erwerb von Zweitwohnsitzen durch Ausländer die Österreicher noch im Schlaf beschäftigen. Wer sich aber die Mühe macht und die Argumente prüft, sieht in der Berechnungsweise der Ökopunkte höhere Esoterik am Werk; registriert, daß die EU schon bei Verhandlungsbeginn den Bergbauern von sich aus mehr Entschädigungen zugestand, als der österreichische Staat derzeit ausschüttet, und wundert sich über die Tiroler, die im tourismusintensivsten Landstrich Europas den Landtagswahlkampf mit der Parole »Tirol den Tirolern« bestreiten. Und während das österreichische Zuckerkartell um seine Monopolstellung bangt, freut das Burgenland sich darüber, daß es von der Europäischen Union mit Lappland in die höchste Förderungsstufe gereiht wurde. Niederösterreich, Steiermark und Kärnten wiederum sehnen sich nach wohlhabenden Zweitwohnungsbesitzern aus Westeuropa. Wie erwartet, erweisen sich also Sachfragen als Einfallstore des Irrationalen, und es wundert daher kaum, daß die EU-Ablehnungsfront von der FPÖ über Friedensreich Hundertwasser und ultrakonservative Bischöfe bis zu den Grünen und der KPÖ reicht, die die Europäische Union mit dem Dritten Reich und Österreichs politische Klasse mit Weltkriegspartisanen verwechselt. Von der Opposition prescht nur das Liberale Forum mit einer eindeutigen Pro-Haltung vor, was sympathische Züge haben könnte, würde die Position nicht mit hanebüchenen Argumenten vorgetragen, die weder für noch gegen die EU, aber deutlich gegen die Liberalen sprechen. Während also die einen die Europäische Union zum

Gottseibeiuns erklären, verklären sie die anderen wenn nicht zum ökonomischen Himmel, dann doch zumindest zur untersten Sphäre des ewigen Friedens.

Gegen ein isoliertes Österreich spricht alles, sagen die einen, gegen Maastricht-Europa spricht viel, sagen die anderen. Da sollte die Entscheidung nicht schwerfallen, sagen dritte. Manche geben zu bedenken, daß die desaströse Liebe der Österreicher zu ihrer Heimat nicht unterschätzt werden sollte. Ihnen wird entgegengehalten, daß sich manchmal sogar in Österreich das Naheliegende durchsetzt, wenn auch mit falschen Begründungen. Heimatgeprüfte stufen das Verbleiben Österreichs außerhalb der Europäischen Union als das größere Sicherheitsrisiko ein, und dies nicht so sehr wegen der instabilen Lage an den Ostgrenzen, sondern wegen der stabilen Lage in der österreichischen Innenpolitik. Einer Beschränkung der österreichischen Souveränität reden sie begeistert das Wort.

So gibt es in Österreich gegenwärtig 7,5 Millionen Positionen zur EU, und sie alle beruhen auf negativen oder positiven Heilserwartungen. In einem Land, das demnächst das Millenium vollendet, sind eben chiliastische Erwägungen Teil der nationalen Identität. Der Ausgang der Volksabstimmung im Juni ist daher ungewiß. Sicher hingegen ist: Das Ergebnis wird auf einem Mißverständnis beruhen.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 10/93 über die Machtergreifung des Liberalismus in Österreich

Konkret 04/94, S. 22

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

jeder ist uns der nächste 25

Montag, 24.1.1994 –

In Berlin wird ein 22jähriger wegen ausländerfeindlicher Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine einjährige Haftstrafe gefordert.

Dienstag, 25.1. –

Um Bosniern die Flucht aus dem Kriegsgebiet zu ermöglichen, unterschrieben rund 30.000 Menschen in Bayern Verpflichtungserklärungen, mit denen sie für den Lebensunterhalt der Flüchtlinge bürgen. Jetzt fordern die Kommunen auf Weisung der Regierung von Oberbayern von den Bürgern die Sozialhilfe zurück. Man werde bei den Rückforderungen, so das Sozialreferat der Stadt München, »nur so weit gehen, daß niemand in seiner Existenz gefährdet wird«. –

Die Gewährung von Sachleistungen an Asylbewerber anstelle von Bargeld ist nach Ansicht des Bundesfamilienministeriums »in aller Regel sachgerecht«. In einer Antwort auf eine Anfrage der PDS heißt es, die Praxis habe sich bewährt, daß die Finanzmittel an die Träger der Einrichtungen ausgezahlt werden, in denen die Antragsteller untergebracht seien, die dafür Sachleistungen ausgeben.

Mittwoch, 26.1. –

Brandstiftung in einem städtischen Notaufnahmeheim in Köln. Die zweite Etage des von Deutschen und Ausländern bewohnten Hauses brennt aus. Neun Personen, darunter auch Kinder, werden verletzt.

Donnerstag, 27.1. –

Im Münchner Ostpark wird die verbrannte Leiche eines jungen Asiaten entdeckt. Es handelt sich wahrscheinlich um den vietnamesischen Asylbewerber Son-Ha H., 25, dessen Papiere am Brandort gefunden wurden. Ermittelt wird in Bezug auf ein mögliches Tötungsdelikt, doch dürfte es sich nach Meinung der Ermittler eher um Suizid handeln.

Montag, 31.1. –

Die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen haben nach Mitteilung von Innenminister Herbert Schnoor 1993 insgesamt 2.323 fremdenfeindliche Straftaten registriert. Die Zahl stieg damit im Vergleich zu 1992 um 549 oder 30,9 Prozent. Sechs Menschen, darunter fünf bei dem Brandanschlag in Solingen, wurden getötet, 306 Personen verletzt. Sechs Prozent der Tatverdächtigen verfügten 1993 über Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen. –

Das Amtsgericht Köln verurteilt zwei Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL) zu Geldstrafen von 800 und 1.600 Mark. Die beiden Angeklagten, ein Auszubildender und ein Rechtsreferendar, waren an der Verbreitung von Steckbriefen einer illegal in Köln lebenden Roma beteiligt, in denen zur Fahndung aufgerufen und eine Belohnung geboten wurde.

Dienstag, 1.2. –

Brandanschlag auf ein überwiegend von Ausländern bewohntes Haus in Göttingen. Unbekannte Täter setzen Kartons im Hausflur in Brand. Zehn Bewohner des Hauses werden ins Krankenhaus eingeliefert.

Mittwoch, 2.2. –

Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin verurteilt einen 66jährigen Rentner, der einer 42jährigen türkischen Nachbarin wiederholt ein rassistisches Flugblatt in den Briefkasten gesteckt hatte, zu sechs Monaten Haft auf Bewährung.

Freitag, 4.2. –

In Uslar bei Northeim/Niedersachsen zünden unbekannte Täter ein von sechs bosnischen Flüchtlingen bewohntes dreigeschossiges Haus an. Bei Ausbruch des Feuers hält sich eine Frau in dem Haus auf, die unverletzt ins Freie gelangt. Es entsteht ein Sachschaden von etwa 20.000 Mark.

Sonntag, 6.2. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheimin Geisenheim/Hessen. Die Täter legen miteinem Brandsatz im Treppenhaus Feuer, dasrechtzeitig bemerkt wird und von den Be-wohnern gelöscht werden kann. Es wird niemand verletzt.

Montag, 7.2. –

Brandstiftung in einem türkischen Lebensmittelgeschäft in Remscheid, bei dem die Inneneinrichtung zerstört wird.

Dienstag, 8.2. –

Die 5. Kleine Strafkammer am Landgericht Köln spricht in zweiter Instanz einen Rep vom Vorwurf der Volksverhetzung frei. Der Rentner, 63, hatte im Oktober 1992 in Leverkusen dasausländerfeindliche Pamphlet »Der Asylbetrüger in Deutschland« verteilt und war deswegen in erster Instanz vom Leverkusener Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 4.500 Mark verurteilt worden. Der Vorsitzende Richter am Landgericht Köln sieht in dem Pamphlet dagegen lediglich eine »geschmacklose Übertreibung«.

Mittwoch, 9.2. –

In Bad Segeberg werden fünf Skinheads wegen Volksverhetzung und schwerer Körperverletzung zu Bewährungsstrafen, Dauerarrest, Geldbußen und gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Die 14 bis 20 Jahre alten Täter – darunter eine 18jährige Frau – hatten am 15. Januar in Segeberg mehrere Menschen verprügelt und ausländerfeindliche Parolen gegrölt. Die drei Hauptangeklagten werden derzeit noch per Haftbefehl gesucht. –

Brand in einem Asylbewerberheim in Mainz. Die 40 Bewohner können sich unverletzt ins Freie retten. Das Gebäude brennt völlig nieder. Es entsteht ein Sachschaden von rund 500.000 Mark. Die Brandursache ist unklar.

Donnerstag, 10.2. –

Brandstiftung in einem von Flüchtlingen aus dem Libanon und Syrien bewohnten Haus in Berlin-Neukölln. Verletzt wird niemand, einige Frauen und Kinder werden vorsorglich im Krankenhaus untersucht. –

In Munster in der Lüneburger Heide bedrohen fünf Soldaten der Bundeswehr im Alter zwischen 19 und 23 Jahren vier Ausländer und brüllen ausländerfeindliche Parolen. Erst das Einschreiten von drei Offizieren in Zivil beendet den Angriff. –

Das Landgericht Karlsruhe verurteilt den Rechtsextremisten Manfred Huck, Mitbegründer der »Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden«, wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung von verfassungswidrigen Propagandamitteln zu einer einjährigen Haftstrafe mit Bewährung, sowie zu einer Geldbuße von 10.000 Mark.

Montag, 14.2. –

Das Landgericht Paderborn spricht drei der rechtsextremen Szene zugehörige Männer frei, die vor einem Übergangswohnheim in Bad Driburg/Westfalen fremdenfeindliche Parolen gegrölt hatten. Die Angeklagten hätten mit ihren Parolen eine »verbale Kurzform für das gefunden, was viele Bundesdeutsche meinen, daß nämlich zu viele Ausländer hier leben«, sagt der Vorsitzende Richter Rudolf Siepmann in seiner Urteilsbegründung. Es habe sich nicht um Volksverhetzung, sondern um eine grundgesetzlich geschützte Meinungsäußerung gehandelt. Damit wird das Urteil des Schöffengerichts Höxter aufgehoben, das Geldstrafen bis zu 9.000 Mark verhängt hatte.

Dienstag, 15.2. –

Zivil-Polizeibeamte der Direktion 7, Referat VB dringen in das Ostberliner Wohnheim in der Havemannstraße ein, in dem frühere Vertragsarbeiter der DDR aus Vietnam untergebracht sind. Als sich der Vietnamese Loan nach einem Durchsuchungsbefehl erkundigt, wird er von einem der Beamten in den Würgegriff genommen. Als er um Hilfe ruft, schlägt man ihm mit einer Taschenlampe gegen den Mund. Loan wird mit einer Platzwunde am Mund, zwei kaputten Zähnen und einer stark geschwollenen rechten Gesichtshälfte behandelt. Nach Angaben des Dienststellenleiters der Direktion 7 sei Loan lediglich durch einen Ellbogen am Kopf getroffen worden, als er versuchte, einen Landsmann aus dem Gewahrsam der Beamten zu befreien.

Mittwoch, 16.2. –

Die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten ist im Dezember 1993 wieder gestiegen. Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im Dezember 335 derartiger Straftaten, davon 16 Brandanschläge, 39 Angriffe auf Personen sowie 280 »sonstige Straftaten« wie etwa Sachbeschädigungen oder Beleidigungen. –

Das Amtsgericht Frankfurt/Oder verurteilt einen Skinhead wegen zweifacher Körperverletzung und zwei Einbrüchen zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung und einerGeldstrafe von 500 Mark. Er hatte im August 1991 zusammen mit anderen Rechtsradikalen zwei Polen brutal zusammengeschlagen, sowie weitere Straftaten begangen. Ein 20jähriger, der an dem Angriff auf die Polen beteiligt war, kommt mit einer Verwarnung wegen fahrlässigen Vollrausches und 500 Mark Geldstrafe davon. –

Das Landgericht Potsdam verurteilt Sebastian R., 18, zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe. Die Richter sprechen den Tischlerlehrling des Landfriedensbruchs für schuldig und lassen den Vorwurf des versuchten Mordes fallen. Sebastian R. hatte im August 1992 gemeinsam mit rund 100 Mittätern vor einem Asylbewerberheim ein Auto in Brand gesteckt und unter Rufen ausländerfeindlicher Parolen einen Brandsatz in Richtung des Hauses geworfen.

Samstag, 19.2. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Tübingen, in dem bosnische Familien untergebracht sind. Personen werden nicht verletzt, es entsteht ein Sachschaden von rund 10.000 Mark.

Dienstag, 22.2. –

In Berlin wird ein 22jähriger Skinhead wegen des öffentlichen Tragens eines T-Shirts mit Hakenkreuz, SS-Runen und Totenkopf auf der Fahrt nach Rostock-Lichtenhagen zu den dortigen ausländerfeindlichen Ausschreitungen im August 1992 zu einer Geldstrafe von 1.000 Mark verurteilt.

Februar 1994 –

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste teilt die Bundesregierung mit, daß das Bundeskriminalamt im November 1993 insgesamt 276 fremdenfeindlich motivierte Straftaten registriert hat. Hierbei handelt es sich um acht Brandanschläge, 36 Angriffe gegen Personen und 232 sonstige Straftaten wie Sachbeschädigungen oder Beleidigungen. Weiterhin teilt die Bundesregierung mit, daß im dritten Quartal 1993 insgesamt 7.076 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Straftaten eingeleitet wurden. Darunter sind 1.916 Verfahren wegen Volksverhetzung oder Gewaltdarstellung bzw. Aufstachelung zum Rassenhaß, 172 Verfahren wegen Landfriedensbruchs, 25 wegen Mordes oder Totschlags, 305 wegen Körperverletzung, 67 wegen Brandstiftung, 217 wegen antisemitischer Bestrebungen. 3.900 Ermittlungsverfahren wurden eingestellt, was vor allem darauf zurückgeführt werden könne, daß ein Täter nicht zu ermitteln war.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember 1991

Konkret 04/94, S. 28

Martin Lettmayer

»Da ist alles gelogen«

Zwischen Oktober 1992 und März 1993 füllten sie die Schlagzeilen und Titelseiten der westlichen Presse: die Konzentrationslager, in denen serbische Soldaten zwecks »ethnischer Säuberung« systematisch 60.000 Musliminnen vergewaltigt und geschwängert haben sollen. Der Fernsehjournalist Martin Lettmayer hat einige dieser Greuelberichte nachrecherchiert. Er ist nicht fündig geworden

Im November 1992 stand die Moschee in Banja Luka noch. Heute ist sie zerbombt. Damals war in einem Hinterzimmer der Moschee das Büro der muslimischen Hilfsorganisation »Merhamet«. Dort lernte ich Jana kennen, eine etwa 40jährige, vom Krieg gezeichnete Frau. Ihr rotbraunes Haar war matt. Tag und Nacht arbeitete sie für die von den Serben brutal terrorisierten Muslime, die in Banja Luka geblieben waren.

In jenen Herbsttagen richtete sich meine Aufmerksamkeit ganz auf eine »Story«: die Geschichte von der durch die Serben begangenen systematischen Massenvergewaltigung muslimischer Frauen, die überdies von ihren Peinigern zum Gebären gezwungen wurden. Natürlich sprach ich auch Jana darauf an. Ich bat die Muslimin, Lager zu benennen, in denen die Vergewaltigungen stattfanden. Ich brauchte Ortsangaben, um weiterrecherchieren zu können.

Jana wußte von keinen Lagern, obwohl sie mit vielen vergewaltigten Frauen gesprochen hatte. Ich insistierte. Es gebe solche Lager, die Presse im Westen habe Ungeheuerlichkeiten, die sich dort abspielten, aufgedeckt. Mit fester Stimme sagte mir Jana schließlich in die Kamera: »All diese Frauen wurden vergewaltigt, auf die grausamste Weise. Und was sagt die Armee: Ihr müßt serbische Jungen und Mädchen gebären. Was passiert nun aber hier in Banja Luka? Serbischen Frauen ist es nicht gestattet abzutreiben. Wenn aber Muslim-Frauen auf die Gynäkologie gehen, dann wird der Eingriff gemacht, und gleichzeitig werden sie sterilisiert, damit sie nie mehr Mütter werden können. Das ist wirklich wahr. Das ist eine Information, die Sie prüfen können.«

Jana ließ mich aufhorchen. War da nicht ein Widerspruch in ihrer Aussage? Von Serben vergewaltigte muslimische Frauen dürfen also abtreiben, obschon immer davon die Rede war, daß sie »kleine Tschetniks« gebären sollten. Was stimmte? Überdies erschreckte mich das Wort »sterilisieren«. Zwangssterilisation! Hatte ich etwa durch Zufall eine sensationelle Spur entdeckt? Ich sah schon den Arbeitstitel für meine neue Story: Zwangssterilisation muslimischer Frauen – ein neuer Höhepunkt der ethnischen Säuberung. Auf an die Arbeit.

Einen O-Ton, das Interview mit Jana, in dem diese die Tatsache der Sterilisation bestätigte, hatte ich schon. Fehlte ein Opfer. Jana sagte, sie könne mir ein junges Mädchen, an dem im Krankenhaus von Banja Luka eine Sterilisation vorgenommen worden sei, vorstellen und auch den serbischen Täter benennen. Ein Täter? Um so besser für meine Story. Nach wenigen Stunden war mir klar, daß ich den Bericht realisieren konnte. Der serbische Presseoffizier Major Miluvan Milutinovic gab die Genehmigung für Filmaufnahmen im Spital von Banja Luka. Als freier Journalist denkt man ans Geschäft. Von diesem Standpunkt aus war die Story einwandfrei: Opfer, Täter, unabhängiger O-Ton von Jana, Bilder aus dem Krankenhaus und zusätzlich ein paar Straßeninterviews, in denen die Befragten erzählen würden, daß die Muslims das Krankenhaus von Banja Luka wie die Pest meiden.

Weitere journalistische oder kommerzielle Überlegungen: *Ein Mädchen bei Abtreibung in Banja Luka sterilisiert*, ist keine Story. Aber wenn ich ihr den Titel gebe: *Massen-Zwangssterilisation muslimischer Frauen in Bosnien*, dann ist dies schon pulitzerpreisverdächtig. Da es keine Zahlen gibt, lasse ich schätzen. Die Schätzung lasse ich jemanden anstellen, den ich als kompetent ausweisen kann, also in diesem Fall die Organisation »Merhamet«, also Jana.

Kein Zweifel, jedermann im Westen hätte meinen Bericht, wenn ich ihn denn wirklich gemacht hätte, geglaubt und für seriös gehalten. Dies erst recht im Spätherbst 1992, als jede Zeitung der Welt auf ihrer Titelseite von den Vergewaltigungslagern berichtete und westliche Parlamente Sondersitzungen zu diesem Thema abhielten. Da hätte ein Bericht über die »Zwangssterilisierung des reproduktivsten Teil der bosnischen Gesellschaft (Mädchen)« wunderbar in die Landschaft gepaßt.

Ich machte die Story damals nicht, obschon ich heute noch Magenschmerzen bekomme, wenn ich daran denke. Irgendwie werde ich nämlich das Gefühl nicht los, daß es etwas Ähnliches wie Zwangssterilisierungen gegeben haben könnte. Aber reichen ein paar Interviews, um einen derart harten Vorwurf in die Welt zu setzen? Ich glaube Jana jedes Wort. Wahrscheinlich ist es im Spital von Banja Luka zu Sterilisationen gekommen, nicht nur nach Abtreibungen. Wie viele? Keiner kann es sagen. War die Sterilisation eine Kriegstaktik? Logisch wäre es. Passierte ähnliches auch in andern Krankenhäusern? War es von oben den Ärzten befohlen, oder hatte ein Arzt, der ein »besonders guter Serbe« sein wollte, selbst die Initiative ergriffen? Um diese Fragen zu klären, bräuchte eine internationale Untersuchungskommission, die Einblick in alle Akten hätte, Monate.

Ich war an die Grenzen des Journalismus gestoßen, zumindest die meinen. Welcher unabhängige Arzt hätte das mir von Jana genannte Mädchen untersuchen und eine Sterilisation einwandfrei und gesichert bestätigen können? Keiner. In Banja

Luka wurde von Serben geschändet, gebrandschatzt, gefoltert und bespitzelt. Ein schlüssiger Beweis ließ sich nicht führen. Obwohl ich ausreichend Material für einen Fernsehbeitrag hatte, der ein heißes Gerücht in die Welt hätte setzen können, ließ ich die Finger davon.

Als Journalist hat man die Pflicht, Informationen nachzuprüfen. Unsere Reise in den serbischen Teil Bosniens diente nicht zuletzt dem Zweck, die Berichte über Vergewaltigungslager, welche damals die Runde durch die Welt machten, nachzuprüfen, zu »checken«, wie dies in unserem Jargon heißt. Mein Kameramann Bozo Knezevic und ich wollten vor Ort nach Beweisen stöbern, um etwaige Zweifel auszuräumen. Die paar wenigen Interviews der Kollegen reichten uns nicht.

Bozo ist Montenegriner, mit einer Kroatin verheiratet und lebt seit zwanzig Jahren in Zagreb. Im zerfallenden Jugoslawien war Bozo Starreporter des Fernsehsenders »Yutel«, der später eingestellt wurde, weil er sich weigerte, für die Serben oder die Kroaten Partei zu ergreifen. Nachher war Bozo eineinhalb Jahre lang mein ständiger Begleiter, der es mir ermöglichte, in allen Landesteilen Ex-Jugoslawiens zu drehen, und der, weil er vollkommen neutral geblieben ist, mir für vieles die Augen geöffnet hat.

In Medugorije, im kroatisch besetzten Teil Bosniens, lernten wir im Sommer Alexandra Stiglmayer kennen, die sich als Autorin verschiedener aufsehenerregender Artikel über Masenvergewaltigungen bald einen Namen machen sollte. (Vgl. »Weltwoche« vom 5.11.92, *Demütigung als Waffe: In Bosnien-Herzegowina wird systematisch vergewaltigt, um die Moral des Gegners zu untergraben – Die totale Degradierung der Frau zur Ware.)* Schon damals erzählte sie uns, daß sie Meldungen über Vergewaltigungen von Frauen und von Vergewaltigungslagern gehört habe. Sie sei auf der Suche nach einer Zeugin, es sei allerdings »verdammt schwer«, eine zu finden. Wenn man Zeuginnen gefunden habe, redeten sie selten. Wir planten damals, gemeinsam eine Fernsehreportage zu machen. Der deutsche Sender Sat 1 hatte Interesse gezeigt. Frau Stiglmayer und ich führten später mehrere Telefongespräche, doch das Vorhaben zerschlug sich, nicht zuletzt, weil der zuständige Redakteur bei Sat 1 der Auffassung war, daß ein oder zwei Interviews mit Opfern noch keine Reportage darstellten. Ihm war die Story zu »dünn«. Um so verwunderter war ich dann, als ich im November die »dünne« Story in der »Weltwoche« las.

Alexandra Stiglmayers Bericht sollte im deutschen Sprachraum bahnbrechend wirken. Der »Weltwoche«-Artikel wurde in vielen Tageszeitungen nachgedruckt. Das Ergebnis ihrer Recherchen verwendete sie dann auch für eine Titelgeschichte im »Stern«. Die »Zeit« berief sich auf sie. Ihre Arbeit liegt allen Artikeln zum Thema Vergewaltigung in Bosnien in deutschsprachigen Medien zugrunde. Es ist ihr Verdienst, daß Vergewaltigung in Bosnien international, aber vor allem in Deutschland und der Schweiz zum Thema der Politiker wurde.

Die Enthüllungen, die in den Artikeln der »Weltwoche«, des »Stern«, der »Zeit«, der »Süddeutschen Zeitung« und der Berliner »taz« veröffentlicht worden waren, wollten wir jetzt auf serbischer Seite »gegenchecken« – so gut es ging. Zuerst machten wir uns auf den Weg, um Näheres zum Martyrium der 40jährigen Bosnierin Besima aus Donja Grapska, nahe der Stadt Doboj, herauszufinden. Mit Besima leitete Alexandra Stiglmayer ihre Titelgeschichte im »Stern« ein, und auf Besima stoßen wir auch in weiteren Zeitungen, so in der »Weltwoche« und der »Zeit«. Besima wurde Alexandra Stiglmayer zufolge sechs Wochen in serbischen Lagern gefangengehalten, zuletzt im Schulzentrum »Duro Pucar Stari« in Doboj. Damit hatten wir eine konkrete Ortsangabe. Bozo und ich fuhren also nach Doboj und fanden dort in der Tat das Schulzentrum. Wir meldeten uns vorschriftsgemäß bei der serbischen Polizei des Ortes und wurden vom Polizeichef der Region, Andrija Bjelosevic, empfangen. Der etwa 50jährige hatte gepflegte Umgangsformen und wirkte irgendwie sympathisch. Wir sagten ihm, daß es in Doboj nach Zeugenaussagen ein Vergewaltigungslager für Frauen gebe, und zwar im Schulzentrum Duro Pucar Stari. Ob wir das Lager besichtigen könnten? Bjelosevic zeigte sich vollkommen ahnungslos. Folglich berichteten wir ihm ausführlich, was im Westen über systematische Vergewaltigung und Empfängniserzwingung in Lagern geschrieben stand. Auch daß seine Stadt in allen Artikeln als »Vergewaltigungsstadt« angeklagt wird. Daß die Anklage indirekt auch ihn als Polizeichef traf, verstand er schnell.

Bjelosevic war bestürzt über die Vorwürfe, saß da wie jemand, dem eben der Himmel auf den Kopf gefallen war, und beteuerte immer wieder, davon wisse er nichts, ja er habe von so etwas noch nie ein Wort gehört. Nach allem, was er wisse, sei die Schule ein Flüchtlingslager gewesen.

Ich glaubte es ihm. Was noch wichtiger ist, auch Bozo war geneigt, ihm zu glauben. Sicher konnten wir nicht sein. Versteckte sich hinter Andrija Bjelosevics gütigem Gesicht ein Schlächter, dessen Stimme beim Leugnen festbleibt? Ich weiß es nicht und werde es nie wissen.

Der Polizeichef veranlaßte, daß wir zum Schulzentrum gebracht wurden. Die Dreharbeiten begannen wir mit den üblichen Außenaufnahmen. Dann das Schild des Schulzentrums. Dreimal vergewisserte ich mich bei Bozo, daß wir am richtigen Ort waren. Das riesige Gebäude war nämlich zugesperrt und offensichtlich verwaist. Die Polizei öffnete mit Gewalt ein Fenster, und wir drangen ein. Hatte sich hier wirklich jemals ein Vergewaltigungslager befunden, mußten jetzt alle Spuren beseitigt sein.

Alexandra Stiglmayer hatte im »Stern« und in anderen Zeitungen geschrieben, das Lager, in dem 2.000 muslimische und kroatische Frauen festgehalten worden seien, hätte nur einem Zweck gedient, der totalen Erniedrigung der Gefangenen. Besima wird zitiert: »Sie haben uns auf jede nur mögliche Weise gedemütigt, sie haben uns in dieser dunklen Turnhalle ohne Licht wie Vieh gehalten und immer wieder vergewaltigt.« Auch die »Zeit« erzählt uns das Schicksal von Besima. Durch kleine Fenster dicht unter der Decke sei kaum Licht gedrungen, die Frauen vegetierten im Dämmerlicht vor sich hin.

Bozo und ich gingen in die Turnhalle. Ein langer Gang verbindet das Schulgebäude mit dem Sportkomplex. Wir machten eine Kamerafahrt durch den langen Gang und näherten uns der Halle, in der – damals waren wir davon völlig überzeugt – 2.000 Frauen erniedrigt und vergewaltigt worden waren. Viele wohl auch geschwängert oder ermordet. Jetzt standen wir in der Halle. Links und rechts hinter dem Eingang erhoben sich Tribünen für Zuschauer. Die Halle war leer und sauber. Einen Stoffetzen fanden wir, das Kleidungsstück eines Kindes. Was uns sofort auffiel, waren die mächtigen und großflächigen Fenster in den Hallenwänden. Eine Turnhalle wie die meisten: lichtdurchflutet. Hier konnte man nicht im Dämmerlicht vegetieren.

Es sprach sich im Ort herum, daß wir hier drehten. Drei Männer tauchten in der Turnhalle auf, darunter Milan Smiljanic, der Leiter des lokalen Roten Kreuzes, und Schuldirektor Milan Maric. Auch ihnen erzählten wir, was in dieser Turnhalle geschehen sein soll: »Acht kleine Mädchen sind hier, wo Sie jetzt stehen, nach Vergewaltigungsorgien verblutet.« Milan Smiljanic schaute uns entgeistert an: »Ich habe keine Worte. Hier waren Flüchtlinge aller drei Volksgruppen, und wir hatten nie irgendein Problem. Es konnte nichts dergleichen in dieser Sporthalle geschehen. Ich habe keine Worte.« Smiljanic berichtet, daß das Flüchtlingslager, das auch dem IKRK bekannt war, vom örtlichen Roten Kreuz verwaltet worden sei. Er persönlich übernehme für alles, was in dieser Sporthalle geschehen sei, die Verantwortung.

Also auch für Besima. Besima hat sicher nicht gelogen, auch wenn die Turnhalle nicht dunkel und ohne Fenster ist. Vielleicht hat sie sich im Ort getäuscht. Beat Schweitzer von der Delegation des IKRK in Banja Luka sagte mir damals, daß er das Lager in Doboj kenne. Wegen Meinungsverschiedenheiten, die bei der Verteilung von Hilfsgütern auftraten, habe er allerdings mit dem örtlichen Roten Kreuz nicht zusammengearbeitet. Hinweise darauf, daß es ein Vergewaltigungslager war, besaß Schweitzer, der aus der Presse von derartigen Lagern erfahren hatte, keine.

Was ist denn in Doboj wirklich geschehen? Versuch einer Annäherung an eine mögliche Wahrheit: Beat Schweitzer vom IKRK kann sich vorstellen, daß vereinzelt Soldaten aufgetaucht sind, unter einem Vorwand Frauen herausholten und diese dann vergewaltigten. Vermutlich schauten die örtlichen Leiter des Flüchtlingslagers weg. All dies ist Spekulation.

Bozo und ich durchsuchten das Schulhaus. Die meisten Klassenzimmer waren verschlossen, einige brachen wir auf. In den meisten waren Stühle und Tische wohlgeordnet, so wie nach Schulschluß. In einem Zimmer fanden wir Matratzen. Man sagte uns, hier sei die Ambulanzstation des Lagers gewesen. Eine verdreckte Toilette schien uns verdächtig. An der Wand glaubte ich Blut zu erkennen. Ob es ein Vergewaltigungslager war? Ich weiß es nicht.

In der Berliner »taz« vom 2.12.92 führt Erich Rathfelder ein Interview mit Ragib Hadzic, dem Leiter des »Zentrums zur Erforschung der Kriegsverbrechen« in Zenica, Zentralbosnien. Auf die Frage, wie viele Bordelle es gebe, zählt Ragib mehrere auf und sagt dann: »In Doboj ist es ein Privathaus, der Besitzer heißt Milan Kerkes.« Frage: »Serben halten in Privatbordellen die Frauen fest?« Antwort: »Die Ehefrau von Kerkes sucht (beachte Präsens) muslimische Frauen und Mädchen für die Offiziere der Armee aus. Das ist auch keine Überraschung, denn selbst General McKenzie von der Unprofor soll sich da bedient haben.«

Wir machen uns auf die Suche nach Milan Kerkes, den der Leiter des immer wieder als unanfechtbare Autorität zitierten »Zentrums zur Erforschung der Kriegsverbrechen« öffentlich als Kriegsverbrecher bezeichnet. Wir finden heraus, daß Milan Kerkes am 15.5.1957 geboren wurde und am 12.7.1992 im Krieg gefallen war. Er war mit der Muslimin Zahida Kerkes, geborene Alicic, verheiratet und arbeitete im Polizeidienst. Sie haben ein Kind. 1991 ließ er sich scheiden, doch dann führte die Krise in Bosnien das Paar wieder zusammen.

Polizeichef Andrija Bjelosevic versicherte uns, daß es in der Einwohnerkartei von Doboj keinen anderen Milan Kerkes gibt. Wir müssen ihm glauben. Die Grenzen des Journalismus! Er ist entgegenkommend, läßt für uns herausfinden, wo Zahida Kerkes sich aufhält, und läßt sie ins Polizeirevier kommen. Die am 27.5.1960 geborene Frau hat blondes Haar, trägt eine Brille und ist zur Trauer um ihren toten Mann schwarz gekleidet. Polizeichef Bjelosevic klärt Zahida über den Grund der Vorladung auf. Wir seien deutsche Journalisten, die behaupteten, in den Zeitungen stehe, ihr verstorbener Mann sei ein Kriegsverbrecher gewesen. Er habe in seinem Haus ein Zwangsbordell geführt, in dem muslimische Mädchen von serbischen Soldaten vergewaltigt wurden. Sie sagen auch, sie, Frau Kerkes, habe die Mädchen ausgesucht und ins Bordell gebracht. Zahida Kerkes(Gesicht wurde leer. Sie begann fassungslos zu weinen. Mit tränenerstickter Stimme stammelte sie dann: »Wie kann man nur, wer kann nur ...«

Nachdem sie sich halbwegs erholt hatte, setzten wir unser Interview fort. Wir waren dabei nicht zimperlich. Wir sagten, wir hätten gelesen, daß den Vergewaltigungsopfern der Schmuck weggenommen wurde. Zahida Kerkes hatte die Hand voller

Ringe. »Woher haben Sie die?« Sie lachte verlegen, griff auf die Ringe, drehte sie am Finger und nannte von jedem Ring die Herkunft. Dann weinte sie wieder. Es war erniedrigend, für sie und für uns.

Nachher zeigte sie uns ihr Haus, wo sie mit der Mutter und der Tochter lebt. Es liegt in einer Muslimsiedlung. Die Tochter lernen wir als lustiges, aufgewecktes Kind kennen. Unsere Ankunft ließ die ganze Straße zusammenlaufen. Alles Muslime, versicherte mir Bozo.

Als sich herumsprach, daß wir in dem kleinen Kerkes-Haus ein Zwangsbordell vermuteten und daß wir die ganze Straße der Mitwisserschaft, wenn nicht indirekt sogar der Mittäterschaft anklagten, brach helle Empörung aus. Eine alte Frau begann zu weinen. Nicht weniger als zehn Menschen, Muslime, schworen, daß so etwas hier nie und nimmer passiert sei und daß Milan Kerkes, der Serbe, ein großartiger Mensch gewesen sei. Auch seien einige von ihnen im Schulzentrum Duro Pucar Stari gewesen, um dort Lebensmittel zu holen. Dabei hätten sie nie irgend etwas Negatives erlebt. Von Vergewaltigungslagern hatte keiner der Muslime von Doboj, mit dem wir sprachen, je etwas gehört.

Wir kehrten nach Banja Luka zurück und trafen dort den katholischen Bischof von Banja Luka, Dr. Franjo Komarica. Als wir ihn auf die Pressemeldungen über systematische Vergewaltigung und Empfängniszwang ansprachen, winkte er ab. Er konnte und wollte derartige Vorfälle nicht bestätigen. Komarica, der gut Deutsch spricht, wörtlich: »Die Diffamierung, die Desinformation hasse ich. Als Christ und als Mensch.« Er vertrat die Auffassung, daß das serbische Volk kein verbrecherisches sei und daß die serbische Gesellschaft Vergewaltigung ablehne. Komarica erzählte uns dann, daß täglich Menschen zu ihm kämen und ihn um Hilfe bäten. Diese Menschen berichteten ihm von Banden, die in ihre Häuser eindringen, die Frauen vergewaltigen und die Männer erschießen. Er sagte aber auch, daß ihm oft örtliche serbische Polizeichefs klagten, gegen diese »Räuber« in diesen Zeiten machtlos zu sein, und Polizisten oft aus Furcht ums eigene Leben nicht eingriffen.

Bozo und ich kehrten nach Zagreb zurück. Ich rief meinen Auftraggeber an, und unter dem Eindruck dessen, was ich anläßlich meiner Reise im serbischen Teil Bosniens erfahren hatte, sagte ich: »Es ist Wahnsinn, da ist alles gelogen, was geschrieben wird.« Sicherlich war meine Behauptung etwas voreilig und überspitzt.

Am nächsten Tag erhielt ich in meinem Zagreber Hotel einen Anruf der Deutschen Welle/Fernsehen. Der Redakteur am andern Ende des Drahtes hatte im ARD-Radio einen Bericht eines Südosteuropa-Korrespondenten gehört, in dem dieser von Vergewaltigungsopfern in der Petrovarklinik in Zagreb berichet hatte. Die Klinik sei bereits restlos von schwangeren Lager- und Flüchtlingsfrauen überfüllt, die medizinische Versorgung sei zusammengebrochen. 18 Kinder würden täglich geboren. Man arbeite hier gerade daran, die Massentragödie der vergewaltigten Frauen statistisch zu dokumentieren. 60.000 Vergewaltigungsopfer würden bereits geschätzt. Ich erhielt den Auftrag, die Story sofort zu drehen.

Bozo und ich fuhren in die Klinik. Die Gänge waren leer, der Gebärsaal war leer, viele Betten auf der Entbindungsstation unbelegt. Dr. Ivan Kuvacic berichtete uns, daß in der Petrovar-Klinik seit dem Monat Mai (also in sieben Monaten) drei Frauen behandelt worden seien, die offensichtlich vergewaltigt worden waren. Zum Vergleich: In dem Spital gab es im selben Jahr bis zur ersten Dezemberwoche 6.351 Geburten. Die medizinische Versorgung funktionierte bestens. Ich mußte der Deutschen Welle mitteilen, daß ich die Story nicht drehen könne.

Bozo und ich wurden nun wirklich skeptisch. Handelte es sich bei den »systematischen Massenvergewaltigungen« um die größte Niedertracht der modernen Kriegsführung oder viel eher um eine der größten Presseenten der letzten Jahre? Wir wollten diese Frage unbedingt klären und recherchierten nun wie wild.

Ich sprach mit Frau Dr. Vera Folnegovic-Smalc von der psychiatrischen Klinik in Zagreb, mit der Frauengruppe Careta, vertreten durch Frau Spolja, mit Monika Hauser, einer deutschen Gynäkologin, mit Dr. Boloban Nermina von der Muslimgemeinschaft, mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), mit dem IKRK, mit den UNHCR (Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge) und unzähligen anderen. Wo immer man auch anläutete, man erfuhr nichts Konkretes. (Heute, ein Jahr später, weiß Dr. Folnegovic von rund hundert Frauen.)

Ich führte damals mit zahlreichen Chefredakteuren von Fernseh-Auslandsmagazinen Gespräche (nTV, ZDF, Sat 1, DW usw.) und berichtete ihnen von meinen Nachforschungen. Einigen zeigte ich das Filmmaterial. Keiner zweifelte am Ergebnis meiner Recherchen. Aber keiner traute sich damals, gegen den Wind der öffentlichen Meinung zu blasen. Wer die Vergewaltigungslager anzweifelte, lief Gefahr, als Vergewaltigungsverharmloser und Serbenfreund verschrien zu werden. Eine Medienkarriere ist schnell beendet... Auch ich war mir meiner Sache damals nicht ganz sicher.

Heute, mehr als ein Jahr später, nachdem immer noch kein Beweis für die systematische Vergewaltigung von 50.000 Frauen in Konzentrationslagern vorliegt, bin ich überzeugt, daß das, was damals dem Zeitungsleser und Fernsehzuschauer präsentiert wurde, – und was Politiker zum Handeln zwang! – unseriöser Journalismus war. Schlampiges Recherchieren, Informationen vom Hörensagen, aus dritter Hand, kühne Hochrechnungen, psychologische Spekulationen. Nichts Erhärtetes. Man schrieb von einander ab. So machte das Schicksal von Besima die Runde durch verschiedene Zeitungen. Über die Leiden von Aziza berichteten die »Süddeutsche Zeitung« und das ZDF-Magazin »Mona Lisa«. Aziza soll in

Manjaca in einem Stadion vor 1.500 Leuten vergewaltigt worden sein. Ich weiß nicht, ob Frau Welser vom ZDF oder Frau Graupner von der »Süddeutschen« in Manjaca waren. Ich war dort und habe vieles gesehen, nur kein Stadion.

Wesentlich kritischer und sorgfältiger gingen Journalisten aus anderen europäischen Ländern an die Arbeit. Etwa Vesa Toijonen, Auslandskommentator des finnischen Fernsehens YLE. Er drehte mit Bozo im Januar 93 in Sarajevo. Unter anderem wurde ihm ein Interview mit Borislav Herak angeboten. Herak ist jener bosnisch-serbische Soldat in muslimischer Gefangenschaft, der in einem Interview mit der »New York Times« (das auch von der »Weltwoche« übernommen wurde) erzählte, wie er und seine serbischen Kameraden in Massen vergewaltigten, quälten und schlachteten. Für den Artikel über Herak bekam der Autor Burns später den Pulitzerpreis. Vesa Toijonen lehnte ein Interview mit dem Kriegsgefangenen ab. Erstens, weil ihn jeder damals interviewt habe, und zweitens, so Toijonen, weil Herak zu leicht zu beeinflussen gewesen sei. Bozo, der bei mehreren Interviews mit Herak zugegen war und diesen beobachtete, sagt es so: Der ist verrückt, der erzählt, was du von ihm hören willst, und will bei jedem Interview noch besser, das heißt noch blutiger sein. Es gab löbliche Ausnahmen unter den deutschsprachigen Berichterstattern, so Friedhelm Brebeck von der ARD oder Fritz Kurz vom ZDF, die um eine sorgfältige Berichterstattung bemüht sind.

Aber die andern? Da wurde einfach geglaubt, was einem erzählt wurde, ohne auch nur einmal wirklich nachzufragen. Alle suchten O-Töne, die die Massenvergewaltigungstheorie bestätigten. Jeder, der von Vergewaltigungslagern redete, wurde zum Experten hochstilisiert. Über Widersprüche sah man großzügig hinweg. Alle hielten es für überflüssig, die in Zagreber Flüchtlingslagern gewonnenen Informationen an Ort und Stelle im serbischen Teil Bosniens nachzuprüfen. Dies gilt für Alexandra Stiglmayer, für Maria von Welser, die für ihre gesammelten O-Töne in Deutschland zur »Frau des Jahres« erkoren wurde, und für alle die andern.

Solange diese Journalisten es nicht besser versucht haben als ich, der Geschichte auf den Grund zu gehen, behaupte ich: Vergewaltigungslager mit systematischem Empfängnis- u,213ebärzwang als neue Kriegsstrategie der Serben gab es nicht. Zur hie brnicht in Doboj. Und Milan Kerkes ist kein Kriegsverbrecher.

Der Journalismus hat am Balkan versagt, nicht nur beim Thema Vergewaltigung.

Martin Lettmayer, heute Mitarbeiter von »Stern-TV«, arbeitete 1992/93 für die führende Osteuropa-Fernsehagentur ZOLCER im ehemaligen Jugoslawien. Lettmayers Reportagen wurden gesendet von ZDF, ntv, Sat 1, arte, NHK Japan, Deutsche Welle, EO Holland u.a. Sein Beitrag ist zuerst in der Züricher Wochenzeitung »Die Weltwoche« (Nr. 10/94) ers

Konkret 04/94, S. 32

Jürgen Elsässer

Die islamische Karte

Anstelle der allseits halluzinierten Neuen Weltordnung gruppieren sich auf dem Balkan erneut die Koalitionen von 1914/1918: Deutschland, Österreich, Türkei und islamische Minderheiten gegen England, Rußland, Griechenland und – mitunter – Frankreich. Die Vereinigten Staaten freilich, deren Kriegseintritt 1916 den Sieg der Entente sicherte, stehen diesmal auf Seiten der Mittelmächte, wie ihr Verhalten anläßlich des Nato-Ultimatums gegen die bosnischen Kriegsparteien gezeigt hat

»Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war ... Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: Wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden« (Adolf Hitler vor der deutschen Presse am 10.11.1938).

Nach dieser Regieanweisung läuft hierzulande seit April 1992 die massenpsychologische Vorbereitung auf Kriegseinsätze mit deutscher Beteiligung. Anders als 1938 sind es freilich nicht die sogenannten Volksdeutschen im Sudetenland und anderswo, die den Kriegsgrund abgeben sollen, sondern das nicht weniger frei erfundene »Volk« der bosnischen Muslime.

Die Ethnisierung des Sozialen

Wer ein Beispiel für die These sucht, daß »Volk« eine bürgerliche Schwindelkategorie weil nichts als eine Maske des sozialen Interesses – vulgo: von Reichtum und Macht – ist, wird beim in Bosnien entdeckten »Volk der Muslime« so fündig wie anderswo. Nach der Eroberung durch das Osmanische Reich am Ende des 14. Jahrhunderts traten auf dem südlichen Balkan viele Christen zum Islam über. Ausschlaggebend für ihre Bekehrung waren die reichen Privilegien, mit denen der Sultan seine neuen Schäfchen beschenkte: Für ihren Abfall vom Christentum wurden sie zu adeligen Landbesitzern erhoben und von der Kopfsteuer befreit. Diese Agas und Begs machten die breite Masse der ländlichen Bevölkerung, die katholisch bzw. orthodox blieb, zu Leibeigenen und errichteten eine Willkürherrschaft im Dienste der muselmanischen Herrscher. Aus ihnen gingen Großwesire, Staatsmänner und Heerführer hervor, und es gab Zeiten, wo an der Hohe Pforte das Kroatische allgemein gesprochen und verstanden wurde. Kein Wunder also, daß sich die Angehörigen dieser Klasse (!) Ende des letzten Jahrhunderts vehement gegen die serbischen und andere nationale Bestrebungen auf dem Balkan wandten: Mit dem Osmanischen Reich drohten auch ihre Privilegien gegenüber der christlichen Bevölkerungsmehrheit unterzugehen. Verständlich auch, daß sie im ersten Weltkrieg für die Mittelmächte kämpften – es ging ja schließlich gegen das anti-feudale Serbien, und zudem kämpfte die Türkei auf Seiten Deutschlands und Österreichs.

Bis zur Jahrhundertwende verkörperten »die Moslems« in Bosnien nichts anderes als eine Ausbeuterschicht der »orientalischen Despotie« (Rosa Luxemburg) des Osmanischen Reiches. Spätestens 1918 war es damit vorbei: Im »Königreich der Kroaten, Serben und Slowenen« wurde die ökonomische Grundlage dieser Schicht zerstört, wodurch aus einer sozial definierbaren Kaste oder Klasse eine »imaginäre Gemeinschaft« (Hobsbawn) wurde. Was sie zusammenhielt, war die süße Erinnerung an die Privilegien vergangener Tage sowie die Benachteiligung durch die herrschenden serbischen Nationalisten, die nun den Spieß umdrehten.

Im zweiten Weltkrieg differenzierte sich diese »imaginäre Gemeinschaft« in zwei gegensätzliche Strömungen aus: in »jugoslawische« und in »islamistische« Moslems. Die einen unterstützten den Kampf der Tito-Partisanen für ein multinationales Jugoslawien, das auch Menschen moslemischen Glaubens die volle Gleichberechtigung bringen würde. Die anderen wollten das Rad der Geschichte zurückdrehen und wieder ein »Herrenvolk« werden, weshalb sie sich an der Seite der deutschen und kroatischen Faschisten an der Ausrottung der »Untermenschen« beteiligten. Sie profitierten davon, daß die bosnischen Moslems nach dem Weltbild des Ustascha-Führers Ante Pavelic die rassisch »echtesten« Kroaten waren, die sich nach dem Übertritt zum Islam 500 Jahre zuvor am reinsten erhalten hatten. Von Heinrich Himmler wurden sie gar zu Ehren-Ariern aufgenordet, was sie ihm mit der Aufstellung von zwei muslimischen SS-Divisionen dankten. Einem »Bericht über die Greueltaten der Muslim-Ustascha«, der der deutschen Generalität in Agram am 17. August 1941 von einem Gewährsmann vorgelegt wurde, ist zu entnehmen, daß sich Moslems in einer Weise als Schlächter betätigten, die selbst den Nazis ungelegen war, weil sie den Übergang unpolitischer oder antikommunistischer Teile der Landbevölkerung auf die Seite der Partisanen befürchten ließ. Auszüge: »Es handelt sich bei den Kämpfen der Serben keineswegs um Auflehnung gegen den kroatischen Staat, es sind das auch keine Freischärler oder Kommunisten, sondern lediglich gehetzte Menschen, die zur Verzweiflung getrieben, nun lieber mit einer Waffe in der Hand ... sterben wollen, als

sich Nacht für Nacht hinschlachten zu lassen... Als Vergeltung für diesen von den Ustascha provozierten Aufstand werden in Krupa, dessen etwa 6000 Einwohner zu 60 Prozent Serben und zu 40 Prozent Moslems sind – Kroaten gibt es da nur vereinzelt – , alle Serben männlichen Geschlechts von etwa 14 Jahren aufwärts buchstäblich restlos hingeschlachtet ... Die Moslems hausen in der bosn. Krajina viel ärger als einst die Türken, die immerhin die Andersgläubigen nicht restlos vertilgten. Die moslemische Bevölkerung der bosn. Krajina rechnet bestimmt damit, die Herrschaft in Bosnien gänzlich an sich zu bringen und alle ihre Vorrechte aus der Türkenzeit, besonders in Bezug auf Grund und Boden, wieder herzustellen ... Für die Verhältnisse in der bosn. Krajina ist es übrigens sehr bezeichnend, daß die Moslems, die hauptsächlich an den verübten Greueltaten beteiligt sind, für sich nicht einmal die Rechtfertigung in Anspruch nehmen können, an den Serben wegen politischer Unterdrückung Vergeltung zu üben. Als ausgesprochene Opportunisten waren die Moslems immer an der Seite der Belgrader Regierung und trugen viel dazu bei, daß die kroatische Opposition so lange niedergehalten werden konnte.« Dem Terror im Ustascha-Staat fielen fast alle der 30.000 Juden und mehrere Hunderttausend der 2 Millionen Serben zum Opfer. Bei Vergeltungsmaßnahmen der Tschetniks (nicht der Partisanen!), die unterschiedslos gegen Kollaborateure wie Unbeteiligte vorgingen, fanden etwa 150.000 der 900.000 Moslems den Tod.

Fundamentalismus und Antisemitismus

Für die Kontinuität der »islamistischen« Gruppe der Moslems steht auch der heutige Staatspräsident von Bosnien-Herzegowina. Alija Izetbegovic, Jahrgang 1925, wurde bereits 1946 in Sarajevo als Mitarbeiter der Zeitschrift »El Hidaje« wegen Haßpropaganda und pan-islamischer Aktivitäten zu drei Jahren Haft verurteilt. Jugoslawische Quellen gehen des weiteren davon aus, daß er seit 1941 den »Jungen Muslimen« angehört hatte, die in Tito-Jugoslawien als »pro-faschistisch« verfolgt wurden. Im Jahre 1949 versuchten die »Jungen Muslime« einen offenen Aufstand, der jedoch schnell niedergeschlagen wurde. Wie wenig Izetbegovic in den folgenden Jahren seine Auffassung verändert hat, beweisen seine beiden Veröffentlichungen *The Islamic Declaration* aus dem Jahre 1970 (Reprint Sarajevo 1990, im folgenden: ID) und *Islam between East and West* aus dem Jahre 1984 (im folgenden: Ib). Dort propagiert er »den Kampf zur Schaffung einer großen islamischen Föderation von Marokko bis Indonesien, von Schwarzafrika bis Mittelasien« (ID, S.60). Ein solcher Staat(enbund) dürfe nicht laizistisch sein, sondern müsse sich streng religiös orientieren: »Tatsächlich ist alles, was großartig oder erwähnenswert in der Geschichte der moslemischen Völker war, unter dem Banner des Islam geschaffen worden. ... Die Türkei als islamisches Land beherrschte die Welt. Die Türkei als Abklatsch von Europa ist heute ein drittklassiges Land« (ID, S.6). Als Vorbild sieht Izetbegovic den »Islamischen Staat«. Um den verderblichen westlichen Einfluß zurückzudrängen, empfiehlt er eine fundamentalistische Gleichschaltung des öffentlichen Lebens: »Die Erziehung des Volkes und besonders die Massenmedien – Presse, Radio, TV und Film – sollten in den Händen von Leuten sein, deren islamische Moral und intellektuelle Autorität unzweifelhaft ist. Die Medien dürfen nicht, wie so oft, in die Hände verdorbener und degenerierter Leute fallen, die dann die Ziellosigkeit und Leere ihres eigenen Lebens auf andere übertragen« (ID, S.42/43). Mit der zivilisierten Rolle der Frau müsse Schluß sein: »Die Zivilisation würdigte insbesondere die Mutterschaft herab« (Ib, S.144). Dagegen beschütze der Islam »die wirklichen Interessen der normalen, gesunden Frau. Anstelle abstrakter Gleichheit sichert er den Frauen Liebe, Heirat und Kinder« (ID, S.48).

Im Materialismus sieht Izetbegovic das Grundübel der modernen Welt – Kapitalismus und Sozialismus seien lediglich zwei Varianten davon. Da dieser Materialismus nach Izetbegovic seine Wurzeln im Judentum hat, gipfelt die gesamte Ideologie des bosnischen Staatspräsidenten in pseudowissenschaftlich verbrämtem Antisemitismus: »Unter den Religionen repräsentiert das Judentum die ›diesseitige‹ Richtung. Alle Ideen und Theorien des jüdischen Geistes betreffen das Paradies auf Erden. ... Die Juden haben die Idee der Unsterblichkeit nie in Gänze akzeptiert. ... Das Beispiel von Spinoza zeigt die Geburt der neuen materialistischen Philosophie am Busen des Judentums« (Ib, S.146/147). Viele Stereotype der antisemitischen Propaganda – von der gemeinsamen Verschwörung der Juden und Freimaurer, über die Finanzierung der Welteroberung seit Kolumbus, bis zur Schuld an der Atombombe – finden sich bei Izetbegovic wieder: »Die Freimaurer-Idee einer ethischen Wiedergeburt der Menschheit durch die Wissenschaft ist positivistisch – und jüdisch. Es wäre interessant, die inneren und äußeren Verbindungen zwischen Positivismus, Freimaurerei und Judentum zu erforschen. Die Verbindungen und der Einfluß sind nicht nur geistiger Art, sondern ziemlich konkret. ... Die Nuklearwissenschaft war zuerst als ›jüdische Wissenschaft‹ bekannt. ... Es ist kein Zufall, daß die großen Namen in der Atomphysik, in der politischen Ökonomie und im Sozialismus fast ohne Ausnahme Juden sind. ... Es hat etwas Symbolisches, daß es Juden waren, die Kolumbus' Reise finanzierten« (Ib, S.147/48).

Kein Wunder also, daß sich Izetbegovic zu wahren Haßtiraden gegen Israel steigert: »Um Jerusalem zu halten, müßten die Juden den Islam und die Muslime besiegen, und das liegt – Gottseidank – jenseits ihrer Macht. ... Wir würden gerne zwischen Juden und Zionisten unterscheiden, wenn die Juden selbst die Stärke hätten, diesen Unterschied zu machen. ... Wenn sie jedoch weiterhin auf ihrem hohen Roß sitzen, was im Augenblick wahrscheinlicher scheint, gibt es nur eine Lösung für die islamische Bewegung und alle Moslems in der Welt: den Kampf fortzusetzen, ihn auszuweiten und zu verlängern Tag für Tag, Jahr für Jahr, was immer die Opfer sein mögen und wie lange er dauern mag, bis sie gezwungen sind, jeden Zentimeter geraubten Bodens zurückzugeben. Jedes Verhandeln und jeder Kompromiß, der die elementaren

Rechte unserer Brüder in Palästina aufs Spiel setzen könnte, ist Verrat, der das moralische System zerstören könnte, auf dem unsere Welt beruht« (ID, S.69/70).

Islamisierung in Bosnien-Herzegowina

Als Autor der »Islamischen Erklärung« und wegen anderer Aktivitäten gegen den Staat wurde Izetbegovic 1983 zu 14 Jahren Haft verurteilt, jedoch bereits 1988 wieder aus dem Gefängnis entlassen. Obwohl er sich nie von den zitierten Veröffentlichungen distanziert hat, wird er in der westlichen Presse in der Regel als weltoffen und tolerant charakterisiert. Als Beweis für seine angebliche Abkehr vom Fundamentalismus wird vor allem sein Einsatz für die Schaffung einer neuen jugoslawischen Konföderation im Jahre 1990 gewertet und sein Entsetzen über die vorschnelle Anerkennung von Kroatien und Slowenien durch die Bundesrepublik, die diesem Plan die Grundlage entzog. Aus Protest dagegen reiste Izetbegovic im November 1991 zu Gesprächen mit Kohl und Genscher nach Bonn – und kehrte von dort wie verwandelt zurück. Schon zur Gründung seines Staates im März 1992 arbeitete er mit einem Trick: Er erklärte sich einverstanden mit einer kantonalen Gliederung, wie sie Serben und Kroaten vorschwebte – gab aber kurz darauf zu, daß er die Zustimmung nur vorgetäuscht habe, um eine rasche internationale Anerkennung Bosniens zu erreichen. Die Multiethnizität, die in Alt-Jugoslawien durch die gleichgewichtige Aufteilung aller bosnischen Staatsämter zwischen Serben, Kroaten und Moslems versucht und nach den Wahlen 1990 zunächst auch beibehalten worden war, wird seither Zug um Zug von der Izetbegovic-Führung zerstört. Einige Beispiele:

· Das bosnische Parlament, das sich im wesentlichen aus der moslemischen PDA (86 Sitze), der serbischen SDP (72) und der kroatischen KDG (44) zusammensetzte, wurde im Frühjahr 1992 illegal aufgelöst, ohne daß es dem Präsidenten je die Notstandsbefugnisse übertragen hätte. Was im September 1993 zusammentrat, um den internationalen Friedensplan abzulehnen, hatte außer dem Etikett mit der ursprünglichen Institution nichts mehr gemein: Von 240 Parlamentariern waren gerade 90 gekommen, von denen immerhin 32 die Friedenslösung befürworteten. Dem Parlament wurde ein Senat, der bosnische Sabor, übergeordnet, in welchem keine serbischen und kroatischen Abgeordnete vertreten sind.

· Zu den ersten Kampfeinheiten Izetbegovics gehörte die Handzar-Division, deren Name an eine der moslemischen SS-Einheiten erinnert. Die regulären Streitkräfte Bosnien-Herzegowinas wurden ursprünglich von ehemaligen JVA-Offizieren befehligt, Oberkommandierender war der Serbe Sefer Halilovic. Im Herbst 1993 wurde die Armee neu geordnet und unter der Führung des Moslems Delic straff zentralisiert. Katholiken und Orthodoxe wurden aus höheren Rängen verdrängt.

· Uno-General Morillon kritisierte bereits 1992/93 eine fortschreitende Islamisierung des bosnischen Alltags. Dazu gehört z.B., daß es in Sarajevo keinen Schulbetrieb für kroatische oder serbische Kinder mehr gibt, so daß diese gezwungen sind, Hodscha- und Mullah-Schulen zu besuchen, dort auch am Religionsunterricht teilzunehmen und den Koran zu lernen. Der Erzbischof von Sarajevo beklagte, Zug um Zug würden allen Nicht-Muslimen in der Stadt die Bürgerrechte entzogen, christliche Kirchen würden geschlossen. Ein Regierungssprecher forderte im bosnischen Staatsrundfunk dazu auf, die Gunst der Stunde und einen eventuellen Luftangriff der Nato zu nutzen, um die Serben ganz aus Bosnien zu vertreiben. Der Vor-OrtKorrespondent der »Zeit« berichtet, daß die Serben in Sarajevo aus Angst vor Pogromen ihre Namen von den Klingelschildern entfernt haben. Welchem Druck die Nicht-Muslime ausgesetzt sind, kann man auch den faksmilierten Auszügen aus der regierungsnahen bosnischen Presse auf S. 37 dieses Heftes entnehmen.

· Izetbegovic hat das kollektive Staatspräsidium gespalten. In Sarajevo haben zwei fundamentalistische Vertreter, nämlich Izetbegovic selbst und sein Stellvertreter Ganic, das Gremium usurpiert. Drei Moslemvertreter brachen 1993 mit Izetbegovic und unterstützten den Friedensplan von Owen und Stoltenberg (so einer der drei im Interview mit der kroatischen Zeitung »Slobodna Dalmacija« (14.2.1994)).

· Das bekannteste dieser drei Ex-Präsidiumsmitglieder ist Fikret Abdic. Er hatte 1990 bei den Präsidiumswahlen mehr Stimmen bekommen als Izetbegovic. Seine Heimatregion, das Gebiet um Bihac und Velika Kladusa, hat sich im September 1993 nach einem Referendum mit 80 Prozent Ja-Stimmen von Bosnien-Herzegowina abgespalten und der Regierung in Sarajevo die Loyalität aufgekündigt, weil – so die Begründung – deren Sabotage der Genfer Verhandlungen das Leid der Menschen nur verschlimmere. Zum Präsidenten der »Autonomen Provinz Westbosnien« wurde Abdic selbst gewählt. In dem Gebiet leben 200.000 Menschen, die zu über 90 Prozent islamischen Glaubens sind. Sie stehen für die breite Strömung der laizistischen und toleranten Moslems, die Titos Partisanen unterstützten und später zufriedene Jugoslawen wurden. Wenn die internationale Öffentlichkeit von »den« bosnischen Moslems spricht, wird diese Strömung schlicht ignoriert: Abdic gilt nicht als ein Vertreter der moslemischen Bevölkerung, weil er – im Unterschied zu Izetbegovic – mit seinem Glaubensbekenntnis keinen Staat machen will. »Es spricht nicht für ihn, daß ihm das Schicksal eines bosnisch-muslimischen Staates gleichgültig ist«, hetzte Erich Rathfelder in der »taz« (30.9.93). Das ist nicht nur ein Propagandasieg des Fundamentalismus, sondern auch des Staatsfetischismus: Ganz offensichtlich gilt die Sorge nicht dem Überleben moslemischer Menschen, das im autonomen Westbosnien besser als irgendwo sonst gewährleistet ist, sondern dem »Überleben« des moslemischen Staates.

.

Der Balkan brennt

Seit Winter 1993 bereitet die muslimische Führung ihre Streitkräfte auf eine große Frühjahrsoffensive vor. Die offizielle Mannstärke wurde von etwa 80.000 auf 200.000 aufgestockt und mit einer 250 Mio. Dollar-Spende der Islamischen Konferenz modernes Kriegsgerät beschafft. In Reaktion auf diese Pläne entwickelten Frankreich und die USA zwei gegensätzliche Interventionskonzepte: Paris wollte militärisch eingreifen, um vor der moslemischen Offensive noch die in Genf weitgehend ausgehandelte territoriale Aufteilung abzusichern. Die USA wollten einen einseitigen Schlag gegen die Serben, de facto eine Unterstützung der Moslems. Für das Nato-Ultimatum wurden beide Positionen lediglich in einem Formelkompromiß überbrückt, so daß es kein Wunder war, daß man sich schließlich nicht auf ein Vorgehen nach der »dead-line« einigen konnte. Diese Meinungsunterschiede machten sich die Gegner einer Intervention zunutze: Jelzin und Major verzichteten zwar auf ein Veto in den internationalen Gremien, spielten aber umso wirkungsvoller ihren Einfluß vor Ort aus. Nach Ablauf des Ultimatums konnte die Uno/Nato-Befehlskette ohne Zustimmung des britischen UN-Kommandeurs Rose nicht ausgelöst werden, und die russischen Blauhelme rückten als Puffer gegen ein moslemisches Nachstoßen in die verlassenen serbischen Stellungen ein.

Für dieses gelungene diplomatische Manöver »rächten« sich die USA eine Woche später sowohl durch die groteske Inszenierung des Spionagefalls Ames als auch durch den Abschuß der vier serbischen Flugzeuge. Im Gegenzug versuchen die Russen, auch außerhalb von Sarajevo Stellungen gegen die Moslems zu sichern. Summa summarum läuft das auf ein »Gleichgewicht des Schreckens« wie in den besten Zeiten der Bipolarität hinaus: Die Russen postieren an den Grenzen ihrer Einflußzone Soldaten, weil sie mit Recht annehmen, daß die USA diese niemals direkt angreifen würden. Die Sache hat nur einen Haken: Im Unterschied zum Kalten Krieg stehen sich heute nicht nur die disziplinierten Truppen der Supermächte gegenüber, sondern auch die wilden Milizen der Bürgerkriegsparteien. Was passiert, wenn marodierende Mudjahedin russische Blauhelme angreifen? »Wenn die Nato ihre Chance verspielt«, drohte Bosniens Vizepräsident Ejup Ganic im »Spiegel«-Interview, »dann wird der Krieg ausufern. ... Vielleicht kommt uns ja dann die türkische Armee zu Hilfe.«

In Deutschland scheint man den Augenblick regelrecht herbeizusehnen, an dem die moslemische Offensive den Stellungskrieg überwindet. »Bombt die Mörder nieder«, forderte »Bild«, noch bevor die Nato ihr Ultimatum beschlossen hatte, die »Welt« plädierte für einen »systematischen Luftkrieg über mehrere Wochen«, und die »taz« sekundierte stramm, ein Militärschlag sei »militärisch geboten, politisch zweckmäßig«. Der zunächst friedliche Ausgang des Ultimatums wurde gegenüber der breiten Öffentlichkeit als »Erfolg der militärischen Stärke« präsentiert und so Stimmung für eine Fortsetzung des Power plays an anderen Orten gemacht. Im Debattenorgan der politischen Klasse, in der »FAZ« also, machte man aber aus seiner Enttäuschung kein Hehl. »Mit zugedrückten Augen« hätte die Uno den russisch-serbischen Deal toleriert, Rußland sei in Bosnien »als politische Größe nicht mehr zu umgehen«, die Aussichten für Izetbegovic hätten sich »um keinen Deut verbessert«, jammerte der Leitkommentator Nonnenmacher.

Die Clinton-Administration hat ihre Position sehr weitgehend den deutschen Hardlinern angenähert: Der US-Senat hat die alte CDU-Forderung nach Aufhebung des Waffenembargos aufgegriffen, und gemeinsam versuchen die »partners in leadership«, die zerbrochene moslemisch-kroatische Allianz zu flicken. Allerdings gibt es in den USA auch immer wieder Gegenstimmen. So kritisierte der »New York Times«-Kommenta-tor A.M. Rosenthal: »Die Vereinigten Staa-ten werden eine Nation bombardieren, die den Westen jetzt in Wut versetzt. Aber die-selbe serbische Nation focht gegen Hitler, als andere Balkannationen ihm die Stiefel leckten.« Eine solche Stellungnahme wäre in den führenden deutschen Medien unvorstell-bar.

Der von Washington und Bonn unterstützte Vormarsch der moslemischen Truppen stachelt die gefährlichen Aspirationen ihrer fundamentalistischen Bundesgenossen auch auf dem übrigen Balkan an: Zunächst innerhalb Neu-Jugoslawiens, wo es bewaffnete Subversion muslimischer Kräfte im Sandzak und Sezessionsbestrebungen im Kosovo gibt; letzteres paßt zu den Visionen Sari Berishas von einem großalbanischen Moslemreich, die sich wiederum nicht nur gegen Serbien, sondern auch gegen Mazedonien richten. Mazedonien seinerseits ist zum Brennpunkt der unterschiedlichen Interessen geworden: Die albanischen und bulgarischen Minderheiten tendieren zur Sezession, der hauseigene mazedonische Nationalismus zur Expansion. Die Lunten aller Pulverfässer auf dem Balkan laufen in Ankara und Bonn zusammen. Die Türkei schloß Militärabkommen mit Bulgarien, Mazedonien und Albanien, ein türkischer Offizier erklärte gegenüber »Focus«, »ununterbrochene und zuverlässige Versorgungswege« gewährleisteten den Waffenschmuggel für die Truppen Izetbegovics. Dahinter stehen die Träume eines Turgut Özal, »den Schrumpfungsprozeß der Türkei«, der 1683 vor Wien begann, »umzukehren« (»Spiegel« 52/91). Um die islamischen Minderheiten auf dem Balkan als »türkische« reklamieren zu können und die ölreichen Turkrepubliken der GUS an sich zu binden, setzt die Türkei das laizistische Erbe Atatürks aufs Spiel und mutiert selber immer stärker zu einem islamischen Staat.

Bei all dem hilft der »Große Bruder« BRD: Die Forderung nach internationaler Unterstützung für die Sezessionisten im Kosovo, das heißt für ein Großalbanien, gehört ebenso zum Common sense der deutschen Öffentlichkeit und Diplomatie

wie der Kamikaze-Kurs für die Anerkennung Mazedoniens gegen den Willen Athens, gegen die Skepsis der Westmächte. Man muß Griechenland dankbar sein, daß es durch einen Boykott des Nato-Ultimatums und durch die Handelsblockade gegen Skopje klar gemacht hat, daß es den Status quo gegen die Brandstifter zu verteidigen bereit ist.

Für seine mutigen Politik wurde Athen von der türkischen Presse mit Drohungen überzogen: »Wolken des Krieges« sah »Hürriyet« heraufziehen, »Günaydin« erwartete »Heiße Tage in der Ägäis«, und Ministerpräsidentin Ciller verglich Papandreou instinktsicher mit Schirinowskij. Die »FAZ« sprach von einer »beispiellosen Brüskierung« der Nato durch Griechenland, bei weiterer Zuspitzung erwartet die »Welt« »die Spaltung der Europäischen Union«. Geradezu unheimlich jedenfalls, wie sich in der aktuellen Balkanpolitik immer wieder die Bündniskonstellationen des ersten Weltkriegs herstellen: Auf der einen Seite die Mittelmächte Deutschland, Österreich und die Türkei im Verein mit den islamischen Minderheiten; auf der anderen die Entente aus England, Rußland, Griechenland und – schwankend – Frankreich. Der große Unterschied ist allerdings, daß die Vereinigten Staaten, deren Kriegseintritt 1916 den Sieg der Entente sicherte, diesmal auf der Seite der deutsch-türkischen Hasardeure stehen.

Bemerkenswert ist weiterhin, daß die islamfreundliche Politik der Bundesregierung nicht nur im Falle des Balkans und der Türkei durchschlägt, sondern auch im Falle des Iran. Anläßlich des Prozesses um die Ermordung iranisch-kurdischer Exilpolitiker durch Teheraner Killerkommandos in der Berliner Gaststätte »Mykonos« wurde bekannt, daß die BRD seit zwei Jahren die westlichen Beschlüsse zur Isolierung der Mullah-Diktatur unterläuft, einen engen Geheimdienstkontakt aufgebaut und großzüge Hermes-Kredite eingeräumt hat. Israel verdächtigt die Deutschen sogar, an der ABC-Waffenrüstung des Iran, der die Rolle des geschwächten Irak spielen will, mitzuwirken.

Die Motive der deutschen Regierung für das Ausspielen der »islamischen Karte« müßten genauer untersucht werden. Sollen Staaten wie Serbien-Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien, die einen relativ großen Teil ihres Bruttosozialproduktes für Sozial- und Beschäftigungsprogramme verwenden, zerschlagen werden, weil sie nicht in die deregulierte Welt des Monetarismus passen? Wird der Islam hofiert, weil in den zerfallenden Gesellschaften der kapitalistischen Peripherie nur eine totalitäre Ideologie in der Lage ist, jenes Minimum an innerer Stabilität zu garantieren, das die Fortdauer der internationalen Ausbeutung zu gewährleisten vermag? Will man sich, nachdem der Fundamentalismus überall im Vormarsch und das »algerische Modell« seiner Eindämmung gescheitert ist, rechtzeitig mit den neuen Herren arrangieren, um beim Zugriff auf das Öl Vorteile vor der Konkurrenz zu ergattern? Zu dieser Erwägung passen die Zukunftsvisionen des »FAZ«-Haushistorikers Arnulf Baring. Der nahm Frankreich und England schon 1991 übel, daß sie die deutsche Jugoslawienpolitik abgebremst haben. »Wollen wir künftig in solchen Fällen weiterhin den Mund halten, statt darauf hinzuwirken, daß man den gefährdeten kleinen Völkern tatsächlich hilft?«, meinte er damals und erklärte die Pläne für eine »Europäische Union« wegen Pariser und Londoner Unzuverlässigkeit zur »politischen Chimäre«. Vor diesem Hintergrund skizzierte Baring eine neue Rolle für Deutschland: Anstelle der westeuropäischen Integration empfahl er ein Sonderbündnis mit den USA und eine Art Vormundschaft für die »kleinen Völker«: »Der Versuch völliger Unabhängigkeit kann doch eigentlich gar nicht gut gehen, kann leicht scheitern. Irgendwo müssen all diese Kleinstaaten doch unterschlüpfen.«

Als deutsch-osmanische Protektorate hätten die neuen Kalifate zwischen Sarajevo und Baku jedenfalls eine wichtige Aufgabe und dadurch eine gewisse Existenzberechtigung: die Beherrschung der neuen Ölquellen am Kaspischen Meer und die Sicherung der Pipelines von dort über Kleinasien und den Balkan bis zu den mitteleuropäischen Wirtschaftszentren. In einem ähnlichen Kontext hatte auch Kaiser Wilhelm vor dem ersten Weltkrieg seine Berufung zum »Schutzpatron für 300 Millionen Muslime« entdeckt: Quer durch deren Staatsgebiet sollte die deutsche »Bagdad-Bahn« gebaut werden, um das Öl am Persischen Golf zu erschließen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 12/93 über den ersten deutschen Soldaten, der im Out-of-Area-Einsatz starb

Konkret 04/94, S. 34

Tigersprung

Heinrich Himmler
Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten

Geheime Reichssache

15. Mai 1940

Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weißrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Wenn sonst noch wo Volkssplitter zu finden sind, auch diese.

Ich will damit sagen, daß wir nicht nur das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern. Aber auch innerhalb der Völkerschaften selbst haben wir nicht das Interesse, diese zu Einheit und Größe zu führen, ihnen vielleicht allmählich Nationalbewußtsein und nationale Kultur beizubringen, sondern sie in unzählige kleine Splitter und Partikel aufzulösen.

Die Angehörigen aller dieser Völkerschaften, insbesondere der kleinen, wollen wir selbstverständlich in den Stellen von Polizeibeamten und Bürgermeistern verwenden. Spitzen in solchen Völkerschaften dürfen nur die Bürgermeister und die örtlichen Polizeibehörden sein; bei den Goralen die einzelnen, sich ohnedies schon befehdenden Häuptlinge und Sippenältesten. Eine Zusammenfassung nach oben darf es nicht geben, denn nur dadurch, daß wir diesen ganzen Völkerbrei des Generalgouvernements von 15 Millionen und die 8 Millionen der Ostprovinzen auflösen, wird es uns möglich sein, die rassische Siebung durchzuführen, die das Fundament in unseren Erwägungen sein muß, die rassisch Wertvollen aus diesem Brei herauszufischen, nach Deutschland zu tun, um sie dort zu assimilieren. (...)

Eine grundsätzliche Frage bei der Lösung aller dieser Probleme ist die Schulfrage und damit die Frage der Sichtung und Siebung der Jugend. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. (...)

So grausam und tragisch jeder einzelne Fall sein mag, so ist diese Methode, wenn man die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich ablehnt, doch die mildeste und beste. (...)

Als gefühls- und verstandesmäßig selbstverständlich erachte ich es, daß die Kinder und die Eltern in dem Augenblick, wo sie nach Deutschland kommen, in den Schulen und im Leben nicht wie Aussätzige behandelt werden, sondern nach Änderung ihres Namens in das deutsche Leben – bei aller Aufmerksamkeit und Wachsamkeit, die man ihnen widmen muß, – vertrauensvoll eingebaut werden. Es darf nicht so sein, daß die Kinder sich wie ausgestoßen fühlen, denn wir glauben doch an dieses unser eigenes Blut, das durch die Irrtümer deutscher Geschichte in eine fremde Nationalität hineingeflossen ist, und sind überzeugt, daß unsere Weltanschauung und unsere Ideale in der rassisch gleichen Seele dieser Kinder Widerhall finden werden. (...) Beschimpfungen wie »Polacke« oder »Ukrainer« oder ähnliches müssen unmöglich sein. (...)

Die Bevölkerung des Generalgouvernements (...) wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten), stellen; sie wird selbst dabei mehr zu essen und zu leben haben als unter der polnischen Herrschaft und bei eigener Kulturlosigkeit unter der strengen, konsequenten und gerechten Leitung des deutschen Volkes berufen sein, an dessen ewigen Kulturtaten und Bauwerken mitzuarbeiten (...)

aus: Reinhard Opitz (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Köln 1977, S. 653ff.

Konkret 04/94, S. 37

Dokumentation

Nachfahren des Leibeigenen Siman*

Der folgende Text von Zihad Kljucanin erschien am 23. Februar 1994 in der regierungsnahen bosnischen Wochenzeitung »Ljiljan«. KONKRET dokumentiert ihn als eindrucksvolles Beispiel der bosnisch-muslimischen Kriegspropaganda

In Ugljevik gibt es 500 serbische Waisen. Allah sei Dank! Die BH-Armee hat bisher 50.000 Tschetniks in die Hölle geschickt. Allah ist mächtig!

Serbische Mütter werden zukünftig, wie das Ibrasim sagen würde, Eisklumpen statt Kinder gebären. Allah ist groß!

Jedes serbische Waisenkind ist nur ein Zeichen, daß Allah Der Allmächtige langsam aber sicher die Waage gleichstellt, auf deren einer Seite das BÖSE und auf deren anderer Seite das GUTE geschrieben steht.

Die einzige Hand, die die Gotteswaage gleichstellt, ist die Hand des bosnischen Soldaten. Die Seelen unserer heiligen Kämpfer werden nicht ruhen, bis alle verbrecherischen serbischen Seelen in der Hölle enden.

Dann, erst dann kann der Krieg aufhören.

Die Serben haben so viel Böses in diesem Land getan, daß sie von Gott nicht das erwarten können, was Gott jedem gibt – Nachfahren. Die Serben haben ihre Hände so schmutzig gemacht, daß ihre Kinder mit blutigen Nagelwurzeln geboren werden würden.

Diese Nachfahren des Leibeigenen Siman!

Diese Leibeigenen, die die Waffengewalt ergriffen haben und unter ihrem Schutz schlachten. Ja, ein Serbe kann schlachten, weil er weiß, daß hinter seinem Rücken ein Panzer steht.

Diese Teufel, die bei bloßer Erwähnung gleicher oder stärkerer Waffen die Flucht ergreifen.

Die »Traditionalisten des serbischen Heldentums«, da, sie küssen auf den Bergen um Sarajevo ihre russischen Brüder. Sie küssen und schauen unentwegt gen Himmel.

Muslime im muslimischen Sarajevo küssen seit langem niemanden. Und ihre Blicke richten sie gen Himmel nur dann, wenn sie dort nach Allahs Lachen suchen.

Ah, Allah Du Allmächtiger, könnte nicht von oben wenigstens eine Bombe auf die Serben fallen! Nur eine einzige. Nicht wegen der Muslime, sondern um diese serbische Angst zu vergrößern!

Diese Gesichter. Serbische Gesichter. Voller Angst. An Sünden schwer geworden. Von Bösem.

Ein Serbe ähnelt einem Menschen nur, wenn er tot oder eingesperrt ist. Lieber Leser, sieh Dir die obigen Gesichter an! Es sind Gesichter der eingesperrten Tschetniks in Tuzla: rasiert, gereinigt, fast menschlich. Und schaue auch in Dein Gesicht, Du Muslim: es ist hell – wie der Ramadan!

*Anspielung auf Ivo Andrics »Geschichte vom Leibeigenen Siman«. Siman kämpft gegen einen türkischen Aga um sein Recht und geht dabei zugrunde. – d. Red.

Konkret 04/94, S. 40

Pit Wuhrer

Kleine Gesten

Die republikanischen Iren haben die gefeierte »Friedensinitiative« der britischen und der irischen Regierung abgelehnt. Solange die Briten die nordirischen Protestanten nicht von der Notwendigkeit einer Einigung überzeugen, wird der nordirische Bürgerkrieg, den niemand gewinnen kann, fortdauern

Es mangelte nicht an billigen Angeboten. Mitte Januar beschloß die irische Regierung, den Paragraphen 31 des Rundfunkgesetzes nicht mehr zu verlängern, der seit 1971 irischen Fernsehjournalisten und Radioreportern untersagte, Mitglieder der republikanischen Partei Sinn Féin* zu interviewen. Ende Januar hob die US-Regierung erstmals seit zwanzig Jahren das Einreiseverbot für Sinn Féin-Präsident Gerry Adams auf. Und eine Woche später tat Britanniens Nordirlandminister Sir Patrick Mayhew kund, seine Regierung sei durchaus zur »Präzisierung« ihres »Friedensangebots« bereit. Kleine Gesten, bestimmt für die Öffentlichkeit. Denn in Irland bleibt es den Redakteuren der staatlichen Fernsehanstalt RTE weiterhin untersagt, über die Ausstrahlung eines Interviews mit Sinn Féin-Mitgliedern zu befinden – noch immer bedarf jede Sendung der vorherigen Genehmigung. Die Clinton-Regierung begrenzte das Visum für Gerry Adams auf 48 Stunden und versah es mit strengen Auflagen. Und Mayhews Versicherung, man könne über alles reden, war bloß taktisches Geschwätz: Mehr wolle er erst sagen, wenn die Irische Republikanische Armee (IRA) für mindestens drei Monate ihre Waffen niedergelegt habe.

Je länger Sinn Féin und IRA mit ihrer Reaktion auf die Erklärung der beiden Regierungschefs John Major und Albert Reynolds von Mitte Dezember auf sich warten ließen, desto hektischer versuchten Dublin und Washington einen »Friedensprozeß« in Gang zu halten, auf den die britische Regierung allzu offensichtlich pfiff. Mit der Dezember-Erklärung sei alles gesagt, beantworteten die Londoner Regenten jeden Appell der Sinn Féin-Führung, die passagenweise überaus zweideutige Regierungserklärung doch bitteschön zu erläutern – Verhandlungen werde es erst geben, wenn die IRA ihren Kampf einstellt. Eine Amnestie für die politischen Gefangenen? Kommt nicht in Frage. Abzug der britischen Truppen? Vorerst nicht. Für einen Sitz am Verhandlungstisch, so das konservative Kabinett, das lange Zeit sehr wohl mit der IRA verhandelt hatte, müsse die IRA alles aufgeben, wofür sie in den letzten 25 Jahren gekämpft hat.

Die Quittung kam am letzten Februar-Wochenende auf dem Jahresparteitag von Sinn Féin im Dubliner Vorort Tallaght. Nach einer ausführlichen Mitgliederbefragung in allen irischen Provinzen und einem höchst komplizierten und langwierigen Diskussionsprozeß innerhalb der IRA, deren Freiwillige sich ja nicht einfach irgendwo versammeln können, lehnte der Parteitag das britisch-irische »Angebot« ab. Sinn Féin und IRA seien weiterhin verhandlungs- und kompromißbereit, erklärten die Parteivorsitzenden Adams und McGuinness; die IRA, welche seit Monaten auch nach dem Urteil britischer Militärs »nicht entsprechend ihrer Möglichkeiten operiert«, könne den Kampf »innerhalb einer Woche einstellen« – aber dazu bedürfe es einer klaren britischen Entscheidung. Die Briten dürften ihre Verantwortung für den Krieg in Nordirland nicht mit dem Gerede von Demokratie vernebeln, sie müßten vielmehr die nordirische Bevölkerungsmehrheit von der Notwendigkeit einer irischen Einigung überzeugen.

Seit sieben Jahren debattieren die Mitglieder von Sinn Féin über Möglichkeiten zur Beendigung eines Krieges, den keine Seite gewinnen kann. Die IRA, das geben britische Offiziere seit langem zu, ist militärisch nicht zu schlagen und derzeit bestens ausgerüstet; und auch die fünf- bis sechshundert Freiwilligen der IRA werden ihrerseits nie eine der stärksten und in der Guerillabekämpfung erfahrensten Armeen besiegen können. Der Krieg, den die britische Regierung in Nordirland führt, wird mit allen Finessen ausgetragen, die die britischen Militärs in der langen Kolonialgeschichte des Landes erlernten. Psychologische Kriegsführung, soziale Destabilisierung der Basis des Gegners, einheimische Hilfstruppen für das dreckige Geschäft.

Die IRA hatte sich 1970 hauptsächlich zu dem Zweck wieder bewaffnet, die nationalistische Bevölkerung vor den Pogromen der Protestanten zu schützen, eine Aufgabe, die sie in den letzten zwei Jahren wieder häufiger wahrnehmen mußte. Erst später kam mit der Erkenntnis, daß der Staat Nordirland nicht zu reformieren ist, der Kampfgegen die britische Besatzung. Schließlich war nicht der andere Bevölkerungsteil der Feind, sondern die britische Herrschaft, die Anfang der 20er Jahre einen Großteil Irlands aufgab, weil die irische Unabhängigkeitsbewegung und deren Armee, die IRA, zu stark geworden waren. Aber die britischen Imperialisten verzichteten damals nicht ganz auf ihre älteste Kolonie – sie teilten die Insel und schufen im Nordosten einen Kunststaat, dessen Grenzen so gezogen wurden, daß die dort vor Jahrhunderten zur Kontrolle der rebellischen Iren angesiedelten britischen Protestanten eine stabile Mehrheit bildeten. Ein halbes Jahrhundert lang beherrschte die protestantische Bourgeoisie ihren Einparteienstaat Nordirland nach Belieben. Wann immer sich protestantische und katholische Arbeiter oder Arbeitslose zusammenschlossen, und das geschah selten genug, beschworen die Fabrikherren, Großgrundbesitzer und Politiker die protestantische Volksgemeinschaft, malten den Teufel in Form des Papstes an die Wand und ließen auch mal eine Bombe explodieren, die sie dann der IRA zuschrieben. Auch heute noch kann die protestantische Oberschicht mit Leuten wie Ian Paisley und Parolen wie: »Jetzt hat Dublin das Sagen« und »Demnächst werden wir alle von Rom versklavt« die Armen in der Shankill Road und anderen Belfaster Slums

mobilisieren. Dort herrschen bei einer Arbeitslosigkeit von bis zu 70 Prozent inzwischen zwar ähnlich miserable Bedingungen wie in den nationalistischen Ghettos, aber ganz unberechtigt ist die Hoffnung nicht, daß Unternehmer eher anständigen Protestanten als dahergelaufenen »Feniern« (das britische Schimpfwort für die Iren) einen Job anbieten.

Zu Beginn der »Troubles« hatten katholische Republikaner und ein paar protestantische Linke noch versucht, diese Volksgemeinschaft aufzubrechen, und in der Shankill Road für den gemeinsamen Klassenkampf an Stelle des Gegensatzes der »Communities« geworben – aber sie kamen mit blutigen Nasen heim. Daß die Ängste und besonders die nicht unbegründete Sorge der protestantischen Bevölkerung vor der klerikal-reaktionären irischen Republik anzuerkennen sind, weiß Sinn Féin seit einiger Zeit. Auch deswegen haben Sinn Féin und IRA, die ebenfalls die Verhältnisse im Süden revolutionieren wollen (dort allerdings ausschließlich mit politischen Mitteln), immer wieder den Kontakt zu den Loyalisten gesucht. Alle Anstrengungen, eine gemeinsame Plattform zu finden, scheiterten aber an London, das die nordirischen Protestanten in ihrem Überlegensheitsgefühl bestärkte und ihnen ein Vetorecht einräumte. So lange Britannien bereit ist, die Kosten des Krieges zu tragen (und diese Bereitschaft ist unvermindert vorhanden), können Unionisten und Loyalisten getrost auf jede ernsthafte Auseinandersetzung über ihre Zukunft in einem einigen Irland verzichten – zu dieser Schlußfolgerung kam Sinn Féin in der mit der moderat-nationalistischen Social Democratic & Labour Party (SDLP) erarbeiteten Friedensinitiative, die der SDLP-Vorsitzende John Hume und Sinn Féin-Präsident Gerry Adams im Spätsommer 1993 bekannt gaben. Ihr Vorschlag böte nach allem, was man weiß, die Grundlage für eine dauerhafte Beilegung des Konflikts: Nachdem sich die britische und die irische Regierung auf ein Ende der Teilung Irlands verständigt haben, könnten alle Parteien und Gruppierungen auf dieser Grundlage über die Gestaltung eines neuen Irlands verhandeln, wobei den nordirischen Protestanten ein weitgehendes Mitsprache- und Vetorecht zugestanden würde; im Verlaufe dieser Verhandlungen würde dann auch eine umfassende Demilitarisierung Nordirlands erfolgen. In dem Dokument ist keine Rede mehr von einem Abzug der britischen Truppen innerhalb einer Legislaturperiode, wie es die IRA bisher gefordert hatte; die irische Einigung ist nach diesem Vorschlag nur noch ein Fernziel – ein großes Zugeständnis der republikanischen Bewegung.

Dublin reagierte wohlwollend auf die Adams-Hume-Initiative, London erst auf öffentlichen und internationalen Druck. Britannien habe »keine selbstsüchtigen, strategischen oder ökonomischen Interessen« an Nordirland, hatte schon 1992 der ehemalige Nordirland-Minister Peter Brooke erklärt. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat das mit Abhöranlagen gespickte Nordirland seine geopolitisch-strategische Bedeutung verloren und von ökonomisch-politischen Interessen kann seit längerem ohnehin keine Rede sein; die britische Regierung überweist derzeit jährlich zehn Milliarden Mark (die Stationierungskosten der Armee nicht eingerechnet) in eine »Provinz«, die sich dafür nicht einmal dankbar erweist: Alle Segnungen thatcherscher Sozialpolitik wurden dort bisher einhellig und von beiden Bevölkerungsteilen abgelehnt. Die »poll tax« beispielsweise, die die britische Bevölkerung in Aufruhr versetzte, wurde in Nordirland gar nicht erst eingeführt: Wer hätte es auch schon gewagt, etwa in der Falls Road von Haus zu Haus zu gehen, um die verhaßte Steuer zu kassieren?

Die Behauptung, Britannien verfolge keine ökonomischen Interessen, ist London abzunehmen: Britische Banken, Versicherungsgesellschaften, Medien und Industriekonzerne kontrollieren die Wirtschaft der Republik Irland in einem solchen Ausmaß, daß ihr Einfluß auch in einem Gesamtirland gewahrt wäre, in dem Sinn Féin mehr zu sagen hätte als heute. Durch diese Dominanz sind politische Befürchtungen hinfällig geworden, die das britische Bürgertum einst hegte und die in dem Argument gipfelten, man könne sich »kein zweites Kuba leisten« (Irland war während des zweiten Weltkriegs neutral geblieben und hatte selbst in den Hoch-Zeiten des Kalten Krieges keine Neigung gezeigt, der Nato beizutreten).

Gegen ein domestiziertes und nur nominal unabhängiges Irland hatten Britanniens Premiers noch nie etwas einzuwenden gehabt – schon Ende des letzten Jahrhunderts plädierten Konservative wie Liberale für »Homerule«, für eine eingeschränkte Souveränität der Nachbarinsel. Das in einem langem parlamentarischen Verfahren erst 1914 verabschiedete Homerule-Gesetz wurde jedoch nicht umgesetzt – der erste Weltkrieg kam dazwischen, in dem sich die widerspenstigen Iren einmal mehr als recht unzuverlässige Nachbarn erwiesen, und die Rebellion der nordirischen Protestanten, die sich zuhauf bewaffneten und drohten, für ihren Verbleib bei Britannien zu meutern. Ein wenig erinnert die heutige Situation an die damalige Lage – das große strategische Interesse an Irland ist kaum mehr da, wohl aber noch die vielfältigen politischen Verknüpfungen mit der nordirischen Mehrheit, die sich nicht so einfach abschütteln lassen. Margaret Thatcher wäre als einzige kühn genug gewesen, diese koloniale Verbindung zu kappen, sagte mir einmal Martin McGuinness, stellvertretender Parteivorsitzender von Sinn Féin, sie hätte einen Abzug der Briten, wenn sie gewollt hätte, zumindest durchsetzen können – im Gegensatz zur Labour Partei, ein in dieser Hinsicht »hoffnungsloser Fall«.

Nur auf internationalen Druck unterzeichnete Premierminister Major zusammen mit Ministerpräsident Reynolds Mitte Dezember die gemeinsame anglo-irische Erklärung: »Die britische Regierung stimmt zu, daß es allein dem Volk der Insel von Irland zusteht, in Übereinstimmung zwischen den beiden Teilen sein Recht auf Selbstbestimmung auf der Grundlage der freien und gleichzeitigen Zustimmung im Norden und Süden auszuüben, um ein vereintes Irland zu erreichen, wenn das sein Wunsch ist.« Ein Satz aus der Erklärung, der anfangs breiten Raum für Interpretation ließ: Entscheidet die gesamte irische Bevölkerung über eine Vereinigung oder hat die Bevölkerung in Nordirland separat darüber zu befinden?

Inzwischen ist klar, wer gemeint ist: Eine Einigung Irlands kommt nur mit Zustimmung der protestantischen Bevölkerungsmehrheit in Nordirland in Frage.

Nichts Neues also: Einmal mehr präsentierte sich die Londoner Regierung der Öffentlichkeit als neutrale Instanz, als Schlichter zwischen zwei offensichtlich verrückt gewordenen nordirischen Gruppierungen. Und wieder einmal weist sie der IRA die Schuld zu: Wenn diese nur ihren Kampf aufgebe, herrsche Friede; die Attentate der loyalistischen Paramilitärs seien nur eine Folge der republikanischen Kampagne. Sinn Féin reagierte »enttäuscht« auf das Null-Angebot aus London, die Basis der Partei, die seit letzten Mai die größte Fraktion im Belfaster Gemeinderat stellt, wütend. Im katholischen Westbelfast – dort, wo die täglichen Schikanen anhalten, wo der Armeehubschrauber kreist, wo die protestantische Polizei und britische Armeepatrouillen wahllos Leute verhaften und ins Verhörzentrum an der Castlereagh Road abschleppen, wo bei Hausdurchsuchungen gleich der Küchenboden aufgemeißelt wird, wo die Bevölkerung seit Jahrzehnten den Belagerungszustand aushalten muß und dementsprechend kriegsmüde ist – ausgerechnet dort ist die Empörung über die britische »Friedensinitiative« besonders groß. Unter den vielen Vertretern von Stadtteilkomitees, Sozialgruppen und Gemeinschaftsorganisationen, die von der »Sinn Féin-Friedenskommission« befragt wurden, plädierte kein einziger für eine positive Antwort auf die anglo-irische Erklärung.

Nach dem 15. Dezember 1993 spielten die Führungen von Sinn Féin und IRA auf Zeit, sie wollten die »Dynamik des Friedensprozesses« nutzen. Mit dieser Dynamik haben Gerry Adams und Martin McGuinness, die in den 70er Jahren mutmaßlich IRA-Brigaden anführten, die britische Regierung zu einer Stellungnahme gezwungen, die diese nur widerwillig abgab. Adams und McGuinness gehören zu jenen Republikanern, die die linke Wende in der republikanischen Bewegung durchsetzten und die jetzt die Pattsituation eines militärisch zwar erfolgreichen, politisch aber aussichtslosen Guerillakampfes durchbrechen wollen. Nur wenn London sich bereit zeige, den nordirischen Protestanten ein für alle mal klar zu machen, daß auch für sie kein Weg an einem einigen Irland vorbeiführe, könnten sie der IRA einen Waffenstillstand abringen. Ihre vorsichtigen Formulierungen deuten auf ein Dilemma derer hin, die nun wirklich ein Ende des Krieges wollen: Sie wollen keine Spaltung innerhalb der IRA. Es hat allzu viele Spaltungen in der Geschichte der irischen Freiheitsbewegung gegeben, die dann meist zu mörderischen Bürgerkriegen führten.

Während die republikanische Bewegung den Spagat versucht und Adams zumindest während seines New York-Aufenthalts als zum Staatsmann konvertierter »Terrorist« gefeiert wurde, holen die rabiat reaktionäre »Democratic Unionist Party« (DUP) von Ian Paisley und die mit ihr verbündeten loyalistischen Paramilitärs alte Ideen aus der Schublade. Sie interessiert nur ein Friede, der ihre Herrschaft über Nordirland wiederherstellt. Aufgeschreckt durch neue Umfragen, nach denen bis zum Jahre 2030 aus der katholischen Minderheit eine Bevölkerungsmehrheit werden könnte, und ständig besorgt, daß London sie »verraten« könnte, haben die Loyalisten im Januar einen alten Plan aus der Tasche gezogen. Nach diesem basteln sie an einer Redimensionierung ihrer »Provinz« Ulster – die rein nationalistischen Bezirke sollen der Republik überlassen werden, »mixed areas« würden »ethnisch gesäubert«, die gefangenen Nationalisten würden als Geiseln gehalten oder »nullifiziert«, und so könnte ein schönes protestantisches »Homeland« entstehen (die nordirischen Loyalisten unterhalten seit langem gute Beziehungen zu südafrikanischen Rassisten). Und die eher gemäßigte Partei der Ulster Unionisten (UUP) legte Ende Februar (einen Tag nach der Sinn Féin-Konferenz) ihr Konzept für eine Lösung des Nordirlandkonflikts vor: Eine gesetzgebende Versammlung, in der natürlich die Protestanten die Mehrheit haben (wg. Demokratie) und die in enger Zusammenarbeit mit London Nordirland regiert. Sinn Féin dürfe in dieser Versammlung nicht vertreten sein, da die Partei Gewalt nicht ablehne.

Und die irische Regierung, das fordern Ian Paisleys DUP und James Molineaux' UUP unisono, müsse erst einmal die Verfassungsartikel 2 und 3 aufgeben, in denen die irische Republik Anspruch auf die gesamte irische Insel erhebt. In Irland, wo die Geschichte der vielen Rebellionen, des Osteraufstandes 1916 und des Befreiungskampfes gegen die Briten (1917-1921) in Volksliedern, Büchern, Gedenkreden und bei jedem Drink im Pub fortlebt, wo die zwei staatstragenden Parteien aus einer Abspaltung von Sinn Féin entstanden waren, wo stets noch an das Elend unter dem 700jährigen Joch der britischen Besatzung erinnert wird – in diesem Irland würde die Mehrheit der Bevölkerung (so lästig ihr die Probleme des Nordens auch sind) einer einseitigen Aufgabe des Verfassungsanspruches kaum zustimmen. Da müßte Britannien schon etwas mehr bieten als nur eine Wiederholung altbekannter Statements.

Mit der in der Regierungserklärung formulierten Position, nach der die Mehrheit entscheiden soll in einem Staat, den die britische Regierung vor siebzig Jahren zugunsten der Protestanten abzirkelte, hat London den Unionisten wieder einmal das Vetorecht zugesichert, auf dem ihr Bewußtsein von der protestantischen Überlegenheit ruht: Sie entscheiden über die Zukunft Nordirlands, und sonst niemand. Das verspricht nichts Gutes: Immer dann, wenn sich die Unionisten der britischen Unterstützung sicher waren, gaben sie keinen Zentimeter nach und intensivierten ihre Angriffe auf die Minderheit in den Ghettos von Derry und Belfast: Die ersten Toten des Jahres 1994, zwei Katholiken, die nichts mit der IRA zu tun hatten, gingen auf das Konto der probritischen Loyalisten.

* Als »Republikaner« bezeichnen sich die militanten Verfechter einer sozialistischen irischen Republik auf der gesamten irischen Insel, u.a. Sinn Féin (sprich: Schinn Fen, das bedeutet: Wir selbst) und IRA. Die »Nationalisten«, der Großteil der katholischen Bevölkerung im Norden, vertreten dagegen eher gemäßigt das Ziel einer einigen irischen Nation. Auf der anderen Seite wollen die ausschließlich protestantischen »Unionisten« die Union mit Großbritannien beibehalten, während die »Loyalisten« ihre Loyalität zur Krone kämpfend unter Beweis stellen.

Pit Wuhrer schrieb in KONKRET 11/89 über den Versuch, die Schweizer Armee abzuschaffen

Konkret 04/94, S. 46

Kunst & Gewerbe

Fuchs & Wolf I

Das versammelte Akademikerproletariat der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena durfte Zeuge der Uraufführung einer Schmonzette Wolf Biermanns sein (und übers Feuilleton der »Zeit« anschließend auch der Rest der Republik), die dem Liedermacher den Emmerich-Kálmán-Preis einbringen wird. Denn auch er hat nun einen Kandidaten, einen bess'ren fand er nicht: »Die Bundesdeutschen hatten nach 1945 nur selten eine glückliche Hand bei der Wahl ihres Bundespräsidenten. Mein Kandidat könnte der dritte Glücksfall sein.« (Wer war der zweite? Und wo ist der Glücksfall?) »Darum ist die Diskussion um die Nachfolge des Herrn von Weizsäcker weder eitel noch Haschen nach Wind... Ja, ein Präsident, wie ich ihn mir wünsche, läuft längst lebendig rum in Deutschland. Man müßte ihn nur mit List und Liebe ins Amt locken.« Es folgte viel bewegter Wind – und endlich »Ach ja, der Name!: Das ist nun wieder ein Vorteil meines Kandidaten, denn ich muß seinen Namen nicht nennen. Er heißt Jürgen Fuchs.«

Fuchs, Jürgen Fuchs. Richtig. Fast hätten wir denNamen des Profidissidenten und -denunzianten vergessen, derzuletzt aufgefallen war, alser Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gelesen hatte und danach das großdeutsche Publikum mit der ultimativen Schweinerei bediente: Als allenthalben von den »sechs Millionen Stasiopfern« die Rede war, fügte Fuchs die unvermeidliche Assoziation bei: »unglaubliche Gewalttätigkeit« habe er in den Archiven gefunden, »Aktenberge, Auschwitz in den Seelen.«

Jürgen Fuchs. Das ist noch ein viel besserer Glücksfall als Heitmann.

Fuchs & Wolf II

Und damit man nicht denkt, er habe sich besonnen, tritt Jürgen »Glücksfall« Fuchs gleich als Unterschriftsteller auf. Man wird sich erinnern: Der sächsische Umweltminister Arnold Vaatz (CDU) hatte die seiner Meinung nach »faschistische« Hetze der Kabarettisten Scheibner und Rogler gegen den damaligen Präsidentschaftskandidaten Heitmann zum Anlaß genommen, in bundesweiten Postwurfsendungen an Rundfunkräte und Bischöfe, an Abgeordnete aller Klassen und Stände, an die Gremien der einschlägigen Anstalten und an Presseerzeugnisse jeglicher Art die Entlassung aller beteiligten Intendanten, Chefredakteure sowie der beiden Kabarettisten zu fordern. Prominente Unterstützer sollten den Programmbeschwerden Nachdruck verleihen. Allein 55 Bundestagsabgeordnete, vor allem der CDU/CSU, solidarisieren sich mit der Vaatz-Kritik, darunter Bundesfrauenministerin Angela Merkel und der ehemalige Fraktionschef Alfred Dregger.

Zustimmung signalisieren unterdessen auch die Schriftsteller Wolf Biermann, Reiner Kunze und: Jürgen Fuchs. Damit zusammenwachse, was zusammengehört.

Vergangenheitsbewältigung I

Der in England aufgewachsene Japaner Kazuo Ishiguro hat vor einiger Zeit den Roman *Was vom Tage übrigblieb* vorgelegt, der jetzt unter demselben Titel von James Ivory mit Anthony Hopkins in der Hauptrolle verfilmt wurde. Zur Deutschlandpremiere faßt in der »Frankfurter Allgemeinen« Paul Ingenday das Buch zusammen: Der Ich-Erzähler, Butler im Hause des Lord Darlington, blicke darin zurück »auf die Ereignisse der dreißiger Jahre, in denen Lord Darlington, sein Herr, auf dessen Landsitz heimliche Treffen zwischen deutschen und englischen Politikern arrangierte. Das Ziel war es«, so referiert Ingenday den Roman, »mit dem parlamentarischen Unfug und den lästigen demokratischen Verfahren Schluß zu machen. Das Ziel war ein faschistischer Staat auf englischem Boden.« Der Butler, so erfahren wir aus der »FAZ«, interessiere sich nicht für die politischen Ambitionen seines Herrn und fühle auch keine Scham wegen der Kündigung zweier jüdischer Dienstmädchen, die er auf dessen Befehl auszuführen hatte: »Zu wissen ist nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist es, zu dienen«, mit diesen Worten zitiert die »FAZ« den Butler. »Politische Schuld im falsch verstandenen Pflichtbewußtsein« – dies sei das zentrale Thema des Romans.

Deshalb, so Paul Ingenday weiter, sei das Buch »eminent politisch«. Doch nicht nur das. Das wichtigste ist, man ahnt es schon beinahe: Der Roman über den gewissenlosen Diener eines Nazikollaborateurs und aktiven Faschisten »ist vermutlich der spannendste Stasi-Verstrickungs-Roman, den es je geben wird«.

Weit spannender noch als der berühmte Stasi-Verstrickungs-Roman *Das siebte Kreuz*. Von dem Stasi-Verstrickungs-Sachbuch *Die Vernichtung der europäischen Juden* ganz zu schweigen.

Vergangenheitsbewältigung II

Seit einiger Zeit taucht an so ehrenwerten Plätzen wie der samstäglichen Tiefdruckbeilage »Bilder und Zeiten« der »FAZ« und der »Geistigen Welt« der »Welt« eine Figur auf, die die Verantwortlichen für diese Seiten noch vor nicht allzu langer Zeit nicht mit spitzen Fingern angefaßt hätten, deren Dienste sie allerdings gerne in Anspruch nehmen, nun da sie zum waschechten Denunzianten gereift ist. So durfte diese Figur auf einer ganzen »FAZ«-Seite die originelle These erläutern, daß der Antifaschismus eine kommunistische Mogelpackung sei, und auf einer weiteren, daß die 68er überhaupt nichts Gutes, sondern bloß die antiautoritäre Erziehung und die sexuelle Libertinage über uns gebracht hätten.

Vor allem letztere Erkenntnis entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn nicht von Peter Schütt ist diesmal die Rede. Der Verfasser der »FAZ«-Artikel war vielmehr Klaus Rainer Röhl, 65, der aus der sexuellen Revolution immerhin einen erheblichen Extraprofit gezogen hatte. Röhl, der sich in den fünfziger Jahren das alte »Konkret« unter den Nagel gerissen hatte, machte es in den sechziger Jahren zu dem Magazin, das Nacktfotos zeigte, die sich damals noch nicht einmal der »Playboy« getraute. Er ritt das alte »Konkret« dann in den Siebzigern in den Konkurs und produzierte mit dem Magazin »Das da«, das demselben Titten-plus-Politik-Konzept folgte, weiter Erfolglosigkeit. In den Jahren danach war Röhl hauptsächlich mit der Herstellung von Wichsvorlagen befaßt. Sein Geschäftsgebaren, so hört man, sei bei dieser verlegerischen Tätigkeit zwar nicht fein, aber doch immerhin profitabel gewesen.

Röhls Heimkehr in die ehrenwerte Gesellschaft begann 1988 an der Freien Universität Berlin, wo er sich erneut einschrieb, um zu promovieren. Das Thema und den Doktorvater finden war eins: Röhl wählte die Lieblingsthese seines Betreuers Ernst Nolte, daß die Kommunisten die eigentlichen Nazis gewesen seien; die Arbeit schloß er im August 1992 ab (Klaus Rainer Röhl: *Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streit von 1932.* Berlin 1993). Damit war die Reinigung abgeschlossen. Röhl, der nun in der Clique um den Nolte-Schüler Rainer Zitelmann seine neue Heimat gefunden hat und seitdem auch noch als »Welt«-Autor nervt, machte sich nun ans Denunziantenwerk.

Unter anderem schrieb Röhl an den »Zeit«-Herausgeber Helmut Schmidt, um ihn vor dem KONKRET-Autor Otto Köhler zu warnen. Köhler hatte die Versetzung von Zitelmann in die Redaktion der »Welt« zum Anlaß genommen, in der »Zeit« über dessen Geschichtsrevisionismus aufzuklären. Für Röhl ein »Stück poststalinistischer Denunziantenprosa«, um so schlimmer, als es zuvor bereits »in der mehr oder weniger unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden poststalinistischen Postille des Herrn Gremliza abgedruckt worden war«.

Wenn dieser Lebenslauf nicht Stoff für einen weiteren Stasi-Verstrickungs-Roman ist.

Ich wollte, die Bewohner der Ostzonen-Republik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, daß der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht.
Konrad Adenauer, 1950

Konkret 04/94, S. 48

Günter Kolodziej

Von letzten Dingen

Als »Sternstunde des Parlaments« wurde sie gefeiert – eine Manifestation volksgemeinschaftlichen Stumpfsinns ist sie gewesen: die Entscheidung des deutschen Bundestages, Christo die Verpackung des Reichstagsgebäudes zu gestatten

Im Mai nächsten Jahres wird Christo Javacheff, Künstler von Beruf, den Nachweis antreten, daß sich, vorausgesetzt man verfügt über genügend Stoff und Schnüre, selbst ein irre großes Gebäude wie der Berliner Reichstag vollständig verhüllen läßt. Schätzungsweise eine halbe Million Touristen werden weder Mühen noch Kosten scheuen, um sinnlich zu erfahren, daß ein verpacktes Gebäude tatsächlich ganz anders aussieht als ein unverpacktes – und sich unter sachkundiger Anleitung feinsinniger Geister ihren Teil dazu denken.

Möglich wird die Verhüllungs-Nummer durch die mehrheitliche Entscheidung des Bundestages, der dem »Wrapped Reichstag« genannten Projekt nach kontroverser Diskussion und in namentlicher Abstimmung, einem Verfahren also, daß den wirklich bedeutenden Fragen vorbehalten ist, seinen hoheitlichen Segen gab. Die Erwartungen der intellektuellen Schickeria an die Abgeordneten waren hoch. Im »Freitag« wurden vor der entscheidenden Plenarsitzung kultivierte Forderungen erhoben. »Demokratie durch Ästhetik«, kann sie gelingen? Ist gar eine »sinnliche Inbesitznahme sozialer Räume« in Anlehnung an Oskar Negt möglich? Oder setzen sich am Ende doch wieder jene durch, die »auf einer vormodernen politischen Symbolik in Gestalt unangetasteter Würde des Berliner Sakralbaus« beharren? Bange Fragen, die allesamt zufriedenstellend beantwortet werden konnten. Die »Frankfurter Rundschau« sparte am Tag danach nicht mit Lob. »Die Abgeordneten«, schrieb sie, die Christo »seine Kunst-Arbeit durch ihr Votum ermöglichten, können darauf stolz sein.« Nicht nur darauf. Alle Beteiligten, Gegner wie Befürworter des wahrnehmungsästhetischen Unfugs, um den es gar nicht ging, legten Ehre ein für die Nation und schafften es, die Debatte unter Verwendung von durchweg lachhaften Argumenten zu einer bitterernsten Angelegenheit zu machen.

Die schlichteren Gemüter unter den Volksvertretern begnügten sich damit, zu Protokoll zu geben, daß sie bei aller Liebe überhaupt nicht verstehen könnten, was der ganze Scheiß überhaupt soll. Der Abgeordnete Bierling (CDU/CSU) sah sich, natürlich ohne die Bedeutung von Kunst und Kultur für das Leben einer Nation unterbewerten zu wollen, gleichwohl »veranlaßt zu erklären: Meinen Wählern im sächsischen Wahlkreis Meißen-Riesa-Großenhain kann und will ich nicht den Aufwand erklären, den das deutsche Parlament für den Streit um die Reichstagsverhüllung des Herrn Christo betreibt, während für meine Wähler existentiell bedeutsame Fragen noch offen sind.« Da war er aber mit dem Abgeordneten Conradi (SPD) gerade an den Richtigen geraten. Der heuchelte zunächst Verständnis für seinen Kollegen. »Ich verstehe, daß einige von uns Sorge, ja Angst vor den Wählern haben, sie könnten diese Aktion mißverstehen«, nur um ihm gleich anschließend zu attestieren, es sich reichlich einfach zu machen. »Doch es liegt an uns selbst, den Menschen diese Aktion zu erklären ...« Genau. »Hier ist Mut gefragt, nicht Kleinmut.« So richtig warm geworden erklärte Conradi den kleinmütigen Zweiflern in Meißen-Riesa-Großenhain, daß sie nun wirklich keinen Grund zum Meckern haben. »Drittens. Christos Umhüllung des Reichstagsgebäudes kostet den Steuerzahler nichts.« Und noch etwas, meine Damen und Herren. »Das Projekt schafft ja Arbeit. Der Stoff muß gewebt werden, die Bahnen werden genäht, Bauarbeiter, Studenten, sogar Alpinisten werden dort beschäftigt.«

Der Wucht seiner Argumentation mochte sich denn auch Martin Grüner (F.D.P.) nicht verweigern. Als Mensch und Liberaler weiß er zwar nicht so recht, dafür aber war er »als Wirtschafts- und Finanzpolitiker« umso beeindruckter, »daß Christo und seine Frau Jeanne Claude die gesamten Kosten dieses Projektes mit eigenen Mitteln finanzieren«. Da können sich vor allem die Ossis, die sich immer noch ängstlich nach dem »Versorgungsstaat« sehnen, mal eine Scheibe abschneiden.

Nachdem der Wähler in seiner Funktion als Steuerzahler und Arbeitnehmer so rundum ruhiggestellt werden konnte, entschwebten die Verhüllungsbefürworter sturzzufrieden in höhere Sphären. Wiederum Peter Conradi, dem als gelerntem Architekten künstlerisches Blut durch die Adern fließt, blieb es vorbehalten, das Hohe Haus einzustimmen. »Es gibt die letzten Dinge; über die letzten Dinge kann kein Parlament mit Mehrheit entscheiden. Es gibt die vorletzten Dinge, über die wir hier mit Mehrheit verbindlich für alle entscheiden. Das ist Demokratie. Über Kunst kann nicht mit Mehrheit entschieden werden; sie gehört zum Bereich des Unabstimmbaren.« Der Satz macht zwar vorne und hinten keinen Sinn und ist überdies sachlich falsch – kein Parlament läßt es sich nehmen, über so süße »letzte Dinge« wie Krieg und Frieden zu bestimmen – , vermittelt aber den wohltuenden Eindruck, daß einer, wo so schwere Sachen erzählen kann, sich ernsthaft in die Materie eingearbeitet hat. Das Protokoll vermerkte denn auch völlig zurecht Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. sowie Abgeordneten der PDS/Linke Liste. Apropos Materie. Die von Christo verwendete ist ersten recycelbar, was für MdB Birgit Homburger (F.D.P.) neben den zu erwartenden Touristendollars letztendlich den Ausschlag für ihre »Ja-Stimme« gegeben hat, und zweitens wunderhübsch, wie der Abgeordnete Heribert Scharrenbroich (CDU/CSU) authentisch zu vermelden wußte. »Man muß sich einmal vorstellen, wie dieses Gebäude nach der Verhüllung im Licht erscheint. ... Ich nehme mir die Freiheit, Ihnen einmal das Material zu zeigen. Mit dem Material, das ich hier in der Hand habe – es ist

durchsichtig – wird das Gebäude in einer sehr würdigen Form verhüllt werden. Ich lasse es auch gerne gleich einmal rundgehen, damit sie es anfassen können.«

Alle, die nach diesem kurzen Abstecher in die naive Rezeptionsästhetik immer noch ausharrten, wurden belohnt durch eine eindrucksvolle sozialdemokratische Präsentation des höheren Blödsinns. Dadurch daß Christo den Reichstag nämlich zunächst verhüllt, verschafft er dem geneigten Betrachter gewaltig viel »Erkenntnis durch Verfremdung«, und dadurch daß er ihn anschließend wieder enthüllt, bringt er ihm »das Element des Zeitlichen, des Vergänglichen« ins Bewußtsein. Konrad Weiß, Grüner, Regisseur, einziger Ex-DDR-Widerstandskämpfer ohne Stasi-Akte, mochte da nicht zurückstehen. »Die Verhüllung ist Erinnerungsarbeit. Nichts anderes kann unsere Auseinandersetzung mit der Geschichte doch sein: daß wir uns ein Bild machen von dem, was sich unter den Ablagerungen der Zeit an gewesener Wirklichkeit bietet.« Gemessen am Faschismus und vor allem der DDR haben die Bürger es mit der BRD wirklich gut getroffen und sind, wenn sie das geschnallt haben, reif für den nächsten Schritt. »Die Enthüllung schließlich ist das Symbol für die Wiedergeburt der Demokratie.« Leider verweigerten ihm Christos Gegner den fälligen Dank. Sie wurden grundsätzlich.

Dieser Christo, das ist doch wohl ein Ausländer. Was hat der dann eigentlich hier zu suchen? Warum bitteschön verschandelt er nicht die Gegend bei sich zu Hause, sondern bei uns?, fragte sich und alle anderen mit großem rhetorischen Geschick der Abgeordnete Koschyk (CDU/CSU). »Vielleicht versucht sich der amerikanisch-bulgarische Künstler zunächst am Kapitol oder am Parlament in Sofia.« Tut er natürlich nicht, feige wie er ist, weil er genau weiß, »dann würde ein Sturm der öffentlichen Entrüstung ihn und sein Projekt hinwegfegen«, was Burkhard Hirsch (F.D.P.), tief in seinem Herzen auch für durchaus angemessen hält.

Der Gedanke, daß einem Ausländer nicht über den Weg zu trauen ist, wurde auch von den Befürwortern seiner Aktion im Grundsatz geteilt. Deshalb haben sie sich den Burschen sorgsam zur Brust genommen. Nach genauer Prüfung konnte Entwarnung gegeben werden. Stolz verkündeten sie, daß eine sofortige Abschiebung nicht erforderlich ist. »Und es ist auch nicht wahr, daß Christo etwa leichtfertig mit einer deutschen Stätte umgehen würde. Wer sich mit ihm unterhalten hat, der weiß, daß er sich sehr wohl der Bedeutung des Ortes bewußt ist, daß er auch die Tragik dieses Bauwerkes erfaßt hat, das ›dem deutschen Volk‹ gewidmet ist, und daß er sensibel mit dem Gebäude umgehen wird« (Manfred Richter F.D.P.). Für einen gebürtigen Bulgaren eine durchaus erstaunlich feinfühlige Leistung. Trotzdem, ein Ausländer ist nun mal kein Inländer und die »Selbstachtung der Deutschen«, die sich im unveräußerlichen Menschenrecht auf die angemessene »Würde ihrer nationalen Gebäude« (MdB Koschyk CDU/CSU) niederschlägt, kann nun mal naturgemäß nicht sein Anliegen sein. Vielleicht, Wolfgang Schäuble ließ sich nicht beirren, soll hier doch einer »Ironie im Umgang mit Geschichte« Vorschub geleistet werden. Diesem fürchterlichen Verdacht trat unerschrocken und wortgewaltig der grüne Experte für ein intaktes Nationalbewußtsein entgegen. »Der Reichstag wird durch Christos Verhüllung nicht entweiht, er wird geadelt.« Gottseidank. Schindluder mit nationalen Symbolen lassen die Grünen am allerwenigsten zu. »Die Verhüllung ist keine Entwürdigung. Sie ist Ausdruck der Ehrfurcht und schafft Freiraum für die Besinnung auf das Wesentliche« (Konrad Weiß, Bündnis 90/Grüne). Und das Wesentliche besteht halt ausschließlich in der Frage, ob die ganze Sache Deutschland nun eher nützt oder eher schadet.

Sie nützt, riefen erneut die Befürworter und warfen den letzten Rest von Scham über Bord. »Ein sanftes Zeichen wird es sein in einer Zeit, in der die Bilder von Gewalt geprägt sind. Wenn die Bilder vom umhüllten Reichstag im Fernsehen um die Welt gehen, werden das andere, bessere, friedlichere Bilder von Deutschland sein als die Bilder der Gewalt von Rostock, Mölln, Solingen und Hoyerswerda« (Conradi SPD). Das ist gelungen. Wenn die im Ausland uns reinlegen wollen, indem sie unseren Reichstag entweihen, legen wir sie eben umgekehrt auch rein und gaukeln ihnen ein sanftes Deutschland vor. Eine schöne Aufrechnung. Was sind schon ein Dutzend ermorderter Türken gegen die ästhetische Präsentation von 100.000qm Stoff, zumal die den Steuerzahler keinen Pfennig kostet.

Schäuble, der trotzdem verbissen daran festhielt, daß die Opfer, die er im Namen der Weltmacht BRD der Volksgemeinschaft auch künftig abzuverlangen gedenkt, keine noch so harmlose Relativierung des staatlichen Machtanspruchs vertragen, verlor die Abstimmung. Was er sagte, verdient dennoch Erwähnung. Schon deshalb, weil die öffentlich artikulierte Kritik an der Form seiner Argumentation – übertriebenes Pathos – den Konsens bezüglich des Inhalts seiner Worte unterstellt. »Die Menschen in unserem Land müssen heute vieles an Veränderungen und an Verunsicherungen hinnehmen. Sie müssen ... Belastungen ... sie müssen Einschnitte hinnehmen ... Sie sehen sich neuen und zusätzlichen Gefahren ausgesetzt, im Inneren wie von außen her, und in dieser Situation müssen wir den inneren Zusammenhalt unserer freiheitlichen staatlichen Gemeinschaft stärken. Wir müssen uns der Grundlage unserer Gemeinschaft, unseres Fundaments gemeinsamer Werte, auch unserer nationalen Identität neu vergewissern. Wir brauchen diesen Zusammenhalt als Klammer für die Kräfte, die auch angesichts enger werdender Verteilungsspielräume eher auseinanderstreben, statt zusammenzufinden.«

Ein Staat, so lautet Schäubles Sorge, der private Manipulationen an seinen nationalen Symbolen zuläßt, darf sich nicht wundern, wenn ihm das Volk, dann, wenn’s richtig ernst wird, von der Fahne geht. Im übertragenen wie im buchstäblichen Sinn.

Günter Kolodziej schrieb in KONKRET 2/94 über den CDU-Generalsekretär Hintze

Konkret 04/94, S. 50

Gunter Blank

Beinhart Sucks

Der Krimiautor Larry Beinhart fühlt sich zu Höherem berufen. In seinem neuen Roman »American Hero« bedient er das sich kritisch wähnende Publikum mit Verschwörungstheoretischem und Medienkritischem zum Golfkrieg

»Der Krieg begann mit Luftbildern vom Bombardement Bagdads; er endete mit einem schwarzen amerikanischen Soldaten, der einem irakischen Kriegsgefangenen versichert, er sei in Sicherheit, alles sei in Ordnung. Der Krieg war von Anfang bis Ende eine fürs Fernsehen produzierte Geschichte.«
Stephen R. Gaubard: *Mr. Bush's War. Adventure in the Politics of Illusion*

Auf den ersten Blick erscheint die Idee brillant: Der Golfkrieg als mediale Inszenierung mit dem Ziel, die Wiederwahl des abgehalfterten George Bush zu sichern. Der US-amerikanische Krimiautor Larry Beinhart, der schon immer an der Schnittstelle von kleinen und großen Leuten entlanggeschrieben hat, hat das scheinbar Offensichtliche aufgegriffen und zu einem Thriller verarbeitet, in dem ein kleiner Schnüffler ein großes Komplott aufdeckt.

Der klassische Weltschmerz des Detektivromans, kombiniert mit dem Kulturpessimismus Postmanscher Prägung, zusammengehalten von einer jener Verschwörungstheorien, die seit Oliver Stones JFK-Verfilmung zum Aushängeschild liberaler Gesellschaftskritik avanciert sind – selten hat ein Roman das Bedürfnis nach Aufklärung eines von Kriegen und Kabelfernsehen verstörten Publikums so präzise bedient wie *American Hero*. Zumal es Beinhart mühelos schafft, auf 576 Seiten gerade so viel irritierende Ironie zu plazieren, daß ein kritischer Kopf sich hilfsweise mit der Ansicht trösten kann, der Autor habe sich einen Scherz erlaubt.

Der Erfolg scheint also vorprogrammiert. Gleich zweimal betont der Verlag im Klappentext, daß »*American Hero* nicht nur ein hochspannender Thriller ist, sondern ernsthafte Zweifel am offiziellen Bild des Golfkriegs aufwirft«. Das Reizwort Golfkrieg reichte allein schon aus, die deutschen Medien zu sensibilisieren. Deshalb kann man es dem Verlag nicht übelnehmen, daß er versucht, sein Produkt so zu promoten, daß selbst KONKRET darauf einsteigt. Allein, *American Hero* ist weder hochspannend, noch übersteigen die aufgeworfenen Zweifel das Maß an Irritation, das an guten Tagen auch das Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen« zu verbreiten vermag. Im günstigsten Fall handelt es sich um eine akribische Fleißarbeit, mit der Beinhart die Kriegspropaganda des zwanzigsten Jahrhunderts mit der TV-Berichterstattung über den Golfkrieg abgleicht, um seinen keinesfalls originellen Gedanken empirisch zu belegen. Beinhart bedient sich dazu der Figur des Starregisseurs Lincoln Beagle, der im Auftrag des Weißen Hauses – genauer gesagt eines Hollywood-Agenten in der Rolle von Oliver North – das Drehbuch eines Krieges entwickelt, mit dem die Wiederwahl von George Bush gesichert werden soll. Beagle – vor einer gigantischen Videowand sitzend – wertet Tausende von Kriegsfilmen auf ihren propagandistischen Unterhaltungswert aus, um daraus ein Szenario für die fernsehgerechte Durchführung der Kriegshandlungen zu entwickeln.

Diese Passagen zeichnen sich durch eine amüsante Logik aus, die sich recht gefällig aufzudrängen weiß. Die Option für einen Wüstenkrieg mit der Begründung, die schwüle Feuchtigkeit Vietnams hätte im puritanischen – auf Hygiene bedachten – Amerika unangenehme sexuelle Assoziationen evoziert, und damit die Identifikation mit der Truppe von Anfang an unterminiert, erscheint in einem Land, in dem Tampons parfümiert werden, geradezu zwingend. Und auch wenn es ums Detail geht, kann Beinhart mit verblüffenden Analogien aufwarten, etwa wenn Beagle auf eine Szene aus dem Film »Ohne Rücksicht auf Verluste« stößt, die die Philosophie des chirugischen Eingriffs vorwegnimmt, der an Saddam Husseins vermeintlichem Hauptquartier schließlich mediengerecht durchgeführt wurde:

»›Wenn ich mir das Ziel ansehe, sehe ich Menschen, Frauen und Kinder. Diese Briefe...‹ Sie sind von seiner Ma. ›Sie sagt, ich mache mich zum Mörder.‹ Aber der Kaplan erklärt: ›Die Ziele des Feindes sind überall. Aber deine Ziele sind klar und begrenzt. Keine Frauen und Kinder... Deshalb werden amerikanische Bombenschützen so ausgebildet, daß sie das Ziel treffen.‹ Der Junge glaubt ihm. Sein Gewissen ist rein. Er kann weiter Bomben abwerfen. Was er tut. Der Höhepunkt des Films ist ihr Anflug auf eine japanische Munitionsfabrik.

Besatzungsmitglied: ›Wirf eine in den Schornstein.‹

Bombenschütze: ›In welchen?‹

Besatzungsmitglied: ›Den in der Mitte.‹

Bombenschütze: ›Das ist einfach.‹«

Immerhin kann Beinhart als Verdienst angerechnet werden, die seiner Fiktionalisierung zugrunde liegenden Fakten und Einsichten aus der Anonymität der Bibliotheken ins öffentliche Bewußtsein zurückgerufen zu haben, nur daß er das dazu verwendete Vehikel – die Form des Detektivromans – nicht besser beherrscht als die US-Airforce den chirurgischen Eingriff. Er scheint aber zu hoffen, daß sein Dilettantismus ebenso folgenlos bleibt wie die nachgereichte Meldung

folgenlos blieb, daß es mit der Treffgenauigkeit der Airforce doch nicht so weit her war, wie die Videobilder aus dem Bug des Bombers glauben machen sollten.

Anstatt Beagle zur Hauptfigur zu machen, und dem Ganzen seinen Lauf zu lassen, erfindet Beinhart einen zweiten Handlungsstrang, in dem ein Privatdetektiv namens Joe Brosz im Auftrag einer kaltgestellten Hollywood-Diva Beagle hinterherschnüffelt und so Schritt für Schritt das Komplott entwirrt, das bereits im Beisein des Lesers geschmiedet wurde. Dabei treten die altbekannten Schwächen Beinharts zu Tage, die schon die Lektüre seiner vorherigen Romane zur Tortur geraten ließen. Die Kunst des knappen Dialogs ist ebenso wenig seine Stärke, wie die Fähigkeit, die Dramatik einer Actionsequenz einzufangen.

Das beste an Beinharts Büchern waren denn auch stets die Fremdzitate, die er höherer literarischer Weihen wegen über seine Romane verteilte. Begnügte er sich in seinem Debüt *Kein Trip für Cassella* noch auf Zitate aus Kenneth Patchens Gedicht »He Was Alone«, bemüht er in *Zahltag für Cassella* bereits die halbe Literaturgeschichte von Cyrano de Bergerac bis Mark Twain. Schon da machte sich der Anspruch des Autors bemerkbar, mehr sein zu wollen als nur ein Krimiautor, was zu der fatalen Konsequenz führte, daß Beinhart im Vergleich zu Autoren, die sich auf das beschränken, was sie können, regelmäßig den Kürzeren zieht. Man braucht nur die »Faith« übertitelte Fundamentalistenepisode aus *Zahltag für Cassella* mit Carl Hiaasens Studie eines durchgeknallten TV-Evangelisten in *Double Whammy* zu vergleichen, um festzustellen, daß sich hinter Beinharts scheinbar souveräner Überhöhung wenig mehr verbirgt, als die besserwisserische Blasiertheit des New Yorkers, der nie über die Verballhornung seines Gegenstands hinauskommt.

Offenbar reichte diese naiv-ironische Mischung von weltläufiger Denunziation und Weltschmerz-With-Attitude aus, daß Beinhart sich hierzulande als Konsensautor etablieren konnte, weil er einerseits abgedreht genug wirkt, um von Thompson- und Ellroy-Fans akzeptiert zu werden, andererseits aber auch ausladend episch genug, um die Leser von Ruth Rendell und John Grisham nicht über Gebühr zu verstören.

(Und komme jetzt keiner mit der Dekonstruktion der Detektivfigur, das überlasse er bitteschön den Franzosen, denen sitzt das gewissermaßen in den Genen.)

Konnte man bis dahin über Beinharts Attitude-Problem gelassen hinweggehen, wird sie in *American Hero* endgültig zum Ärgernis. Inzwischen liefert er nicht mehr nur einem aufgeklärt-kritisch sich dünkenden Publikum das Klischee der Südstaaten-Bigotterie, sondern stattet seine Klientel mit genau dem Horrorszenario einer medialen Verschwörung aus, die ihrer Sitzeckenrevolte gegen alles Digitalisierte die Weihen radikaldemokratischen Widerstands verleiht.

In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift »Heaven Sent« denkt das hierzulande unbekannte, aber nichtsdestoweniger Aufmerksamkeit verdienende kanadische Wissenschaftler-Künstler-Ehepaar Kroker in einem anderen Zusammenhang die Auswirkungen der Verschwörungstheorie da weiter, wo sich Beinhart gar nicht erst hintraut: »Ich glaube an alle Verschwörungstheorien. Das ist in Amerika die einzige Quelle, die noch seriöse politische Informationen in Umlauf bringt... Die Verschwörung ist sowohl Entertainment als auch kritische Theorie, worin ein Stück Widerstand verborgen ist. Beide Aspekte zusammen machen es zu einem derart verführerischen Genre, das an seiner Neutralität scheitern wird, nun, da es die Marginalität verläßt und Teil der Medienlandschaft wird. So wird dieser Theorie alle Ambivalenz genommen und sie nimmt religiöse Züge an. Nach einiger Zeit haben einen die Verschwörungen im Griff, ohne zum Handeln zu bewegen. Das Verschwörungsgenre wird Teil der retrofaschistischen Programme, ... die dem Publikum eine Verschwörung zuteil werden lassen, die letztendlich als Witz gegen es selbst gerichtet sind.«

Damit dürften sie auch im Fall von *American Hero* richtig liegen, und es steht zu befürchten, daß wenigstens das deutsche Publikum mal wieder nicht erkennt, wenn es verlacht wird und die Forderung nach gesetzlicher Regelung der Medienmanipulation aufs Bettlaken stickt, statt den Anspruch zu begraben, die Herrschenden hätten bei der Unterdrückung der Beherrschten gefälligst nur solche Techniken zur Anwendung zu bringen, die dem gemeinen Lichterkettenglied geläufig sind.

Larry Beinhart: American Hero. Roman. Aus dem Amerikanischen von Jürgen Bürger und Peter Torberg. Kiepenheuer & Witsch 1994, 576 Seiten, 45 Mark. Beinharts Cassella-Krimis sind im Rowohlt Taschenbuchverlag erschienen.

Gunter Blank schrieb in KONKRET 1/94 über Basketball

Konkret 04/94, S. 52

Walter Boehlich

Die größere Hoffnung

»Le Sacre du printemps«, der vorletzte Roman des kubanischen Dichters Alejo Carpentier, handelt von der Hoffnung im zwanzigsten Jahrhundert und endet rechtzeitig vor ihrer Enttäuschung

Alejo Carpentiers vorletzter Roman ist dem deutschen Lesepublikum als letzter bekanntgemacht worden, mit fünfzehnjähriger Verspätung, woraus man schließen kann, daß es Widerstände gegen dieses Buch gegeben hat – oder daß dieses Buch durch seinen Umfang, durch die Schwierigkeiten, die es dem Übersetzer bereitete, selbst Widerstand geleistet hat, von dem Unbehagen, das seine Feier der kubanischen Revolution manchen schon immer bereitete, einmal abgesehen. Diesen Roman, der eine politische Absicht hat, zu lesen, als wäre er nichts als ein Werk des Kunstverstandes, ist ausgeschlossen und von seinem Autor nicht gewollt.

Wie soll man ihn dann lesen? Kaum so, als sei er vor allem eine wenig verschlüsselte Autobiographie, durch die Carpentier seine persönliche politische Entwicklung in einen größeren, fast universalen Zusammenhang hätte stellen wollen, um ein eben auch privates Verhalten als ein geschichtlich notwendiges erscheinen zu lassen. Und zwar deshalb nicht, weil zwar die eine der beiden Hauptfiguren, die männliche, einige Eigenschaften mit Carpentier teilen mag, aber ein durchaus anderes Leben lebt, tut, was Carpentier nicht getan hat, und wenigstens zweimal kämpft, wo Carpentier nicht gekämpft hat: im Spanischen Bürgerkrieg und zwanzig Jahre später in der Schlacht an der Schweinebucht.

Also bleibt wohl nichts, als ihn als Roman zu lesen, auch als politischen Roman, aber eben doch so sehr Roman, daß er sich nicht mit dem beliebten Argument, Castros Kuba sei am Ende und der Kommunismus sowieso erledigt, als von der Entwicklung überholt, durch die Geschichte widerlegt beiseite tun läßt. Romane lassen sich nicht widerlegen, so wenig wie Hoffnungen oder Utopien, auch wenn es falsche Hoffnungen und nicht verwirklichte Utopien waren.

Den ersten Schlüssel zum Verstehen liefert der mehrdeutige Titel, der im Deutschen *Le Sacre du printemps* heißt, halb zu Recht und halb zu Unrecht. Die andere Hauptfigur, die weibliche, verfolgt in der Tat vom Beginn bis zum Ende vor allem ein Ziel: Strawinskys Ballett aufzuführen, aber das ist nicht alles. Dieses Ziel und sein endliches Erreichen korrespondiert mit dem Ziel der Revolution und deren endlichem Sieg auf Kuba, woraus folgt, daß das Jungfrauenopfer, auf das Strawinsky zustrebt, nicht ausschließlich das Gemeinte sein kann. Auch für die Revolution werden Opfer, Menschenopfer, gebracht, aber »Consagración de la primavera« heißt vor allem eins: das, was auf deutsch früher »Frühlingsweihe« genannt worden ist, ein durch und durch heidnischer Brauch, wenn man so will, ein Fest zur Erneuerung des Jahreszyklus, ob nun mit oder ohne Opfer. Indem es unter den durch die Revolution geschaffenen gesellschaftlichen Bedingungen für Vera, die prima Vera, schließlich möglich sein wird, ihr Ballett auf durchaus revolutionäre Weise, mit weißen und farbigen Tänzern – woran unter der diktatorischen weißen Herrschaft Batistas nicht zu denken war – aufzuführen, wird gleichzeitig das gefeiert, was die Aufführung ermöglicht hat, die Revolution mit ihren ideologischen Versatzstücken des Neuen Menschen und des Völkerfrühlings.

Von dem Weg dahin erzählt der Roman, erzählen abwechselnd die beiden Hauptfiguren Vera und Enrique. Er beginnt mit der Russischen Revolution und der Flucht Veras vor deren Schrecken und endet in dem von der Diktatur Batistas befreiten Havanna, in Carpentiers Augen ein folgerichtiger und notwendiger Weg, der durch ein Wortspiel deutlich wird: Veras Weg führt von Baku nach Kuba. Er führt über das von Carpentier vergötterte Paris in den Spanischen Bürgerkrieg und auf die Antilleninsel, um zu dem zu führen, was fast von Beginn an Carpentiers Modell gewesen ist, zur Verschmelzung von Alter und Neuer Welt, für die die Liebesbeziehung zwischen der Europäerin Vera und dem Kubaner Enrique nur ein anderer Ausdruck ist. Und dann führt er natürlich auch von der bourgeoisen Revolutionsfurcht zu einer klassischen Revolutionsbejahung, damit alle Menschen Brüder werden können, könnten.

Über alles, was nach der Schweinebucht geschehen ist, verliert der Roman kein Wort, er endet vorher, er endet damit, daß zwei Menschen und ein Land ihre Bestimmung gefunden zu haben glauben, mit einer Hoffnung, die gewiß enttäuscht werden kann und enttäuscht worden ist. Sein Thema ist die Hoffnung, nicht die Enttäuschung, und mag es auch all denen, die die Verbrechen der faschistischen Diktaturen nicht erlebt oder genossen haben, noch so schwer fallen, sich mit solcher Hoffnung und einem Roman über solche Hoffnungen abzufinden, mögen sie noch so scheel auf das wirtschaftliche und menschliche Elend Kubas verweisen, weil sie Machado oder Batista vergessen oder nie gekannt haben und die Schuld der Vereinigten Staaten an diesem Elend verdrängen: Die Hoffnung auf den Sieg der kubanischen Revolution war so ehrenhaft wie human.

Es ist möglich, daß man die Verzweiflung über immer neue Siege des Faschismus, die erschreckende Niederlage der Republikaner im Spanischen Bürgerkrieg, das Morden der deutschen Herrenmenschen und ihre Konzentrationslager bewußt erlebt haben oder wenigstens nachempfinden können muß, um billigen zu können, wofür sich Vera und Enrique und Carpentier entschieden haben, und wenn die »Frühlingsweihe« nichts weiter vermöchte, als diese Entscheidung

verständlich zu machen, hätte Carpentier viel erreicht – umso mehr, als die Lage der Welt solchem Verständnis nicht entgegenkommt.

Es gibt eine weitere Schwierigkeit, die wir die des positiven Helden nennen könnten. Der darf zwar auf Irrwege geraten, Fehler machen, in Grenzen leiden, aber auf jeden Fall muß er überleben und den Aufstieg zur Höhe des politischen Bewußtseins schaffen. Für so einen oder so eine Sympathie zu erwecken, das kann im 20. Jahrhundert kaum gelingen, und gelungen ist es wohl auch Carpentier nicht. Sowohl Vera wie auch Enrique sind sehr viel mehr Modellfiguren aus der Mottenkiste des klassischen Dramas als lebendige Menschen. Sie sind eingeschränkt auf ihre Funktionen, und da sonst niemand spricht, reden sie zuviel, und was sie reden, sind Carpentiers Lebenserfahrungen. Anders gesagt, sie leben aus dem, was Carpentier gelesen hat. Das freilich ist unendlich viel und für den, der ihm folgen kann, der seine zahllosen Anspielungen versteht und zu deuten weiß, ein Vergnügen eigener Art.

In diesem Buch allerdings wirkt es beschwerend. Es hat nicht mehr die Leichtigkeit des *Barockkonzerts*, nicht die Unausweichlichkeit der *Verlorenen Spuren* und schon gar nicht die spielerische Ironie der *Staatsraison*, aus einsehbaren Gründen. Solange der Erzähler der Autor und als solcher viel-, wenn nicht allwissend war, hatte das abgeleitete Leben aus Literatur, auch aus Kunst und Musik, das ja zum eigentlichen Leben werden kann, einen hohen Reiz, nur den beiden Helden nimmt man es nicht ab und bemerkt verstimmt, daß es Carpentier nicht gelungen ist, sich hinter seinen Figuren zu verstecken, sie ein Leben leben zu lassen, das im Reiche des Intellekts nicht wieder sein eigenes wäre.

Da wird er zum Gefangenen seiner Lieblingsthese, daß die Neue Welt die gebildetere sei, weil sie beide Welten kenne, was man von den Bewohnern und den Lesern der Alten Welt kaum sagen kann. Und weiter: Ein deutscher Leser kann mit den Zitaten aus Goethe oder Novalis oder Marx schon etwas anfangen, wird die Anspielung auf Franzosen oder Engländer oder Russen behaglich zur Kenntnis nehmen, aber kaum wird er mitgenießen können, was hinter spanischen oder lateinamerikanischen Autoren verborgen ist. Name-dropping, wird er sich sagen, sehr zu Unrecht, aber was soll er mit den zweimal zitierten Zeilen aus einem berühmten Gedicht Juans de la Cruz anfangen, und was wird er verstehen, wenn er dieses Gedicht nicht kennt und nicht erkennen kann, warum es zitiert wird? Wie soll er das verschüsselte Telegramm verstehen, das Enrique über Calixtos Entkommen informiert, wenn er die Celestina, die Tragikomödie von Calixto und Melibea nicht kennt, wie die Anspielung auf Ramón del Valle-Incán oder José Márti – und hundert andere mehr? Es gibt nur eine Möglichkeit: Er muß sich selbst in einen hochgebildeten Lateinamerikaner verwandeln, durch Lernen, durch Lesen, durch Lieben. Dann, und erst dann, wird er verstehen, warum einige von denen, die das alles taten, sich die Frage gestellt haben, ob es sich bei der »Frühlingsweihe« um Carpentiers Meisterwerk handeln könnte.

Alejo Carpentier: Le Sacre du printemps. Roman. Aus dem Spanischen von Anneliese Botond. Suhrkamp 1993, 682 Seiten, 58 Mark

Walther Boehlich schrieb zuletzt in KONKRET 11/88 über Friedrich Glauser

Konkret 04/94, S. 54

Ursula Aurien

»Durchaus diskutabel«

»Emma«, die »Zeitschrift von Frauen für Menschen«, hat nach ihrer Liebe zu Tieren nun auch die Vorzüge der »Euthanasie« entdeckt

In Deutschland »als Menschenfeind gehetzt – in der Welt als Tierfreund geachtet«, so ergreift »Emma« 2/94 im Aufriß zu einem 6-Seiten-Artikel mit der Schlagzeile »Das Affentheater« Partei für »Freund Singer«, den australischen »Euthanasie«-Propagandisten Peter Singer, der laut »Emma« in Deutschland »regelrecht verfolgt« wird und »für seinen Verstoß gegen deutsche Denktabus ... hierzulande mundtot« gemacht werden soll. »Menschenrechte für Menschen und Affen« – das kann doch wohl, in aller Tierrechts-Unschuld, nichts Schlimmes sein, oder?

Angesichts des formulierten Vorsatzes einer Rehabilitierung von »Freund Singer« fällt es schwer anzunehmen, die »Emma«-Macherinnen wüßten nicht, worüber sie da handeln. Stellt sich doch die Frage, wer oder was da rehabilitiert werden soll. Anzunehmen ist, daß sowohl die Autorin des Artikels, Cornelia Filter, als auch die »Emma«-Redaktion sehr genau wissen, worum es geht.

Filter kommt wie nebenbei zur Sache. Zunächst wird Franz Christoph zum »Sprecher der Krüppelbewegung« gekürt (obwohl er auch dort umstritten ist). Dann schreibt Filter ihm die Fragestellung Singers zu, ob »Schwerstbehinderte« ein Lebensrecht haben sollten, und charakterisiert sie als falsch. Statt das zu begründen, schreibt Filter: »Die Tötung von Neugeborenen findet Singer jedoch nur beschränkt legitim, und zwar bei schwerstbehinderten Säuglingen und dann auch nur, ›wenn die dem Kind Nahestehenden nicht wollen, daß es lebt‹. Eine These, die durchaus diskutabel ist – aber dazu sollte man sie diskutieren.«

Die Tötung bestimmter Menschen ist, wenn jemand sie wünscht, »durchaus diskutabel«? Oder hat Filter die Singer-Logik schon so weit verinnerlicht, daß sie »schwerstbehinderte Säuglinge« nicht zu »Schwerstbehinderten« (Menschen) zählt? Die unvorbereitete Leserin fragt sich spätestens an dieser Stelle, was denn das Tierrecht mit der Zulassung einer Tötung von »schwerstbehinderten Säuglingen« zu tun haben soll und ›riecht hoffentlich den Braten‹. Gänzlich verliert Filter ihre tierrechtliche Unschuld, wenn sie fortfährt: »Wenn aber die Frau das Recht auf eine selbstbestimmte Mutterschaft hat, hat sie dann nicht auch das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie – statt 20 Jahre für ein gesundes Kind – lebenslänglich für ein behindertes Kind verantwortlich sein möchte?«

Noch immer macht mich ein solcher Zynismus sprachlos. Wie wäre es, beispielsweise, eine indische Frau zu fragen, ob sie nicht lieber statt eines erwünschten und geachteten Jungen ein unerwünschtes und mißachtetes Mädchen zur Welt bringen wolle? Warum nicht gleich die »Lebensborn«-Philosophie reformulieren?

Um die Krüppelbewegung zu denunzieren, greift Filter zu subtilen Anspielungen, die nichts besagen, aber gewisse Schlußfolgerungen nahelegen sollen: »Die Wellen der Empörung schlugen vor allem bei der Krüppelbewegung hoch. Schon 1989 war er (Christoph Anstötz, U.A.) für die Einladung Singers scharf angegriffen und bedroht worden. Für die Unterzeichnung des ›Great Ape Projects‹ im Sommer 93 wurde Anstötz dann erneut angegriffen. Der zunehmend isolierte Professor flüchtete im Herbst in den Tod.« Der »Menschenfeind« Singer – ein Phantasieprodukt der »Front« seiner Gegner, die nicht davor zurückschrecken, Menschen in den Tod zu treiben. Auch so läßt sich journalistisch arbeiten.

Es bleibt rätselhaft: Warum ist es »zum Begreifen des Tierleids« (»Emma« 1/94) nötig, die Grenze zwischen Mensch und Tier aufzuheben? Warum geht die »Verteidigung der Rechte der Tiere« nach Singer- und »Emma«-Logik einher mit der Propagierung der Tötung von Menschen, und in wessen Interesse liegt diese Moral des Tötens? Fragen nach gesellschaftlichen und historischen Zusammenhängen, die »Emma« längst nicht mehr zu interessieren scheinen.

Zwecks Vorstellung des Tierrechtlers Singer führt Filter unter anderem das von ihm herausgegebene Buch *Verteidigt die Tiere* an, das 1986 auf deutsch in Wien erschienen ist. Aufschlußreich ist dessen Untertitel, der bei »Emma« nicht auftaucht: *Überlegungen für eine neue Menschlichkeit.* Welcher Art ist diese »neue Menschlichkeit«? »Das Problem der Moral bezüglich der Vernichtung von Leben ist äußerst vielschichtig. ... Ich glaube, daß wir in absehbarer Zeit in bezug auf die Unantastbarkeit menschlichen Lebens zu einer völlig anderen Einstellung kommen, einer Einstellung, die die *Qualität* des auf dem Spiel stehenden Lebens berücksichtigt und nicht die Frage: gehört das Leben einem Glied der Spezies homo sapiens oder nicht« (Singer, 1986).

»Wer zuende denkt, was Menschen mit Tieren machen, der ahnt, was Menschen mit Menschen tun können. Der Respekt vor dem Anderen ist unteilbar ... auch vor Ratten und Kakerlaken!« schreibt Alice Schwarzer im Editorial der »Emma« 1/94. Mit Verlaub, mein Respekt vor Ratten und Kakerlaken hat Grenzen, und wir müssen nicht erst Tiere bemühen, um »zu ahnen«, was Menschen mit Menschen machen. Wir wissen es bereits. Die simple Gleichsetzung von Tieren mit Menschen suggeriert Gleichheit und Gerechtigkeit. Zu welchem Zweck? Reicht es nicht, gegen Tierversuche, gegen

Tierquälerei, gegen Massentierhaltung zu sein? Welche »Rechte« sollen darüber hinaus eingefordert werden? Mit welchen Konsequenzen für wen?

Immer dann, wenn Menschen mit Tieren gleichgesetzt werden, hat dies eine individuell-persönliche und/oder kollektiv-politische Herabsetzung und Entwertung menschlichen Lebens zur Folge – bis hin zur planmäßigen Vernichtung. Es ist daher logische Konsequenz und trauriger Höhepunkt der neuen »Emma«-Kampagne zugleich, wenn Sonja Bork in Heft 1/94 schreibt: »Sechs Millionen Tierversuche jährlich in der Bundesrepublik. Der Gedanke an sechs Millionen ermordeter Juden war zwingend für mich. Und die äußere Ähnlichkeit der modernen Tiervernichtungsanstalten mit KZs wird niemand bestreiten können. Es gibt alles von der Massenfolter bis zu den Vergasungsöfen und Krematorien, einschließlich der ordentlichen Buchführung. ... Nur ein bißchen schicker ist alles geworden ... Die Opfer aber sind noch immer aus Fleisch und Blut.« Ob Frau Bork dies auch den überlebenden Angehörigen der ermordeten Juden ins Gesicht sagen würde? Man muß es wohl befürchten.

Mit der Beseitigung der Grenze zwischen Mensch und Tier habe Singer die Machtfrage schlechthin gestellt, und das tue nun auch »Emma«, erklärt Cornelia Filter. Das mag sein, aber sie tut es anders, als sie glaubt. Kein noch so begründetes Tierrecht kann die Infragestellung des Lebensrechts von Menschen rechtfertigen. Wo »Emma« dies tut, beantwortet sie *diese* »Machtfrage« im Sinne einer Selektionslogik, die Menschen als austauschbare und zu verbrauchende Ressource betrachtet – nicht zuletzt die Frauen.

Ursula Aurien ist Redakteurin der vierteljährlich erscheinenden »Zeitschrift für Behindertenpolitik«, »die randschau«, und lebt in Berlin

Konkret 04/94, S. 56

Sabine Horst

Schirrmachers Liste

Die von Spielberg verfilmte Heldengeschichte des Fabrikanten Oskar Schindler, der in Nazideutschland 1100 Juden das Leben rettete, wurde mit Erfolg heim ins Reich geholt

Kaum eine Hollywoodproduktion der letzten Jahre wurde so umfassend vor- und nachbereitet wie Steven Spielbergs »Schindlers Liste«. Das ist nicht weiter erstaunlich, insofern wir es hier mit einem Film des erfolgreichsten Regisseurs der Kinogeschichte zu tun haben. Vor dem Start von »Jurassic Park« hatte sich der internationale Medienbetrieb – mangels echter Zeitzeugen – auf die hektische Suche nach wissenschaftlichen Experten begeben, und es war den aufgebotenen Biochemikern und Paläontologen schließlich gelungen, Begriffe wie »Polymerase-Kettenreaktion« oder »Velociraptor« im allgemeinen Wortschatz zu etablieren. Daß die Presse anläßlich von »Schindlers Liste« Augenzeugen, Zeitgenossen, Historiker bemühen würde, war zu erwarten: Nur erzeugt in diesem Falle das journalistische Prinzip, ein kulturelles Ereignis von den Rändern her aufzurollen, bleibendes Unbehagen.

Denn je mehr die Frage nach der bloßen Faktizität der geschichtlichen Darstellung in den Vordergrund tritt, desto stärker vernebelt sich der Blick auf den Film selbst: Auf ihre Echtheit oder Wahrhaftigkeit abgeklopft werden Details, die kein Gesamtbild ergeben und auch gar keines mehr ergeben sollen. Wer, wie der »Stern«, mit Aplomb »aufdeckt«, daß das Engagement des historischen Oskar Schindler sich der intimen Beziehung zu einer jüdischen Frau verdankte, zielt mit Kalkül an der Geschichte vorbei. Die ideologische Technik löst, was an dem Film als gesellschaftlicher Gehalt, als modellhafte Struktur – auch: als modellhafte Kritik – gelten könnte, in der Unübersichtlichkeit und Zufälligkeit der Erscheinungen auf. Wenige Wochen nach der Deutschlandpremiere wirkt »Schindlers Liste« bereits wie ein Steinbruch – die Augen der Betrachter kleben nicht am Film, sondern tragen ihn buchstäblich ab.

Die kalkulierte Wahllosigkeit, mit der die Produktion schon im Vorfeld in Anekdoten und »items« zerlegt wurde, hat den Boden bereitet für die einhellige Rezeption in der Bundesrepublik. Abgesehen vom Kanzler, der sich wieder einmal entschuldigen ließ, mochte zunächst keiner beiseite stehen. Wer den Film jetzt sieht und vielleicht beeindruckend findet, teilt seine kathartische Erfahrung nicht nur mit Bill Clinton, sondern auch mit Richard Weizsäcker, Marion Dönhoff und Frank Schirrmacher. Der Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen« gab programmatisch die Richtung an, indem er den Film als deutsche »Heldengeschichte« heim ins Reich holte und seine »anschauliche« Machart, seine »emotionale Wucht« gegen avanciertere Formen der künstlerischen Bearbeitung ausspielte: Unter der Hand lieferte Schirrmachers Leitartikel vom 1. März eine Reprise auf jene Polemik gegen die ästhetische Moderne, die Schirrmacher – nahezu unbemerkt und nur von Wolfram Schütte widersprochen – zur letzten Buchmesse veröffentlicht hatte. Mit der Behauptung, es habe »bis heute« im »deutschen Film und in der deutschen Literatur zwar eine Menge rhetorischer Beschwörung, aber keine wirklich angemessene Darstellung des Dritten Reichs und seiner Verbrechen« gegeben, erledigte der Autor en passant die gesamte Nachkriegslinke und eine, wie immer isolierte, Tradition der künstlerischen Aufarbeitung von Andersch bis Weiss und von Fechner bis Kotulla, ganz zu schweigen von den Autoren und Regisseuren der ehemaligen DDR. Zum »Meisterwerk« erhoben, wird »Schindlers Liste« politisch und ideologisch entrückt, bei Erscheinen schon musealisiert. Einem Klischee zufolge bringen Meisterwerke historische Epochen ebensosehr auf den Punkt wie zum Abschluß: Wenn »Schindlers Liste« also die gültige Darstellung des Holocaust ist – warum nicht endlich einen Strich unter die Sache machen?

Auf der ohnehin schwach repräsentierten Gegenseite hat neben Sigrid Löffler und der »Tageszeitung«, die in Vertretung der »contra«-Position einen Artikel aus der New Yorker »Village Voice« übersetzte, »Shoah«-Regisseur Claude Lanzmann den Einspruch gewagt. Freilich scheint auch Lanzmanns Argumentation – die ausgerechnet in Schirrmachers Blatt veröffentlicht wurde – sich auf eine irritierende Weise dem herrschenden »Diskurs« zu fügen. Denn zum einen führt sie die Arbeit der inventarisierenden Verrechnung des »authentischen« Gehalts fort; zum anderen verweist sie das Urteil über »Schindlers Liste« ans Gefühl zurück: »Man versteht, oder man versteht nicht.« Fast liefert sich da der Antifaschismus selbst ans Messer: als ob mit dem Erfolg von Spielbergs Film die Leistung von »Shoah« hinfällig geworden wäre.

Zweifellos gibt es, von der in »Shoah« entwickelten Position aus betrachtet, berechtigte Einwände gegen »Schindlers Liste«. Die konservative Strategie, zu umarmen was sich nicht verhindern läßt, scheint in diesem Falle freilich den Rest der Welt in die Defensive gedrängt zu haben. Daß sich die Parteinahme für den Film nicht in der Wiederholung des Mantras von der Betroffenheit erschöpfen muß, daß es ganz andere Gründe gibt, Spielbergs Arbeit zu würdigen, als sie Schirrmacher anführt, zeigte Georg Seeßlens Besprechung im »Freitag«: Was, wenn »Schindlers Liste« nicht nur eine »Erinnerung an das Nichterinnerte« wäre, sondern auch ein »Vorgriff auf eine noch nicht geführte Debatte um die Verantwortung des Kapitals für das Elend in der Welt, für die neuen Vernichtungslager«? Die Frage, wie sich der historische Stoff zu einem aktuellen Modell von Welt formt, welche Auskunft der Film über die Gesellschaft gibt, in der er entstanden ist, schien bisher irgendwo zwischen Spurensicherung, Sekretärinnen-Bekenntnissen und tiefenpsychologischer Motivforschung hängengeblieben zu sein – nicht zuletzt deshalb, weil es wohl kaum das Interesse konservativer

Meinungsführer sein kann, »Schindlers Liste« der Geschichte zu entreißen. Den Film gegen seine Verteidiger zu verteidigen, hieße also, ihn nicht als Dokument, als unmittelbaren Reflex vergangener geschichtlicher Wirklichkeit zu nehmen, sondern als ästhetisches Konstrukt, das in einem furchtbaren Sujet Bilder für eine beklemmende Gegenwart sucht – und damit auch von Kontinuität, von unabgeschlossenen Prozessen spricht.

Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus ist theoretisch aufgearbeitet worden – die Nachricht davon hat keinen besonderen Neuigkeitswert mehr. Dennoch gibt es kaum einen zeitgenössischen Film, der ähnlich sinnfällig wie »Schindlers Liste« die »Betriebsunfälle« der neueren Geschichte mit einer entfesselten Ökonomie in Beziehung setzte. In einer Zeit, da die westlichen Industrienationen nicht nur die ärmeren Länder der sogenannten »Dritten Welt«, sondern auch die ehemals sozialistischen Staaten zur Ausplünderung freigegeben haben, erinnert der Film daran, daß es schon einmal Versuche gegeben hat, den Osten zu kolonisieren. In einer Zeit der »schleichenden Refaschisierung nicht nur in Deutschland« – so noch einmal Seeßlen – , einer Zeit, in der Intellektuelle gleich korpsweise ihr Verständnis für die neuen Täter auf den Straßen bekunden und selbst die zweifelhaftesten politischen Bekenntnisse als Beitrag zum »tabufreien« Dialog aufgenommen werden, angesichts zugespitzter Verteilungskämpfe und wiederaufflackernder völkischer Kriege stellt »Schindlers Liste« implizit immerhin die Frage nach ökonomischen Interessen. Schindler ist, so wie er im Film auftritt, kein deutscher Held, sondern ein amerikanischer. Vielleicht steckt hinter dieser Konstellation noch etwas anderes, als man hierzulande wahrnehmen möchte: Vielleicht drückt sich in Spielbergs Vision auch das Unbehagen aus, das man in Übersee bei der Betrachtung des neuen Deutschland empfindet. *Diese* Debatte jedenfalls ist bei uns erfolgreich verhindert worden.

Sabine Horst rezensierte»Schindlers Liste«in KONKRET 3/94

Konkret 04/94, S. 57

Diedrich Diederichsen

Avantgarde im Futur

Die politischen Bündnisse des ästhetischen Avantgardismus waren der Linken seit jeher suspekt. Die faschistischen Sympathien der italienischen Futuristen kamen da gerade recht. Kann man die Avantgarde vor sich selbst retten?

Zwei mehr oder weniger neue Bücher, die sich mit der Frage beschäftigen, wie es möglich ist, daß ästhetisch»fortschrittliche« und politisch reaktionäre Konzepte in so vielen Künstlerbiographien des zwanzigsten Jahrhunderts ko-existieren oder gar einander begünstigen oder anfeuern konnten, kommen nicht umhin, die von den beiden Autoren schließlich als unbefriedigend ausgemachte Benjaminsche Unterscheidung zwischen »Politisierung der Kunst« (Kommunismus) und »Ästhetisierung der Politik« (Faschismus) zum Ausgangspunkt ihrer Analyse zu machen. Heißt Ästhetisierung nur, ethische oder andere Prämissen politischen Handelns durch ästhetische zu ersetzen? fragt Andrew Hewitt. Er schlägt statt dessen vor, als Ästhetisierung den Prozeß zu definieren, in dessen Verlauf alle Werte – ästhetische und politische – einer zentralen Metapher unterworfen werden. Diese Metapher ist im Futurismus die Maschine.

Die Maschine weist jede Geschichtsphilosophie zurück und stemmt sich gegen die bürgerlich-kapitalistische Konstruktion des Werts durch die Tauschbeziehungen und gegen seine Fixierung im Warenfetischismus. Die Maschine steht für das Freisetzen von »reiner Energie«, der Futurismus für das Ende der Repräsentation einer prä-textuellen Realität und das Einsetzen von Repräsentation des reinen Produktionsprozesses. So weit ist der Futurismus noch avantgardistisch – wenn avantgardistisch einerseits heißt, den Ästhetizismus etwa eines Mallarmé und seine Wertfixierung durch »seltene Adjektive« (Marinetti) zu attackieren; und wenn Avantgarde andererseits weniger ein Ereignis in der (modernistisch gedachten) Geschichte aufeinanderfolgender Zyklen von Negation, Erneuerung und Ersetzung wäre, sondern eine »Modalität der Geschichte«, eine Negation der Logik des kontinuierlichen Fortschritts, wie Hewitt vorschlägt.

Faschistisch wird die zentrale Metapher der Maschine, wenn sie die Warenform miteinschließt und – wie von Hewitt anhand eines makabren Textes von Marinetti vorgeführt – auch die Knochen gefallener Soldaten, Reste der Produktion »reiner Energie«, profitabel verkauft werden. Die Maschinenmetapher, die für die Beschleunigung um ihrer selbst willen und gegen den Fortschrittsbegriff stand, beschleunigt nun den Warentausch. Kapitalismus steht dann selbst für Beschleunigung; er muß nur von seinem Verrat gereinigt werden, der in seiner Tendenz zur »Verknöcherung« bestehe. Der Ausweg daraus ist faschistisch: das Verbrennen von Knochen.

Eva Hesse, die Benjamins Diagnosen über den Futurismus für falsch hält, hat nachgewiesen, daß gerade seine Gegenvorschläge zur Ästhetisierung Jahre vor den von Benjamin vorgezogenen Dadaisten von den Futuristen realisiert worden waren. Die futuristische Bewegung hat ebensoviele Elemente radikaldemokratischer, partizipatorischer Kunst entwickelt wie protofaschistische Semantiken. Gerade im formalen, theatralischen Vollzug futuristischer Aktionen sind die von Benjamin angestellten Vergleiche mit den verwirklichten Faschismen in Deutschland und Italien nicht zu halten.

Eine Gemeinsamkeit – neben dem wiederkehrenden Benjamin-Bezug – von Eva Hesse und Andrew Hewitt ist ihr Interesse an der Figur Marinetti, dem einzigen faschistischen Künstler, dem Hewitt sich widmet, während Hesse ihn mit Wyndham Lewis und mit Ezra Pound vergleicht, dessen Werke sie seit Jahrzehnten übersetzt und über den sie eine brilliante Monographie geschrieben hat. Doch während Hesse erneut Fleisch und Fakten aus Künstlerleben anhäuft, Werke analysiert, vergessene Kumpels, Geliebte und Zeitgenossen ausmacht und auf der anderen Seite die Vortizisten, die Gruppe, der Pound und Lewis kurze Zeit in London gemeinsam angehörten, und die Futuristen zu Vorläufern von so ziemlich allem – von Beuys und McLuhan über den Wiener Aktionismus bis zum Absurden Theater – erklärt, was dieses Jahrhundert gesehen hat, schreibt Hewitt eher eine Ideengeschichte oder, wie er sagen würde, »Meta-Geschichte« der Avantgarde und der Moderne (beziehungsweise von dem, was die Anglo-Amerikaner »Modernism« nennen und was nicht ganz dasselbe wie »Moderne« ist). Kunstwerke spielen bis auf wenige Marinetti-Zitate keine Rolle, dafür deren Interpreten und Historiker wie Renato Poggioli, Matei Calinescu, Bloch, Lukács, Frederic Jameson, und allen voran Walter Benjamin und Peter Bürger. Dabei sind die historischen Primärdaten für Hewitt allesamt ausgemachte Tatsachen, während Eva Hesse gerade einige dieser Primärfakten zurechtrücken will: Sie bezweifelt etwa, daß Marinetti überhaupt zu Recht ein faschistischer Künstler genannt werden kann, zeigt, wie seine heute als eindeutig faschistisch einsortierten Äußerungen im zeitgenössischen Vergleich klingen, wie sich sein Verhältnis zum echten, praktizierten Faschismus im Laufe der Zeit gewandelt hat und stellt ihm hundertprozentig faschistische Künstler, vor allem Wyndham Lewis, gegenüber. Gerade im Übergang vom ersten zum zweiten Futurismus, schließlich zur sogenannten »metaphysischen Malerei« de Chiricos und in der Figur Carras, auf dem Wege von einem von Ex-Futuristen getragenen Neoklassizismus wird die (nicht nur in Italien) gültige faschistische Ästhetik perfekt, also erst nach der Ausmerzung der avantgardistischen Elemente (die allerdings vorgenommen wird durch ehemals avantgardistische »Elemente«).

Hesse unterschlägt nicht die für eine nachholende Geschichtsschreibung des Verhältnisses Faschismus-Avantgarde entscheidende Analyse der Kulturpolitik der Nazis (die ja erst das Gerücht von der »politischen Progressivität« der

Avantgarde ex negativo verläßlich in die Welt setzte) und deren klassizistelnde Beendigung aller Einmischungen der Avantgarde bei etwaigen Ästhetisierungen der Politik. Der biographische Ansatz Hesses bringt nicht nur jede Menge interessanter Beziehungen ans Licht, wie zum Beispiel in der Vorgeschichte der heroisierenden Skulptur des bereits verstummten Pound, die Arno Breker 1969 anfertigte, sie liest die Geschichten der Avantgarden vor allem sehr produktiv als von Männern geschriebene Geschichte von Heldentaten. Der Gestus eines »sexuell befreiten« Machismo, der ja bis heute zum Arsenal jedweden avantgardistischen Habitus gehört (man denke nur an Heiner Müllers Bemerkung, er »erhole sich« bei »der dummen Frau« von »seiner Intelligenz«, die vor kurzem eine schmunzelnde »FAZ-Magazin«-Redaktion in ihrer Klatschspalte festhielt), erweist sich nicht etwa als Relikt, das aus einer überholten Lebensweise in neue künstlerische und Lebensperspektiven mitgeschleppt worden ist, sondern wurde im Gegenteil von den etwa von Otto Weininger beeinflußten Avantgardisten erst konstruiert und ist der »befreienden« Geste sich avantgardistisch gerierender Kunst seitdem eingeschrieben.

Die US-amerikanische Nachkriegskulturpolitik erklärte zu Zeiten des Kalten Krieges die nunmehr erloschenen Avantgarden der ersten Hälfte des Jahrhunderts zur antikommunistischen amerikanischen Freiheitskunst und versuchte sie sich auch durch massive finanzielle Interventionen (Stiftungen, Sammlungen, Museen) anzueignen. Das Problem, daß historische Phänomene nicht nur durch die Optik der Gegenwart gesehen werden können, sondern auch durch die Blickwinkel von historischen Interpretationen anderer Epochen, läßt sich schwer umgehen. Es ist kaum möglich, sich vorzustellen, wie der Begriff »Faschismus« geklungen haben könnte, als er als politische Realität noch im Entstehen begriffen war. Hewitt löst dieses Problem, indem er Autoren verschiedener Epochen die Schlüsselprobleme diskutieren läßt (Lukács mit Jamesson, Deleuze/Guattari mit Giovanni Franci, Peter Bürger mit Walter Benjamin) und nur das Vergleichbare, die begrifflichen Substrate, als Argumente zuläßt. Hesse macht das Gegenteil: Sie legt immer wieder die historischen Bedingungen einer bestimmten Subjektivität offen. Für beide spielt aber das Problem der Ungleichzeitigkeit eine entscheidende Doppelrolle. Die Ungleichzeitigkeit von Interpret und Interpretierten spiegelt auch die von beiden Autoren diskutierte Blochsche Bemerkung über die Ungleichzeitigkeit als Charakteristikum des faschistischen Subjekts und die von Hewitt akzeptierte Bürgersche Avantgardedefinition der »Simultaneität des radikal Geschiedenen« wieder.

Hewitt schickt uns in ziemlich atemberaubender Dialektik auf eine Reise durch bekannte (zitierte) und mögliche (von ihm, meistens mit Fragezeichen formulierte) Lesarten der Begriffe Avantgarde, Modernismus, Autonomie der Kunst, Ästhetizismus, Dekadenz, Maschinenkunst, Zivilisation/Barbarei, Dandy, Publikum, Repräsentation, Ausdruck etc., die für die Diskussion faschistischer Ästhetik wichtig gewesen sind. Sein analytisches Rüstzeug ist der poststrukturalistisch über sich selbst aufgeklärteamerikanische Neomarxismus, der ständig sein eigenes Handwerkszeug in Frage stellt, ohne in Agnostizismus zu verfallen. Obwohl dabei auch ein paar spektakulär-pointenhafte Antworten abfallen, geht es ihm hauptsächlich darum, eine in Dichotomien geführte Diskussion zu komplizieren, sie davon zu befreien, sich in ihrer Begriffswelt festzufahren, ohne diese Begriffe aufzugeben. Das ist keine bequeme Lektüre, und sie hat kein »befreiendes« Ergebnis: Wir können uns des Problems nicht entledigen, im Gegenteil, es reicht weiter und tiefer in die Prämissen und Bedingungen unserer politischen und ästhetischen Vernunft. Die »Dekonstruktion« der Gegensatzpaare führt nicht zu ihrer Auflösung, sondern zu ihrer Auf- und Überladung mit noch mehr Begriffsgeschichte und intrinsischen Problemen. Kein Sieger geht aus diesem Räsonnement hervor. Die Avantgarde wird nicht freigesprochen, noch der vulgärmarxistischen Auffassung, Faschismus sei praktizierender Ästhetizismus, recht gegeben.

Eher bleibt die prinzipielle Zweideutigkeit einer über ästhetische Intervention operierenden Dissidenz während der ganzen Argumentation in der Schwebe, was weder ein prinzipielles Argument gegen sie darstellt, noch der Arbeitsteilung das Wort redet, derzufolge der Künstler nur für die Kunst verantwortlich wäre und alle anderen für das, was damit geschieht. Der Begriff der Avantgarde als »historische Modalität« – im Gegensatz zu »Ereignis in der Geschichte« – ist dabei äußerst produktiv, auch wenn ihm Hewitt in seinem Resümee die Übertragbarkeit auf die Gegenwart abspricht. Dort definiert er Avantgarde wie Faschismus als »Ende der Geschichte«, ein Ende, das wiederum selbst zu Ende gegangen sei. Er läßt zwar offen, ob damit die alt-modernistische Geschichte neu angefangen hat oder eine ganz andere, weist aber die Möglichkeit zurück, Geschichte noch einmal so beenden zu wollen oder zu können, wie die Avantgardisten und die Faschisten das gewollt haben.

Das Motiv der Akzeleration als kritischer Praxis ist aber nicht aus der Welt: von Baudrillard bis zu den vielen, oft proto-futuristischen Jugend- und Gegenkulturen. Um es für die Gegenwart zu diskutieren, bedürfte es eines Ansatzes, der schon bei der historischen Diskussion der Ästhetisierung fehlt. Ist die Ästhetisierung denn vor allem eine Veränderung der Qualität der Verhältnisse von Ästhetischem und Politischem oder nicht viel eher eine Veränderung der Quantität: immer mehr ästhetische Ereignisse repräsentieren die gleichen Relationen? Die Frage ist, ob wir sozusagen permanent unter faschistischen ästhetischen Konditionen leben, oder ob diese Verhältnisse für die Formation politischer Kräfte indifferent sind und, wie Hewitt an anderer Stelle vorschlägt, prinzipiell von den verschiedensten politischen Kräften genutzt werden können.

Die Unausweichlichkeit der Technologisierung – nicht nur als Metapher oder als Veränderung der Reproduktions- und Repräsentationsmittel, sondern als Beschleunigung des Daten- und Bildertausches, der schließlich als dessen Realität nur

noch die universelle Maschine Computer ohne Semantik bestehen läßt – , ist eine verbreitete Diagnose. Dabei ist dies weniger eine Tatsache als eine technikphilosophische Position, die, weitgehend unwidersprochen, bei diversen sogenannten Philosophen der Neuen Medien zu finden ist und auf eine Naturalisierung und Hypostasierung technologischer Bedingungen hinauslaufen könnte, die der futuristischen recht ähnlich sieht. Oft lassen sich kulturpolitischer Fatalismus und Enthusiasmus bei den Vertretern dieser Position nur noch schwer unterscheiden. Reine Ideologiekritik hilft da aber nicht.

Hier wäre Hewitts Appell anzunehmen und zu erweitern, daß man sich heutzutage zunächst fragen müßte, ob es denn überhaupt so etwas wie eine der Repräsentation vorausgehende, privilegierte, empirische Sphäre des Politischen gebe und inwieweit nicht immer schon ästhetische Elemente das sogenannte Politische prägen. Hewitt findet durchgehend in Positionen von Dandys, Ästhetizisten und anderen Vorläufern der (faschistischen) Avantgarde Elemente der Kritik, Eva Hesse ergänzt ihn nicht nur durchjede Menge vergessene praktische Beispiele, sondern auch durch Rezeptionskontexte,die zeigen, daß kritische künstlerische Praxis weder in die Falle des Semantizismus fallen, noch sich die Natürlichkeit und Unausweichlichkeit der Semantik gegenüber indifferenten digitalen Welten einreden lassen darf. Figuren wie der von der Agentur Bilwet erfundene Datendandy gehören in diese Diskussion ebenso wie die neuen Digitalo-Klasten (Computer-Stürmer), denen notwendig Elemente der Avantgarden anhaften werden, ohne daß sie in dieselben Fallen treten müssen.

Eva Hesse: Die Achse Avantgarde-Faschismus. Reflexionen über Filippo Tommaso Marinetti und Ezra Pound. Arche 1991;

Andrew Hewitt: Fascist Modernism. Aesthetics, Politics, and the Avant-Garde. Cambridge University Press 1993

Diedrich Diederichsen stritt in KONKRET 2/94 mit Günther Jacob über den Differenzbegriff

Konkret 04/94, S. 60

Ingrid Strobl

Der Prozeß der 23

Vor 50 Jahren inszenierten die deutschen Besatzer im Pariser Hotel Majestic einen Schauprozeß gegen Mitglieder der M.O.I., dem kommunistischen Dachverband der in der Rèsistance kämpfenden Immigranten und Juden

»Als Jude habe ich keinen anderen Ausweg gesehen, als die Waffe in die Hand zu nehmen, um gegen Sie zu kämpfen.« Marcel Rayman, der Angeklagte, der vor dem deutschen Militärgericht im Pariser Hotel Majestic am 17. Februar 1944 diese »Aussage zur Person« macht, ist erst 20 Jahre alt. 13 Attentate werden ihm zur Last gelegt. 13 »terroristische Anschläge« gegen die deutschen Besatzer in Paris. Am 28. September 1943 hatte Rayman zusammen mit zwei Genossen den SS-General Julius von Ritter erschossen, der für die Verschickung der Zwangsarbeiter nach Deutschland verantwortlich war. »Die Tat wurde begangen, um alle französischen Gefangenen und nach Deutschland Deportierten sowie diejenigen, die sich nicht zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zwingen lassen wollen, zu rächen«, erklärten die Verantwortlichen in ihrem Rechenschaftsbericht.

Im »Prozeß der 23« vor dem Militärgericht im Hotel Majestic wird Marcel Rayman als einer der Haupttäter aufgebaut. Auch auf dem berühmt-berüchtigten Affiche rouge, dem roten Plakat, ist sein Foto zu sehen. In Millionenauflage wurde dieses Plakat von der deutschen Propagandastaffel in Paris gedruckt. »Des Liberateurs?« (Befreier?) prangt am oberen Rand in Balkenschrift, und unten wird die rhetorische Frage beantwortet: »La Liberation par l'armèe du crime!« (Die Befreiung durch die Armee des Verbrechens!). Dazwischen sind die Gesichter von zehn der 23 Angeklagten zu sehen, versehen mit Angaben zu ihrer »Abstammung« und ihren »Verbrechen«: »Grzywacz, polnischer Jude, 2 Attentate; Elek, ungarischer Jude, 3 Entgleisungen; Wajsbrot, polnischer Jude, 1 Attentat, 3 Entgleisungen; Witchitz, polnischer Jude, 15 Attentate; Fingerweig, 3 Attentate, 7 Entgleisungen; Boczov, ungarischer Jude, Chefentgleiser, 20 Attentate; Fontanot, italienischer Kommunist, 12 Attentate; Alfonso, Rotspanier, 7 Attentate; Rayman, polnischer Jude, 13 Attentate; Manouchian, Armenier, Bandenchef, 56 Attentate, 100 Tote, 800 Verletzte«. Das Plakat wird in ganz Frankreich angeschlagen und aufmerksam studiert – doch nicht unbedingt im Sinne der Propagandastaffel. Mitleidig und erschüttert hätten viele Franzosen die Gesichter auf dem Plakat betrachtet, berichten Beobachter aus der Rèsistance.

Mit allen Mitteln bemühen sich die deutschen Behörden, der Bevölkerung im besetzten Frankreich einzuhämmern, daß die Frauen und Männer, die ihre Waffen gegen die Besatzer wie gegen die französische Kollaborationsregierung von Vichy richten, keine »echten Franzosen« seien, sondern Juden und anderes »ausländisches Gesindel«. Zusätzlich zum Affiche rouge druckt die Propagandastaffel eine aufwendige Broschüre in Farbe und läßt sie zu Hunderttausenden verteilen. Marcel Rayman wird, nachdem man ihn halb zu Tode gefoltert hat, gezwungen, für ein Foto mit der Waffe in der Hand als gefährlicher Pistolero zu posieren. Die Kollaborations-Presse berichtet über den Prozeß, der am 17. Februar 1944 beginnt, wie über eine gewonnene Schlacht.

Der bewaffnete Widerstand gegen die deutsche Besatzung in Frankreich wird in den ersten Jahren fast ausschließlich von Immigrantinnen und Immigranten getragen, von denen wiederum viele (meist polnische) Juden sind. Sie sind in der M.O.I. organisiert, der Main d'oevre Immigrèe, dem Dachverband der Kommunistischen Partei Frankreichs für die immigrierten Arbeiter. Die Mitglieder der M.O.I. gehören Sprachgruppen an, eine der größten Abteilungen ist die Jüdische Sektion, deren Sprache Jiddisch ist. Seit dem Herbst 1941 kämpfen bewaffnete Gruppen der M.O.I. gegen die deutschen Besatzer. Die Kollaborationsregierung richtet eine eigene »Antiterror-Brigade« ein, die Brigades spèciales, deren Aufgabe darin besteht, diese »ausländischen Terroristen« dingfest zu machen.

Die ersten Gruppen werden rasch zerschlagen, im März 1942 reorganisiert die Kommunistische Partei Frankreichs den bewaffneten Widerstand. Sie richtet die F.T.P.F. ein, die Francs-tireurs et Partisans Francais (Französische Freischärler und Partisanen), und, unter dem Kommando der M.O.I., die M.O.I.-F.T.P., die sich in Paris in mehreren Detachements und einer Equipe spèciale formieren. Die Mehrheit der Militanten besteht aus Juden, Italienern und Armeniern. Sie greifen deutsche Truppenkontingente an, sie sprengen Kinos und Restaurants, in denen die Deutschen verkehren, und Betriebe, die für die Besatzer arbeiten. Sie bringen deutsche Transportzüge zum Entgleisen und töten Kollaborateure, Wehrmachtsoffiziere und hohe Besatzungsbeamte. Seit den großen Razzien gegen die jüdische Bevölkerung von Paris im Juli 1942 schließen sich viele Jungen und Mädchen, die »Generation der Razzien«, den erwachsenen Kämpferinnen und Kämpfern an: Sie wollen ihre deportierten Eltern, Geschwister, Nachbarn, Freundinnen und Freunde rächen, sie wollen den Endlösern in den Arm fallen.

Erst spät erfahren die jüdischen Rèsistants in Frankreich, was mit ihren Angehörigen, was mit allen aus ganz Europa deportierten Juden in den ominösen »Arbeitslagern« im Osten tatsächlich geschieht. Doch schon die antijüdischen Maßnahmen, die Brutalität der Razzien, die menschenunwürdigen Verhältnisse im Velodrom d'Hiver, in das man Tausende von Menschen gepfercht hatte, die am 15./16. Juli 1942, dem »schwarzen Donnerstag«, festgenommen worden waren, die

Tatsache, daß aus dem Sammellager Drancy auch Kinder und Alte – also arbeitsunfähige Menschen – deportiert wurden, ließen Schlimmes befürchten.

Die jüdischen Militanten der M.O.I.-F.T.P. kämpften nicht »nur« für die Befreiung Frankreichs und eine künftige gerechte, eine sozialistische Welt. Als Reaktion auf das Affiche rouge gibt die UJRE (die Vereinigung der Juden für den Widerstand und die gegenseitige Hilfe, eine Organisation der Jüdischen Sektion der M.O.I.) ein Flugblatt heraus mit dem Titel: »Warum kämpfen sie, warum sterben sie?« Es gibt, heißt es darin, neben allen anderen guten Gründen, gegen die Deutschen zu kämpfen, für die Juden noch einen besonderen Grund, sich der Rèsistance anzuschließen: »Auf der ganzen Welt gibt es kein Volk, dem solches Leid zugefügt wird ... Mehr als zwei Millionen Juden wurden ermordet, mit einer bislang in der Geschichte der Menschheit unbekannten Grausamkeit und Brutalität. Millionen Juden fielen Hitlers blutigem Wahn zum Opfer, in Polen, in der Ukraine, in Belorußland, in den Baltischen Staaten. Diese ermordeten Juden waren keine Kombattanten, sondern wehrlose Zivilisten, Frauen, Kinder, Alte.«

Im Sommer 1943 intensivieren die Pariser M.O.I.-F.T.P. ihren Kampf. Allein vom Juli bis zum November 1943 führen sie 67 Aktionen durch, das sind 15 pro Monat. Dabei verfügen sie nie über mehr als 70 Kämpferinnen und Kämpfer auf einmal. Gleichzeitig verstärken die Brigades spèciales ihre Fahndungsaktivitäten, bis es ihnen in drei großen Schlägen zwischen Juni und November gelingt, die Mehrheit der Pariser Kämpferinnen und Kämpfer zu verhaften. Als letzte gehen ihnen die Mitglieder der von Missak Manouchian und Marcel Rayman kommandierten Equipe spèciale und die Entgleisergruppe von Wolf Boszow in die Falle. Von den 68 Festgenommenen sind 34 Jüdinnen und Juden (davon wieder 30 Ausländer). Von den restlichen 33 »Ariern« sind 19 Immigrantinnen und Immigranten. 21 der 68 Verhafteten sind Frauen. Von den Militanten, die der Verhaftung entgehen konnten, flüchten viele in den Süden und schließen sich den M.O.I.-F.T.P. an, die hier vor allem in Lyon, Toulouse, Marseille, Grenoble und Nizza gegen die Besatzer kämpfen.

Die 23 Angeklagten des Schauprozesses im Hotel Majestic werden zum Tode verurteilt. Am 21. Februar 1944 wird Marcel Rayman zusammen mit 21 seiner 22 Mitangeklagten auf dem Mont Valerien erschossen. Golda Bancic, die einzige Frau unter den Angeklagten, wird zur Hinrichtung nach Deutschland verschickt: Die Hinrichtung einer Frau in Frankreich könnte, so fürchten die deutschen Propagandastrategen, ein schlechtes Licht auf die Besatzer werfen. Am Abend vor ihrer Exekution schreiben die zum Tode verurteilten Männer im Gefängnis von Fresnes letzte Briefe an ihre Angehörigen. Sie bitten die Eltern um Verzeihung für das Leid, das sie ihnen zufügen müssen, und versuchen, sie zu trösten. Sie erklären ihnen, daß sie dennoch richtig gehandelt haben und stolz sind auf das, was sie taten. Viele dieser Briefe erreichen, wie der von Marcel Rayman, ihre Adressaten nicht mehr.

»Meine liebe kleine Mama«, schreibt Rayman, »wenn Du diesen Brief lesen wirst, dann wird er Dir – dessen bin ich mir sicher – großen Kummer bereiten, aber ich werde schon eine Zeitlang tot sein, und Du wirst Trost bei meinem Bruder finden, der glücklich sein und Dir all die Freude geben wird, die ich Dir geben wollte.« Er schickt den Brief an Verwandte und bittet sie: »Gebt folgende Zeilen an Mama und Simon weiter, wenn sie, wie ich hoffe, eines Tages zurückkommen.« Chana Rayman, Marcel Raymans Mutter, wurde nach Auschwitz deportiert, bevor sie den letzten Brief ihres Sohnes lesen konnte.

La Roquette war das Gefängnis, in dem die weiblichen Mitglieder der M.O.I. saßen, nachdem sie von den Brigades spèciales gefoltert und manchmal noch zusätzlich von der Gestapo »verhört« worden waren. Die Jüdinnen unter ihnen wurden in das Sammellager Drancy gebracht und von dort nach Auschwitz und Majdanek deportiert. Am 14. Januar 1994 wurde der Platz vor La Roquette (das heute kein Gefängnis mehr ist) nach Marcel Rayman benannt. Am 20. Februar, 50 Jahre nach der Hinrichtung Raymans und seiner Kameraden ist in einer feierlichen Zeremonie das Straßenschild angebracht worden.

Hier, im 11. Arrondissement, hatte Chana Rayman mit ihren Söhnen gelebt, hier und im benachbarten Belleville hatten die jüdischen Immigranten aus Polen und Bessarabien sich niedergelassen, als sie in Frankreich ankamen, dem Land, auf das sie ihre Hoffnungen setzten, Hoffnungen auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben, ohne Pogrome, ohne politische Verfolgung, ohne die bittere Armut, die sie zu Hause gekannt hatten. Das 10., 11. und 20. Arrondissement wurden zu Jiddischland mitten in Paris. Die Armut war hier immer noch groß, aber man schlug sich irgendwie durch. Hier agierte und agitierte die Jüdische Abteilung der M.O.I., hier wuchsen die künftigen Kämpferinnen und Kämpfer der M.O.I.-F.T.P. heran, die sich nach den großen Razzien im Sommer 1942 der Stadtguerilla anschlossen.

Daß die ersten Heldinnen und Helden der Rèsistance aus Italien, Spanien, Ungarn, Jugoslawien, Polen kamen, daß sie Boico, Ilic, Alfonso, Fingercwajg, Wajsbrot und Klescelski hießen, das ging der Kommunistischen Partei Frankreichs, unter deren Fahne sie gekämpft und ihr Leben gelassen hatten, bald ebenso contre coeur wie den Nationalisten von den FFI (Forces Francaises de l'Intèrieur – die gaullistischen Inlandsstreitkräfte). Schon in den Tagen der Befreiung wurde der Anteil der »Fremden« an der Rèsistance verleugnet, sie befanden sich nicht unter denen, die in den Paraden der Sieger mit dem roten Band der Ehrenlegion ausgezeichnet wurden. Sie wurden in den darauf folgenden Jahrzehnten in den Geschichtsbüchern nicht erwähnt, sie wurden von der eigenen, der kommunistischen Partei totgeschwiegen und

gleichzeitig von der Regierung als Kommunisten erneut verfolgt. Viele der überlebenden »einfachen« Militanten erhielten erst in den 60er Jahren die französische Staatsbürgerschaft. Einige von ihnen saßen in den 50er Jahren erneut im Gefängnis. Erst in den letzten 20 Jahren begannen Historikerinnen und Historiker sich für die Rèsistants mit den »unaussprechlichen Namen« (Louis Aragon) zu interessieren.

Die Überlebenden selbst haben stets ihrer Toten gedacht, sie haben sich in Amicales (Freundschaftsverbänden der Ehemaligen) organisiert und gegen das Schweigen angekämpft. Sie haben sich aber auch unter einander bekämpft, weil die einen in der Partei geblieben und die anderen aus der Partei ausgetreten sind, weil die einen das Verhalten der Partei (zum Beispiel während der Prozesse gegen Rajk und Slansky und der antisemitischen Kampagne im Polen der späten 60er Jahre) offen kritisiert und die anderen loyal geschwiegen haben. Dennoch, auf den Begräbnissen – und es werden immer mehr von Jahr zu Jahr – trifft man sich, die harten Fronten sind in den letzten Jahren aufgeweicht, alte Freundschaften wurden wieder aufgenommen, alte Feindschaften begraben.

Eine neue Generation hat schließlich begonnen, die Alten zu befragen. Und nun finden sie endlich das Interesse zumindest eines Teils der Öffentlichkeit. 1993 eröffnete das Musèe de la Rèsistance et la Dèportation in Besancon eine große Ausstellung über »Les ètrangers dans la Rèsistance en France« (Die Fremden in der französischen Rèsistance). In Lyon fand ein Symposion zum Thema statt, auf dem Wissenschaftler aus mehreren Ländern über den Kampf der jüdischen und anderen Immigranten gegen die deutschen Besatzer sprachen. Im 11. Pariser Arrondissement heißt ein kleiner Platz vor dem ehemaligen Frauengefängnis nun nach Marcel Rayman. Das Pariser Centre de documentation juive contemporaine zeigt seit Ende Februar eine Ausstellung über das Affiche rouge und die Pariser M.O.I. In Lyon wird im Sommer eine Ausstellung zu Ehren der M.O.I. und ihres Kampfes um die Befreiung von Südfrankreich eröffnet.

In Berlin hat im März eine Veranstaltung mit Adam Rayski stattgefunden, dem letzten Kommandanten der Jüdischen Sektion der M.O.I., der sich nach dem Krieg als Historiker betätigte und seither mehrere Bücher über den Widerstandskampf der immigrierten Jüdinnen und Juden in Frankreich vorgelegt hat. Anlaß der Veranstaltung ist die Vorstellung des Buches *L'Affiche Rouge. Immigranten und Juden in der französischen Rèsistance* (Verlag Schwarze Risse/Rote Straße), das Rayski zusammen mit den Historikern Stèphane Courtois und Denis Peschanski verfaßt hat, und das nun in deutscher Übersetzung vorliegt.

Die drei Autoren stellen die Geschichte der M.O.I.-F.T.P. in der französischen Hauptstadt dar, von ihrer Gründung bis zur Befreiung von Paris im September 1944. Im Namen der Verfasser distanziert sich Adam Rayski im Vorwort zur deutschen Ausgabe von der Oral history als einer unzuverlässigen Methode und beruft sich auf die Objektivität des von ihnen herangezogenen Aktenmaterials. Tatsächlich tauchen die Frauen und Männer, die den Kampf, den die Verfasser darstellen, geführt haben, und die in den Akten, auf die sich die Verfasser berufen, »erfaßt« sind, nur in Momentaufnahmen auf (einschließlich des Mitverfassers Adam Rayski). Bis auf wenige Führungskader werden sie nur mit Kurzbiographien vorgestellt, die nicht viel über die realen Personen besagen.

L'Affiche rouge ist jedoch nicht nur Historiographie, es ist auch der Versuch, auf eine Frage zu antworten, die in den letzten Jahren die französische Öffentlichkeit bewegte: Hat die Kommunistische Partei Frankreichs ihre immigrierten Kämpferinnen und Kämpfer in Paris den Deutschen preisgegeben?* Der Dokumentarfilmer Mosko hatte 1985 in seinem Film »Des Terroristes á la retraite« diese Frage öffentlich gestellt und bejaht. Die KPF hatte daraufhin versucht, die Ausstrahlung des Filmes im französischen Fernsehen zu verhindern. Die Autoren von *L'Affiche Rouge* weisen den Verdacht, die Partei habe ihre »ausländischen« Kombattanten ausgeliefert, entschieden zurück. An Hand der Akten der Brigades spèciales, die von ihnen erstmals eingesehen und ausgewertet werden konnten, versuchen sie nachzuweisen, daß die Verhaftungen und die schließliche Zerschlagung der Pariser M.O.I.-F.T.P. ausschließlich auf die minutiöse Fahndungsarbeit der Brigades spèciales und die Aussagen zweier Verräter zurückgehen. Die Führung der KPF wird von jedem Verdacht freigesprochen.

Als quasi juristische Angelegenheit ist die Frage damit wohl geklärt. Als politisch-moralische bleibt sie offen. 1985, auf dem Höhepunkt der Debatte, hatte Adam Rayski erklärt: Die Kombattantinnen und Kombattanten seien sich bewußt gewesen, daß sie umzingelt waren, daß sie in der Falle saßen und daß diese Falle jeden Moment zuschnappen könnte. Er, Rayski, habe daraufhin die Parteiführung um die Erlaubnis gebeten, seine Leute nach Südfrankreich in Sicherheit zu bringen, bis die Verfolger ihre Spuren verloren hätten. Er habe darauf die Antwort erhalten: »Kommunistische Kader sind nicht dazu da, sich zu schonen.« Alsdisziplinierte Kommunisten, so Rayski weiter, hätten sie sich gefügt. (Zitiert nach Stèphane Courtois: *Le »Groupe Manouchian«: Sacrifiè ou trahi?* in: »Le Monde«, 2./3. 6. 1985)

Wenn auch Rayski, Courtois und Peschanski in *L'Affiche Rouge* die These, die Partei habe ihre konsequentesten Kämpferinnen und Kämpfer fallen lassen, detailliert widerlegen, weisen sie doch den Verdacht nicht zurück, sie habe die »ausländischen« Rèsistants geopfert, um ihre Position im Poker um die Machtaufteilung der Nachkriegszeit zu verbessern: Als die Pariser M.O.I.-F.T.P. gebraucht wurden, um zu beweisen, daß der Widerstand in der Hauptstadt des besetzten Frankreich primär von Kommunisten getragen wurde, durften sich die Kämpferinnen und Kämpfer nicht zurückziehen, obwohl damit ihr Schicksal besiegelt war. Dann, als die Partei als Mitglied des Nationalen Befreiungsrates und damit des

Schattenkabinetts von General De Gaulle Wert darauf legte, die Gaullisten in Sachen Nationalismus noch zu übertreffen, wurden sie plötzlich des Attentismus geziehen und schließlich dem Vergessen anheimgegeben.

Die Autoren von *L'Affiche Rouge* beziehen, wo immer es möglich ist, keine eigene Stellung, sondern referieren Standpunkte und das vorliegende Aktenmaterial. Diese Vorgehensweise erscheint einerseits ernüchternd und wissenschaftlich korrekt, andererseits aber auch seltsam unbeteiligt. Wer je mit Überlebenden der M.O.I.-F.T.P. gesprochen hat, weiß, mit welcher Heftigkeit sie dieses Thema diskutieren, das Wunden berührt, die noch immer nicht völlig geheilt sind. Auch wenn sie gelegentlich in bezug auf die Fakten irren, ihre subjektive Wahrheit ist ebenso Teil der Geschichte wie die aus den schriftlichen Quellen destillierte »objektive«. Die es ohnehin nicht gibt.

L'Affiche Rouge läßt einige Fragen offen und ignoriert wichtige Bereiche, wie die hohe Beteiligung der Frauen am Widerstandskampf der M.O.I.-F.T.P. Die Frauen werden zwar namentlich erwähnt, doch weder ihre Biographien noch die Bedeutung ihrer Arbeit werden dargestellt. Dennoch: Die Schwächen des Buches mindern nicht seinen prinzipiellen Wert. Es ist ein Standardwerk zur Geschichte der Pariser M.O.I.-F.T.P., eine unverzichtbare Grundlage für jede weitere Beschäftigung mit dem Thema (und nebenbei auch noch verständlich und spannend geschrieben).

Die Geschichte der Kämpferinnen der M.O.I.-F.T.P. ist (auch wenn es inzwischen erste Arbeiten dazu gibt) noch immer nicht geschrieben. Dabei war der Anteil der Frauen an der Rèsistance der M.O.I.-F.T.P. auffallend hoch. Jaques Ravine (*La Rèsistance organisèe des juifs*, Paris 1973) zählt unter den im Sommer 1943 in Paris verhafteten Rèsistants 41 Frauen. David Diamant (*Les juifs dans la Rèsistance 1940 – 1944*, Paris 1971) listet unter 725 jüdischen Widerstandskämpfern in Frankreich 110 Frauen auf. Frauen nahmen in der M.O.I. auch führende Stellungen ein und kämpften selbst mit der Waffe in der Hand. Vor allem aber arbeiteten sie als Verbindungsagentinnen – wodurch sie den Kampf der Partisanen überhaupt erst ermöglichten: Sie transportierten die Waffen zum Ort des Anschlags und holten sie wieder ab. Während die Kämpfer sich zurückzogen, mußten sie noch stundenlang mit den Waffen durch Paris laufen, an jeder Ecke durch Kontrollen gefährdet. Sie gewährleisteten die Treffen der Führungskader, sie überbrachten Informationen, Termine, Befehle und Anfragen. Sie kannten mehr Aktivistinnen und Aktivisten als die meisten anderen. Wurden sie verhaftet, wurden sie besonders grausam gefoltert, denn die Brigades spèciales und die Gestapo hatten bald begriffen, welch entscheidende Rolle die Frauen in der Rèsistance der Immigranten spielten.

Golda Bancic wurde, nachdem sie im Prozeß der 23 zum Tode verurteilt worden war, nach Deutschland transportiert. Im Gefängnis von Stuttgart wartete sie auf ihre Hinrichtung. Geboren am 10. Mai 1912 in Kichinev in Bessarabien (heute Rumänien), war sie das sechste Kind einer armen jüdischen Familie. Im Alter von zwölf Jahren begann sie eine Lehre als Matrazenmacherin, und vom ersten Tag an beteiligte sie sich an den politischen Auseinandersetzungen und Streiks in ihrer Fabrik. So landete sie mit ihren zwölf Jahren bereits das erste Mal im Gefängnis. 1938 flieht sie nach Frankreich. Sie schließt sich der M.O.I. an und engagiert sich in der Spanien-Hilfe. Als der Krieg beginnt, bekommt sie ein Kind, eine Tochter, die sie Dolores nennt.

Dolores ist gerade ein Jahr alt, als Golda Bancic sie in die Obhut einer befreundeten französischen Familie gibt. Sie selbst schließt sich den M.O.I.-F.T.P. an. Am 6. November 1943 wird sie verhaftet und gefoltert. Sie sagt kein Wort. Am 10. Mai 1944, am Tag ihres 32. Geburtstags wird sie im Stuttgarter Gefängnis mit dem Beil enthauptet.

In Rumänien wurde »Olga« Bancic nach dem Krieg als Heldin des antifaschistischen Kampfes verehrt. Eine Briefmarke mit ihrem Bild wurde gedruckt, Schulen und Straßen wurden nach ihr benannt. Nur daß sie Jüdin war, wurde nie erwähnt. Ist die Anregung, man möge anläßlich ihres 50. Todestages in Stuttgart, am Ort ihrer Hinrichtung, wenigstens eine Gedenktafel zu Ehren dieser rumänischen Jüdin anbringen, die in Frankreich gegen die deutschen Massenmörder gekämpft hat, so naiv wie vergeblich?

* Die gleiche Frage stellt sich in bezug auf die »35. Brigade« der M.O.I.-F.T.P. in Toulouse. Dieses Thema wird jedoch von den Autoren von *L'Affiche Rouge*, die sich auf Paris beschränken, nicht erwähnt.

Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 1/94 über den Dokumentarfilm »Beruf Neonazi

Konkret 04/94, S. 64

Georg Seeßlen

Das Zeichen der Treuhand

Die Propagandaabteilung der Treuhandanstalt hat ein PR-Video samt Broschüre über die Arbeit des Amtes erstellen lassen. Darin wird die Treuhandanstalt als utopische Institution, als Zukunft des Kapitalismus, präsentiert

1.

Wat is Propaganda? Da stellen mer uns emal janz dumm. Und da sage mer so: Propaganda ist ene schwarze Kasten, die hat hinten e Loch und vorn e Loch. Dat erste Loch, dat ist**1**dat Feuerungsloch, da kommt erin, wat die Leute wollen, und wovor se sich fürchten. Und dat annere Loch, dat krieje mer später.

2.

Die Treuhandanstalt ist eine kuriose Institution, die uns vielleicht nicht nur deswegen so verwirrt, weil sie ohne unser Zutun entstanden ist und nun wider Willen deutlich zeigt, daß eine merkwürdige ökonomische Konstruktion, die parodistische Zusammenfassung von »Firma« und »Amt«, über Menschenleben mehr zu entscheiden hat als das, was man sich noch »Politik« zu nennen trauen dürfte. Sie verwirrt uns auch deswegen, weil sie ohne Vorbild und Geschichte ist, so daß wir in ihr einen kleinen Vorgriff auf die Zukunft des Kapitalismus sehen müssen. Das Paradox der verwalteten Privatisierung hat die Planwirtschaft noch in sich; sie wäre letztendlich der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, freilich in einer Art institutionalisierter Sinngebung durch Selbstauflösung. Aber weder die Firma noch das Amt können wirklich ihr eigenes Verschwinden zum Ziel haben. Zwar sieht uns Birgit Breuel auf Seite 33 des Begleitbüchleins zum Video des PR-Packages, von dem hier die Rede ist, mit diesem »Was, schon so spät?«-Blick vor dem fixfertigen Aktenköfferchen für die nächste Reise aus einem Bildausschnitt an, der keineswegs statuarische Macht verheißt, sondern eher Zwischenstation sein will, aber auf dem Titelbild haben wir schon die Tiefenwirkung treuhänderischen Denkens kennengelernt: Die Treuhand *ist* der »Wiederaufbau«. Und natürlich ist da nicht von Abschied und Ziel, sondern von »Auftrag und Entwicklung« die Rede.

Der Selbstauflösung scheint sich die Treuhandanstalt schon dadurch zu widersetzen, daß sie sich ein Zeichen gegeben hat. Es ist das Superzeichen des abstrakten Triumphalismus schlechthin, ein der mühseligen psychologisch-semiologischen Eindampfungsarbeit der »Deutschen Bank« rüde entlehnter rebarbarisierter Pfeil, der von links unten nach rechts oben weist und dem die Pfeilspitzen jene ordnende und begrenzende Kraft verleihen, den der Rahmen im Zeichen der Deutschen Bank beisteuert. Der Pfeil ist aus zwei Hälften zusammengesetzt – die untere blau, die obere, »leichtere« türkis. Dieses Ensemble erhält seine Dynamik dadurch, daß der obere »Schaft« des Pfeils kürzer ist. Wenn man die beiden ungleichen Teile getrennt voneinander ansieht, so ergibt sich das »Treuhand-T«. Es verleiht einer Konstruktion Dynamik, die mehr nach Beharrung, Stabilität zu streben scheint, ja recht besehen scheint dieses Treuhand-T sowohl etwas zu formen, den triumphalistischen Pfeil, als auch gleichzeitig etwas zum Einsturz zu bringen. Der darin abgebildete Prozeß nimmt gleichsam die Zukunft des Treuhänderischen in der Gesellschaft der nächsten Jahrzehnte vorweg, eine Auflösung der Formen und Beziehungen, die nur in der eigenen Dynamik noch so etwas wie Form gewinnt. Wir haben ein neues Herrschaftszeichen, weit entfernt von den über uns die Flügel breitenden Adlern, von den uns bewachenden Löwen, aber auch von den weltumspannenden Harmonie-Zeichen des Männlichen und des Weiblichen, umspannend und zentrierend wie Hammer und Sichel. Es ist ein Zeichen, das uns keine Geborgenheit verspricht, sondern die Unaufhaltsamkeit der Bewegung vermittelt, in die es uns hineinzieht.

Das Herrschaftszeichen der Treuhand ist von ebenso lässiger wie eisiger Kälte, es meint den Aufstieg um jeden Preis und ohne Ziel, und es meint den Verlust der Geschichte. Sehen wir uns die Bilder des Buches an, wird das noch deutlicher: Das »Schlechte« ist nicht so sehr das »SED-Regime« und die hier natürlich so genannte »Kommandowirtschaft«, sondern das Vergangene, Historische, das Undynamische schlechthin. Planwirtschaft, das sind brave Vierecke, durch Pfeile verbunden und mit vielen Worten versehen; Marktwirtschaft, das sind kühn nach oben geschwungene, lustvoll schattierte und kunterbunte Linien und Flächen mit Mut zum kleinen Chaos, Tortengrafiken zum Reinbeißen und Sich-ein-Stück-Herausnehmen.

Es kehren hier das Blau und das Türkis unseres Herrschaftszeichens wieder. Noch anders verstehen wir es freilich, wenn wir die Zuordnungen der beiden Farben im Büchlein betrachten: Das Blaue ist der Export, das Türkise der Import. Noch genauer: Das Blau markiert die Zeitangaben bei der Darstellung des Filminhaltes, der wiederum die Geschichte der Treuhand schildert, das Türkis die Zeittafel der Geschichte der Privatisierung in den »neuen Bundesländern«. Weiter: Das Blau sind die »Investitionszusagen«, das Türkis die »Privatisierungserlöse«. Der Dialog von Türkis und Blau ist, ein bißchen obszön, in diesem neuen Herrschaftszeichen einer zwischen Dynamisierung und Material, zwischen Bedarf und Macht, zwischen Ficken und Geficktwerden.

Die Treuhandanstalt ist eine an der Oberfläche nur allzu, in der Tiefe aber überhaupt nicht mehr verständliche Maschine zur Umwandlung einer sozialistischen in eine kapitalistische Wirtschaftsordnung. Sie ist zwar eindeutig eine Institution des Westens, die als »Konkursverwaltung« des Ostens fungieren will, aber zur gleichen Zeit erkennen wir überall in der BRD ganz ähnliche Prozesse, beginnend mit der Bahn- und Postreform, mit den Verwerfungen in allem, was der Staat einst als soziale Verpflichtung gegenüber seinen Bürgern und Bürgerinnen erfüllte, ein schrittweises Sich-selber-Abbauen des Staates als Instrument der Humanisierung des Alltags und zugleich sein ständiges Neuerstehen in der dynamischen Organsiation des Treuhänderismus, einer bizarren Form, staatliche Macht im Gestus ihres Verschwindens zu rekonstruieren.

3.

Der Video-Film beginnt mit einem mächtigen Einstieg. Wir sehen eine Demonstration, sie bewegt sich von links oben nach rechts unten, also genau in der dem neuen Herrschaftszeichen der Treuhand entgegengesetzten Richtung, hinunter, aber immerhin vorwärts. Gemeinsam bilden die beiden Bewegungen das Zeichen historischer Erlösung, das Herabsteigen und das Wiederhinaufkommen, das Siegeszeichen »Victory«. Wir sehen diese Demonstration von sehr weit oben; keineswegs sind wir ihr Teil, unser Blick ist distanziert, aber gebannt. Die Menge skandiert »Wir sind das Volk!«, das kennen wir, aber die Stimmen sind lauter, näher, aggressiver, als sie es bei der optischen Entfernung sein könnten. Überdies ist es Nacht, die Schweinwerfer spiegeln auf dem vermutlich nassen Asphalt gespenstische Lichter, es herrscht die Warnfarbe rot – dann sehen wir losstürmende Polizisten.

Kein Zweifel: Was wir in diesem Einstieg erleben sollen, ist nur an der Oberfläche ein Gefühl von Triumph und Befreiung; in Wahrheit vermittelt uns die Szene vor allem Bedrohung, ja Panik. Dieser Thrill ist so etwas wie die »Frage«, das Problem, das uns der Film lösen helfen will. Angstlust. Über diese bedrohlichen, gewalttätigen Bilder unter unserem Zimmer, weit unten, klärt uns die beruhigende Sprecherstimme auf, daß Gorbatschow zu erkennen gegeben habe, daß es kein Eingreifen der Sowjetunion geben werde. »Ohne Blutvergießen vollzieht sich eine einmalige, friedliche Revolution.« Der Widerspruch von Text- und Bildinformation signalisiert Chaos; die Befreiung ist erst einmal bedrohliche Unordnung. Der Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizisten wird ausgespart. Vollendet überlagert so die »friedliche Revolution« die verwandten Bilder jener anderen, niedergeschlagenen Revolte zwanzig Jahre zuvor. Aufgelöst wird die Spannung durch einen Schnitt auf eine über den Köpfen wehende deutsche Fahne, und erst jetzt geraten wir zu den Menschen selbst, die »ein Taumel erfaßt« hat (sie sind halt, unter anderem, sichtbar besoffen), und: »Die ganze Welt erlebt an den Fernsehschirmen mit, wie die barbarische Trennung Deutschlands überwunden wird.« Nicht etwa: die Trennung eines barbarischen Volkes.

Zu triumphaler Barockmusik schleifen die Bulldozer die Mauer; die Pre-Title-Sequenz, die Vorgeschichte zur eigentlichen Geschichte des Films, ist vorbei, der Vorspann sagt: »Zu treuen Händen«, und gleich darauf erscheint darunter »Auftrag und Entwicklung der Treuhandanstalt«. Und nun erst liegen sich die Menschen in den Armen, die Verwandlung von Bedrohung in Sympathie ist vollzogen, die Verwandlung von Distanz in Nähe ebenso. Dank Treuhand. »Endlich Freiheit. Wunderbar.« Die Kamera sucht nun immer wieder die Nähe, möchte keinen Luftraum zwischen sich und die Menschen lassen – auch bei den Totalen nicht. Tränen, Umarmungen, Gelächter, damit läßt uns der Film ein wenig allein. Und über den Bildern des kleinen Glücks warnt er uns schon wie die Stimme eines Verkäufers von Lebensversicherungen, daß die Einheit auch ihren Preis kosten wird.

Aber wie denn nun? Statt einer kleinen Einführung in die »Regeln« der Marktwirtschaft erhalten wir einen Rückblick: »Die Teilung Deutschlands begann mit Hitlers Angriff auf Polen. Aber der Kommunismus hatte sich mit dem Nationalsozialismus verbündet.« In der Eile ist uns dieses »aber« vielleicht gleich ins Unterbewußte gerutscht. »Aber«? Auf der Oberflächenlogik bedeutet dieses »aber« gar nichts, auf der Ebene der inneren Logik jedoch alles: Der Faschismus war schuld an der Teilung. Aber der Kommunismus war noch schulder daran. Dieses subkutane »aber« beherrscht den Kommentar in geradezu lehrbuchhafter Rhetorik. Dieses »aber« setzt sich unentwegt zwischen uns und jede unangenehme Erinnerung, eine irreale Konjunktion als ideologisches Passepartout. Und bald sind wir auf dem Punkt: »Das Ende des 2. Weltkriegs brachte eine neue Front hervor, die Front zwischen sozialistischer Planwirtschaft und freiem Markt.« Elektronisches Kippen des Bildes von der strategischen Landkarte zum Flug über die Ruinenlandschaft einer zerbombten deutschen Stadt: »So begannen sich schon in den ersten Nachkriegsmonaten alle jene Probleme abzuzeichnen, die wir jetzt gemeinsam lösen müssen.« Ein in der Tat kühnes Manöver der Überlagerung historischer Erinnerung! Wir wiederholen, in möglichst netter Form, noch einmal den Wiederaufbau und haben dann endgültig qua Analogie die »Wiedergeburt« geschafft. Schon erklärt sich die Treuhand selber: »Hüben wie drüben« sei der Wiederaufbau nicht ohne staatliche Koordination möglich gewesen, also bitte, sehen wir der notwendigen und segensreichen Wirkung der Treuhand zu. Dann kommt auch hier ein Wirtschaftswunder wie damals. »In den 60er Jahren war das zerstörte Werk neu erstanden.« Das Werk, die Fabrik, die Nation.

Warum sind die Verhältnisse von damals und heute, unser schönes Verdeckungsspiel, dann trotzdem nicht miteinander zu vergleichen (nicht daß ihr jetzt glaubt, ihr könntet alle einen Arbeitsplatz kriegen!)? Ganz einfach: »Die Instrumentarien des Wirtschaftswunders reichen zur Überwindung der Probleme, die das SED-Regime aufgetürmt hat, nicht aus.« Denn: »Die Nazis hatten in ihrem Planungssystem noch Freiräume für die Wirtschaft bestehen lassen.« So schlimm können sie wohl nicht gewesen sein. »Damit war es nun zu Ende.« Wir sehen Parteitagsbilder, Jubel, Fahnen, als hätten wir es nicht schon verstanden: Sozialismus ist Faschismus minus wirtschaftliche Freiräume. »Die SED-Führung lieferte ihren neuen Staat DDR dem planwirtschaftlichen System der Sowjetunion aus.« Das hätten die Nazis nicht gemacht.

Die falsche (also »richtige«) »aber«-Konjunktion hat ihre Entsprechung in einer Bild-Text-Konjunktion, die etwa so geht: »Diese Arbeit (der Treuhandanstalt) wird aber dadurch erschwert, daß das Kommandosystem auch in den Köpfen der Menschen seine Spuren hinterlassen hat. Es fällt ihnen schwer, sich in der ungewohnten Marktwirtschaft zurechtzufinden.« Sehen wir dazu den depperten Ossi, der sich in der Branntwein-Abteilung von Aldi nicht zurechtfindet? Oder den Versager-Ossi, der bei einem Einstellungsgespräch die Wahrheit sagt, und das auch noch auf sächsisch? Natürlich nicht. Wir sehen die Betongrenze, Panzersperren, Stacheldraht, weit hinten ahnen wir eine Plattenbausiedlung, vor allem Trostlosigkeit. Diese diffuse Mehrfachcodierung der Text-Bild-Struktur funktioniert fabelhaft, das »Gemeinte« ist zugleich Warnung: Wer nicht richtig »umdenken« lernt, wird gnadenlos mit dem »Unrechtsregime« identifiziert, was sage ich: Wer sich nicht schnell auf die Marktwirtschaft umstellt, hat die Mauer gebaut und immer noch in sich. Es ist da aber auch Trost: Kein Wunder, daß euch das Umdenken schwerfällt, ihr habt’s ja nicht leicht gehabt.

4.

Funktioniert solch behäbige Form der Propaganda überhaupt noch; braucht sie der Treuhand-Kapitalismus überhaupt? Und was ist mit dem zweiten Loch der Propagandamaschine? »Auch viele Tiere des staatlichen Zirkus haben keinen Befehlsgeber mehr und warten noch auf einen privaten Investor und Manager (wir sehen Elefanten, die unter Anleitung eines Dompteurs Männchen machen, G.S.). Noch werden die Elefanten von der Treuhandgesellschaft durchgefüttert. Dabei würden sie so gerne einem großen Publikum zeigen, was sie gelernt haben.« Was auf den ersten Blick erscheint wie eine weitere dieser seltsamen Verschwurbelungen, die herauskommen, wenn Geldmenschen irgendwie menschlich und nett zu sein versuchen und dabei ihr schwarzes Herz umso gnadenloser offenbaren, ist eine Kurzfassung der Religion namens Treuhand: Der Elefant ist das Bild des arbeitenden Menschen, der keineswegs befreit wurde, sondern sich im Gegenteil nur schnell nach einem neuen Befehlsgeber umsehen muß, weil er ja nicht ewig von uns durchgefüttert werden kann. Der Befehlsgeber ist der private Investor, das Geld, und was sie gelernt haben, sollen der Arbeiter und die Arbeiterin am besten vor einem großen Publikum auf dem Markt zeigen; es sollen die Elefanten des vereinten Deutschland Männchen machen vor dem neuen Befehlsgeber.

Die Treuhandanstalt ist nach diesem Film, in dem übrigens kein Wort über Demokratie fällt, ein Modell des Kapitalismus, der seine demokratischen und humanitären Hoffnungen begraben hat: Wer einen Arbeitsplatz erhält, muß unendlich dankbar sein, weitere Fragen sind nicht erlaubt. »Die Treuhandanstalt ist ein riesiger Dienstleistungsbetrieb mit Spezialisten aus allen Branchen von Wirtschaft, Industrie und Handel«; die Mitarbeiter dieser Anstalt »korrelieren Gesetzestexte und Bestimmungen mit den Vorstellungen von Investoren und den Realitäten vor Ort«.

Was tun die? Korrelieren heißt, nach »Meyers Taschenlexikon in 10 Bänden«, »in wechselseitiger Beziehung stehen, einander bedingen«. Also ist die Treuhandanstalt eine Institution, die Gesetzestexte mit den Vorstellungen von Investoren in eine wechselseitige Beziehung bringt, was eine vornehme Umschreibung dafür ist, daß die Treuhandanstalt oder ihr noch utopischer Nachfolger die Maschine ist, welche es den privaten Investoren erlaubt, ihre Gesetze gleich selber zu machen. Wir sehen dabei dankenswerterweise im Bild die Menschen, die diese Aufgabe erfüllen; jung und dynamisch sitzen sie um einen L-förmigen Tisch, breitbeinig die Männer, mit übergeschlagenen Beinen die Frauen, wie es sich gehört. Auch ihr Büro ist eher bescheiden, kein Machtraum, eher ein Übergangsstadium.

Die Ästhetik der Treuhand, im Film und darüber hinaus, gewöhnt uns an die Auflösung als Wahrnehmungsform des neuen Kapitalismus. Er manifestiert sich nicht mehr, bildet keine Zentren mehr aus, erfaßt sich selbst nur noch in der Dynamik seiner Umbauprozesse und will darin zugleich »natürlich« werden. Die Elefanten, die arbeitenden Menschen, dürfen allenfalls noch zeigen, was sie gelernt haben.

Aus dem zweiten Loch der Propagandamaschine, das zeigen uns die Grafiken des Films sehr genau, kommen Menschen. Verlierer und Gewinner.

Zu treuen Händen. Auftrag und Entwicklung der Treuhandanstalt. Ein Film von Jürgen Möller. 49 Minuten, 1993.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 11/93 über den TV-Sport Wrestling

Konkret 04/94, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

»Neues Deutschland« beklagt das Los der ostdeutschen Frauen, die jetzt

wieder putzend am Herd stehen,

und löst damit zugleich das alte gesamtdeutsche Rätsel, wie das zustandekommen mag, was man hierzulande Hausmannskost nennt.

Von Menschenrechten und was man sich darunter vorstellen muß erzählt die »Frankfurter Allgemeine«:

»Für die deutschen Soldaten gelten die deutschen Wassergesetze«, hat Oberst Eigenbrod in Belet Huen gesagt, »und da muß auch Brauchwasser Trinkwasserqualität haben.« Das bringe Probleme mit sich. Anfangs rechnete die Truppe in dem heißen Wüstenklima Mittelsomalias mit zwölf Litern Trinkwasser pro Mann und Tag, ging dann aber auf zehn Liter herunter. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß den Soldaten fünf bis sechs Liter am Tag genügen. Bei der geplanten Endstärke von 1.700 Soldaten sind aber auch das noch 10.200 Liter am Tag, mit dem Verpackungsgewicht – trotz leichter Plastikflaschen – um die elf Tonnen.

Die Hitze setzt die Leistungsfähigkeit eines Flugzeugs herab. Die Transall kann, zumal sie auch den Treibstoff für ihren Rückflug mitnehmen muß, nur acht Tonnen transportieren. Elf Tonnen sind also fast anderthalb Flugzeugladungen – »nur« für Wasser. Die Flugstunde kostet bis zu 15.000 Mark, und vier Stunden, 60.000 Mark, brauche die Transall für den Hin- und Rückflug von Djibouti nach Belet Huen, allein für den Transport fast drei Mark für die Literflasche Wasser. Hinzu kommt natürlich noch der auf 85 Pfennig je Liter heruntergehandelte Preis für das aus Frankreich importierte Wassen in Djibouti.

Was heißt Frieden schaffen mit deutschen Waffen? Eigenbrod für die Welt.

Die »Frankfurter Allgemeine« in Not:

Die Reproduzierbarkeit des Menschen zieht unsere Vorstellungen von der unverwechselbaren Person in Zweifel und damit auch den Glauben an die persönliche Beziehung zwischen Gott und Mensch. Wie soll das enden? Wo ist oben, wo unten?

Wo rechts ist und hinten, das wissen sie, die Frankfurter, die seltsamerweise dennoch keinen Gefallen an der Vorstellung finden, demnächst mit einem Heer geklonter Reißmüller in Serbien einzumarschieren oder mit einem Dutzend Schirrmacher das Feuilleton der »Frankfurter Rundschau« aufzurollen.

Wenn der Ulrich Wickert witzig wird, kommt es, daß es von Esprit förmlich espritzt:

Werbung ist ein Mix aus 20 Prozent Sex, 30 Prozent Träumen und 50 Prozent Information. Das letztere beeindruckt mich am wenigsten.

Zwar ist er von Beruf bloß Meldungsvorleser und Ansagenaufsager, aber alle sollen wissen, daß in ihm auch ein Scharmör steckt, der zugleich Bongfifang ist und ein Omlettre gar.

»Kein Royal Flush« heißt der Titel, unter dem ein Kommentator der »Tageszeitung« seinen Lieben die Hauptstadtfrage erklärt:

Einmal mehr wurden gestern die Karten zur »Bundeshauptstadt Berlin« neu gemischt. Das Spiel behält zwei Könige. Zurück am Rhein bleiben Ministerien, Geld für Ausgleichsmaßnahmen, sogar neue Bundesbehörden kommen hinzu. Berlin erhält den Rest.

Der Rest ist der andere König.

Dabei wurde der Einsatz im Pokerspiel um Neubauten kräftig gesenkt. Da bleibt nicht viel, ist aber besser als gar nichts.

Und mehr ist es auch.

Weniger gewiß ist die genaue Ankunftszeit von Regierung und Parlament an der Spree. Da ist noch viel Luft drin. In die Euphorie mischt sich die bittere Erinnerung, daß beimUmzugspoker alles falsch gemacht wurde. Planungen wurden über die Reißbretter gehetzt. Die Superlativen aus Rekordsummen und Idealstädten überschlugen sich,

bis sie sich an den ersten Fall der Mehrzahl ein dickes n gebeult hatten.

Die falschen Strickmuster dieser Entscheidungen kosteten unendlich viel Zeit und Geld.

Wie immer, wenn man, um aus zwei Königen ein Full house zu stricken, den Einsatz kräftig senkt.

Heute sind wir ärmer – aber auch schlauer? Wohl kaum. Nicht die maßlosen Ansprüche hat die Hauptstadtlobbyisten desillusioniert, sondern die Realität

haben es getan.

Und die Flausen sind noch nicht aus dem Kopf: Ein Zentralbahnhof, das Kanzleramt, der Transrapid und Tunneldurchstiche beleben nach wie vor die Phantasien, obwohl diese schon heute Millionengräber sind,

nämlich die belebten Phantasien.

Ein wenig hat der Haushaltsausschuß versucht, der möglichen Prasserei einen Riegel vorzuschieben. Doch es ist schwer, Planungsfetischisten endgültig an die Kette zu legen,

und wenn die Kette ein über die Reißbretter gestrickter Riegel ist. Ich altes Pokerface mache einen besseren Vorschlag: Man bringe den finanziellen Einsatz für den Umzug der Bundesregierung auf das Niveau der Metropolenleitartikler. Der erhaltene Betrag reicht für die eine einfache Fahrt eines Ministerialrats von Bonn in die neue Hauptstadt: Unkel.

Manchmal, bei so Meldungen über den Mord an einem Asylbewerber und anderen Fortschritten der Zivilgesellschaft, fragt man sich, was dieses Deutschland eigentlich den ganzen Tag so macht. Glücklich, wer die »Bild-Zeitung« liest – der erfährt's:

Ganz Deutschland diskutiert über Hexer Kahn und ob er bei der WM im Tor stehen muß.

Weiter so, Deutschland.

Seit Jahrzehnten führt die »Frankfurter Allgemeine« ihren Ernst Jünger, den sie liebt, weil kein anderer die reaktionären Ressentiments ihrer Herausgeber besser bedient, als einen vor, dessen hohe Dichtkunst die Kritiker seines faschistischen Gebrabbels als Kleingeister und Banausen ausweise. Was die Frankfurter selber von dieser Kunst halten, kommt nur heraus, wenn einer ihrer Rezensenten mal nicht aufpaßt:

Hier, am Ende einer makabren Begräbnisszene von kafkaesker Vieldeutigkeit, die Notiz: »Die Sache drohte auszuufern; sie würde Zeit kosten. Besser war es, sie einfach abzulegen, ohne Kommentar.« Texte wie dieser zeigen Jünger nicht bloß auf der Höhe seiner besten Kurzprosa, sondern erreichen eine ganz neuartige Qualität.

Jüngers beste Kurzprosa ist, wenn er sich die Zeit, sie zu schreiben, spart.

Die Gesellschaft für Deutsche Sprache hat die »Unwörter des Jahres 1993« prämiert:

Der Begriff »Sozialleichen« folgt an dritter Stelle. Nach Auffassung der GfDS ist er Zynismus für alle, die endgültig durch das soziale Netz gefallen sind. Die Jury kritisierte weiter den Begriff »schlanke Produktion« mit den Varianten »Verschlanken« und »Abschlanken« von Unternehmen. Mit diesen Worten werde die Vernichtung von Arbeitsplätzen verschleiert.

Was damit verschleiert wird, daß die Beseitigung oder Abschaffung von Arbeitsplätzen Vernichtung heißt und den bei dieser Vernichtung anfallenden Sozialleichen versichert wird, sie seien bloß durch das soziale Netz gefallen, sagt die GfDS nicht.

Der Vizeaußenminister der Tschechischen Republik, Alexandr Vondra, weiß, wie er zu reden hat, wenn er nicht demnächst der Vizeaußenminister der Rest-Tschechei werden will. Von einem deutschen Blatt gefragt, worin er die Probleme der tschechisch-deutschen Beziehungen sehe, antwortete er:

Wir stehen uns sehr nahe, denn wir teilen eine lange, gemeinsame Geschichte, mit all ihren angenehmen und schmerzlichen Seiten,

wie das so ist, Sie verstehn, mit der Geschichte, in deren Prager Examenskanon in Zukunft die Frage nach dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren durch die mehr naheliegende ersetzt werden soll: Wer schlug wen wann wo und warum vernichtend?